



Bericht zur Gleichstellung 2005

Frauen in Dresden



Inhalt

»Gleichstellung ist nicht Gleichmacherei«	2	4.4 Mädchen und Mütter legen los	36
»Es sind die Zeiten nicht zum Schlafen da«	3	4.5 Feministisch, emanzipatorisch, solidarisch	37
1 Dokumentation der Fachtagung »Frauen und Männer in Dresden 2005«	4	4.6 Gewalt ist kein Einzelschicksal	38
1.1 »Von Felsbrocken und Wegen« – Grußwort der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann	4	4.7 Dialog der Kulturen	38
1.2 Rückblick weckte Wünsche für die Zukunft – Zusammenfassung der Fachtagung	6	4.8 Selbstbestimmt zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde	39
2 Zur aktuellen Situation in ausgewählten Lebensbereichen	10	4.9 Qualifikation und Weiterbildung	40
2.1 Dresdnerinnen wollen einen Beruf, aber auch Familie – Lebensentwürfe	10	4.10 Koordination und Vernetzung	40
2.2 Ungerechtigkeiten betreffen zumeist Frauen – Arbeit	13	4.11 Solidarität beim Schritt in die Selbstständigkeit	41
2.3 Zugangskriterien diskriminieren Kinder und Eltern – Vereinbarkeit von Familie und Beruf	18	4.12 Freiraum für die kreative Entfaltung	42
2.4 Frauen leben anders – Gesundheit	21	4.13 Geschlechterdifferenzierter Blick als Querschnittsaufgabe	42
2.5 Lesbisch sein im Spannungsfeld zwischen Normalität und Diskriminierung – Gleichgeschlechtliche Lebensweise	25	4.14 Ansprechpartnerin für Frauenarbeiterinnen	43
3 Gleichstellungsarbeit	28	4.15 Ein Platz in der Gesellschaft	44
3.1 »Was machen Sie den ganzen Tag und warum?« Einblicke in die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten	28	4.16 Die eigenen Fähigkeiten entdecken	45
3.2 Politik auf dem Prüfstand – Fraktionen im Stadtrat befragt	30	4.17 Begleitung, Beratung und Betreuung für Mädchen und junge Frauen	45
3.3 Segeln gegen den Wind – Aktuelle Entwicklungstendenzen in Sachsen	32	4.18 Eigene Wege aus der Gewalt	46
4 Angebote für Mädchen und Frauen in Dresden	34	4.19 Zurück ins Erwerbsleben	46
4.1 Erste eigenständige Künstlerinnengruppe in Dresden	34	4.20 Lebenshilfe und Aufklärung für mehr Toleranz	47
4.2 Chancengleichheit durch Zentrierung	35		
4.3 Neuorientierung nach der Wende	36		

»Gleichstellung ist nicht Gleichmacherei«



Nach den Jahren 1991, 1993, 1996 und 2000 erscheint 2005 der vorliegende Bericht der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann in der fünften Auflage. Er liegt in zwei Teilen vor, wobei der zweite Teil ein Novum für Dresden darstellt. Es ist der Teil »Männer in Dresden«.

Das Büro der Gleichstellungsbeauftragten besteht nunmehr 15 Jahre. Das bedeutet 15 Jahre aktive Gleichstellungsarbeit, Anregungen, Koordinierung und manchmal auch kräftiges Fordern für die Gleichstellung der Frauen. Die Männerarbeit begann erst sieben bis acht Jahre später und gehört nach dem neuen Verständnis der Gleichstellungsbeauftragten unbedingt dazu. Gleichstellungsarbeit für Frauen und Männer ist eben auch Sache der Frauen und Männer.

In welcher Situation stehen Frauen und Männer in Dresden? Wo hapert es noch mit der Gleichstellung? Was heißt überhaupt Gleichstellung?

Es geht nicht darum, alles gleichzumachen, sondern Gleichwertigkeit herzustellen. Ein Vater ist nun einmal etwas anderes als eine Mutter. Aber es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb die Kinderbetreuung ausschließlich der Mutter zukommen soll.

So gibt es viele Beispiele, wo eine Veränderung nötig ist und wo Visionen gefragt sind. Diese kann man in dem Bericht nachlesen. Solange wir immer noch in der Chancengleichheit Defizite feststellen, solange auf die besonderen Bedürfnisse der verschiedenen Geschlechter keine Rücksicht genommen wird und solange ein Geschlecht gesellschaftlich übervorteilt wird, solange brauchen wir diese Visionen und solange muss denen, die entscheiden, dies permanent vor Augen geführt werden. Denn meine Vision ist, dass Gleichstellungsarbeit überflüssig ist, weil Gleichstellung die selbstverständlichste Sache von der Welt geworden ist.

Ingolf Roßberg
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden

»Es sind die Zeiten nicht zum Schlafen da«



»Es sind die Zeiten nicht zum Schlafen da, Weiten sind gefährlich nah...« Diese Textpassage des Lyrikers und Autors Wolfgang Tilgner findet sich auf der ersten Puhdys-LP von 1973. Und dennoch haben diese eindringlichen Worte nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil: In Zeiten des Umbruchs, der Globalisierung und der ständigen Veränderung der Lebensverhältnisse sind sie bedeutender denn je, um sich auf das Wichtige, Erhaltenswerte und Anstrebenswerte in der Arbeit zu besinnen. Als Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann gewinnen sie für mich noch eine zusätzliche Dimension, wenn Veränderungen auf Grund von Zeitnot, finanziellen Zwängen oder oberflächlicher Betrachtungsweise die Gefahren in sich bergen, hinter bereits erreichte Gleichstellungserfolge zurückzufallen. Plötzlich sind die besungenen Weiten auch für mich gefährlich nah.

Der vorliegende Bericht zur Gleichstellung ist in Dresden der fünfte Bericht einer Gleichstellungsbeauftragten zur aktuellen Situation seit 1990. Er ist der erste, welcher die Situation von Frauen und Männern in der Stadt erfasst. Daran wird ein neuer Ansatz in der Dresdner Gleichstellungsarbeit deutlich. Gleichstellungsarbeit **für** Frauen und Männer ist eine Tätigkeit **mit** Frauen und Männern. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die momentane Situation beider Geschlechter zu betrachten und Handlungsansätze für die Verbesserung der Situation zu benennen. Der Bericht ist das Produkt eines über neunmonatigen Fachdiskurses im Rahmen der Frauen- und Männerprojekte und der Konzeptionsentwicklung für die Gleichstellungsarbeit 2005. Er entstand in Kooperation mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern engagierter Träger, der Ämter und Institutionen sowie im Austausch mit den Fraktionen des Dresdner Stadtrates. Darüber hinaus leisteten freiberufliche Akteurinnen und Akteure Fachbeiträge und

gaben redaktionelle Hilfe. An alle ein herzlicher Dank.

Reger Fachaustausch erwünscht

Inhaltlich spannt dieser Bericht einen weiten Bogen. Er dokumentiert wichtige Ergebnisse der am 20. Mai 2005 im Rathaus anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Gleichstellungsarbeit in Dresden stattgefundenen Fachtagung »Frauen und Männer in Dresden 2005« und blickt in die Geschichte und Zukunft der Gleichstellungsarbeit. Gleichzeitig zeichnet er ein Bild der momentanen Situation in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, gleichgeschlechtliche Lebensweise, Lebensentwürfe und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er nennt Handlungsansätze für Politik und Verwaltung. Interessierte Leserinnen und Leser erhalten darüber hinaus einen aktuellen Überblick zu Entwicklungen in der Gleichstellungsarbeit, zur Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Frauen- und Männerprojekte und erfahren die Positionen der Fraktionen des Dresdner Stadtrates zur kommunalen Gleichstellungsarbeit.

Ich wünsche Ihnen eine kurzweilige Lektüre des Berichtes und freue mich auf den anschließenden regen Fachaustausch.

Ihre
Kristina Winkler
Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann

Jahrgang 1970, Leiterin sozial-kultureller Einrichtungen und Diplomsozialpädagogin, Mitarbeiterin/Leiterin in verschiedenen städtischen Einrichtungen, Fachberaterin Jugendberufshilfe im Jugendamt, seit 2004 Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann; verheiratet, zwei Kinder

1 Dokumentation der Fachtagung »Frauen und Männer in Dresden 2005«



Eröffnung der Fachtagung

■ 1.1 Von Felsbrocken und Wegen

Grußwort der Gleichstellungs- beauftragten zur Fachtagung am

20. Mai 2005

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich Sie alle ganz herzlich zur Fachtagung »Frauen und Männer in Dresden 2005« begrüßen und mich bedanken, dass Sie so zahlreich erschienen sind, um mit uns das 15-jährige Bestehen der kommunalen Gleichstellungsarbeit in Dresden zu begehen.

Die heutige Veranstaltung könnte auch den Titel tragen: »Wir sind auf dem Weg«. Denn alle hier Anwesenden, und davon bin ich überzeugt, sind auf dem Weg, die Gleichstellung von Frauen und Männern regional oder überregional voranzubringen. Manche von Ihnen sind schon sehr lange auf diesem steinigen Pfad unterwegs, manch andere Person erst einige Monate oder Tage.

Zu denen mit den noch zählbaren Monaten gehöre auch ich. Vor nunmehr fast einem Jahr habe ich mich als neue Gleichstellungsbeauftragte aufgemacht, den Berg, der vor mir lag, zu erklimmen. Und nachdem ich ein gutes Stück gemeinsam mit meinen Kolleginnen gegangen war und bildlich gesprochen die erste Aussichtsplattform erreicht hatte, sah ich: Ich befinde mich auf keinem einzelnen Berg, nein, in einem ganzen Gebirge. Und es handelt sich um kein Mittel-, sondern ein Hochgebirge. Denn alle Bereiche, die Belange von Frauen oder Männern berühren, sind gleichzeitig mit Fragen der Gleichstellung und Chancengleichheit verbunden. Das ist so, da erzähle ich Ihnen nichts Überraschendes, weil wir nach wie vor in einer Geschlechterhierarchie und in einem System von geschlechtsspezifischer Arbeits- teilung leben.

Aber von dieser Aussichtsplattform war

noch mehr zu sehen: viele Frauen und eine zunehmende Anzahl von Männern. Alle waren schon viel tiefer in das Gebirge eingedrungen als ich, um die Gipfel zu erklimmen. Ich sah Frauen, welche schon mindestens 15 Jahre auf diesem Weg waren, und Männer, die sieben bis acht Jahre unterwegs sein mussten. Und ich sah dort, wo ich vor kurzem losgelaufen war, eine große Anzahl unentschlossener, ängstlicher, aber auch in Gleichstellungsfragen unwissender Menschen.

Frauen der ersten Stunde

Doch zunächst galt mein Interesse denen dort ganz tief drin im Gebirge: Ich sah zahlreiche engagierte Mitglieder der Dresdner Frauenbewegung und Brunhild Friedel als erste Gleichstellungsbeauftragte mit ihrem Team. Dem Amtsantritt am 12. März 1990 vorangegangen waren zahlreiche Gespräche mit dem damaligen Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer zur Einrichtung einer kommunalen Gleichstellungsstelle im Sinne einer Leitstelle zur Gleichstellung der Geschlechter. Strukturell war diese dem Bereich des Oberbürgermeisters zugeordnet, ein eindeutiges Signal, dass es sich hier um eine Querschnittsaufgabe handelt. Da die Gleichstellungsbeauftragte in der Folgezeit auch Frauenbeauftragte für die weiblichen Verwaltungsangestellten war, wurde die Leitstelle in Gleichstellungsstelle/Frauenbüro umbenannt. Zu den Aufgaben in jener Zeit gehörten:

- die berufliche Förderung von Frauen
- die Einrichtung eines Frauenschutzhauses
- die Initiierung von Frauenprojekten
- die öffentliche Frauenberichterstattung
- die Mitwirkung in Ausschüssen und Gremien sowie
- die Lobbyarbeit.

Leicht war es damals bestimmt nicht, denn die Protagonistinnen der ersten Jahre, von denen ich stellvertretend Gabriela Wölki,

Regine Schönfelder, Margarete Thomas und Dr. Lidija Pietzsch begrüßen möchte, mussten mit vielen Vorurteilen kämpfen. Einer der Felsbrocken, die sie zur Seite geräumt haben, bestand zum Beispiel in der Behauptung: »Wir Ost-Frauen sind doch gleichberechtigt, diesen Emanzipationskram aus dem Westen brauchen wir nicht.«

Von der Sozialamtszuordnung zur Satzungsänderung

Doch 1997 verschlechterten sich mit der Zuordnung der Gleichstellungsstelle zum Dezernat Gesundheit und Soziales die Arbeitsbedingungen für die Gleichstellungsbeauftragte, ihr Team und die Frauenprojekte. Neue Felsbrocken türmten sich auf, zum Beispiel: Wie soll von einem Fachdezernat aus eine Querschnittsaufgabe in andere Dezernate hinein befördert werden? Und: Wie können die Frauenprojekte erhalten werden, wenn sie innerhalb der Etatgrenzen des Sozialamtes plötzlich in Konkurrenz zu anderen Leistungen dieses Bereiches stehen?

An diesen Aufgaben hatte Marianne Schulz als zweite Gleichstellungsbeauftragte lange zu arbeiten. Erst nach der OB-Wahl im Juni 2001 erfolgte die erneute Zuordnung zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters. Zusätzlich war die Arbeit dieser Epoche geprägt durch:

- den Kampf um die Finanzierung der Dresdner Frauenprojekte
- regelmäßige Stellungnahmen zu Stadtratsvorlagen
- die Unterstützung der Arbeit mit und für Mädchen und jungen Frauen
- die Entwicklung und Unterstützung des Unternehmerinnentreffs und
- Schwerpunktarbeit in der Lokalen Agenda 21 für Dresden.

Einen wichtigen Erfolg stellte die redaktionelle Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden in § 30 Abs. 2 dar.

Dort steht seither zur Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten: »Sie überwacht die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Zuständigkeitsbereich der Stadt. Sie hat Mitwirkungs- und Initiativrecht bei allen Vorhaben, Programmen und Maßnahmen der Stadt, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichwertigen Stellung in der Gesellschaft haben.« Damit wurde die rechtliche Stellung der Gleichstellungsbeauftragten innerhalb der Stadtverwaltung enorm gestärkt!

Ebenfalls im Jahr 2001 wurde die Bezeichnung der Funktion in Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann verändert. Damit rückten auch formal erstmals Männer in den Fokus. Ende 2003 fasste auf Grund des Engagements der Gleichstellungsbeauftragten der damals überwiegend konservativ-liberal geprägte Stadtrat den Beschluss, Gender Mainstreaming¹ in der Stadtverwaltung einzuführen!

Marianne Schulz und ihrem Team gelang es zwischen 1999 und 2003, viele verwaltungsintern aufgetürmte Felsbrocken bei Seite zu räumen und gleichzeitig viele Gipfel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen in Dresden in Kooperation mit den entsprechenden Fachbehörden sowie den Frauenprojekten zu erklimmen. Jedoch hatten auch sie mit Steinschlag zu kämpfen. Erinnerung sei an die ständig beabsichtigten und an die vollzogenen Mittelkürzungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten oder an das Vorurteil, Gleichstellungsarbeit ginge nur Frauen etwas an.



Ausstellung im Foyer des Festsaales

Männer beschimpft und verdächtig

Von meinem Ausguck im Gebirge wandte ich mich den Frauen- und Mädchenprojekten und ihrem unermüdlichen Engagement zu. Auch sie hatten in all den Jahren mit vielen Felsbrocken und Steinschlägen zu tun. Auch sie erklimmen viele Gipfel und mussten Rückschläge verkraften. Ihnen,

liebe Projektfrauen, die Sie heute zahlreich erschienen sind, gilt mein besonderer Dank, denn Sie haben in den vergangenen Jahren unzähligen Frauen und Mädchen Hilfestellung gegeben, sei es durch Beratung, Bildung, Arbeitsmarktintegration oder einfach mit der Schaffung von Frauenräumen. Über all dies berichtet die eigens für das diesjährige Jubiläum angefertigte Ausstellung »Augenblicke«, welche Sie im Foyer betrachten können.

Anschließend galt mein Interesse von der Aussichtsplattform aus den Männern. Auch sie kämpfen seit einigen Jahren gegen Felsbrocken. Auch ihnen schlug der raue Wind ins Gesicht. Oftmals mussten sie, noch stärker als die Frauen, mit Vorurteilen umgehen. Die Vorwürfe reichten von Beschimpfungen bis Verdächtigungen. Lange Zeit wollte fast niemand zur Kenntnis nehmen, dass es auch Bereiche gibt, in denen sich Männer in ihrer Geschlechterrolle und den daraus abgeleiteten Erwartungen der Anderen nicht mehr wohl fühlen und nach Veränderung streben. Genauso wurde nicht wahrgenommen, dass auch Männer in verschiedenen Lebenslagen passgenaue Unterstützungsangebote brauchen. In Dresden gibt es seit einigen Jahren Männer- und Jungenprojekte und einen entsprechenden Arbeitskreis. Beispielhaft sei das Männernetzwerk, das Projekt JuMP, die Evangelische Männerarbeit und MannKomm benannt. Erstmals sind zu einer derartigen Fachtagung zur Gleichstellungsarbeit in Dresden auch die Vertreter der Männerprojekte dabei. An Sie mein herzlicher Dank für Ihr bisheriges Engagement.

Noch 485 Jahre bis zur Chancengleichheit

Ich könnte natürlich noch mehr berichten: von den Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten verschiedener anderer staatlicher Institutionen Dresdens, von jenen vor weit über 100 Jahren bereits aktiven Vorkämpferinnen oder von den unentschlossenen, ängstlichen beziehungsweise in diesen Fragen unwissenden Menschen. Das würde wohl den Rahmen unserer Veranstaltung sprengen. In der Fachtagung haben wir alle gemeinsam Gelegenheit, innerhalb des ersten Workshop-Blocks auf die steinigen Wege, aber auch auf die bewungenen Gipfel zurückzublicken.

Im zweiten Teil soll der Blick nach vorn gerichtet werden. Dort möchten wir gemeinsam mit Ihnen Visionen entwickeln. Wie sieht die Gleichstellungssituation in fünf, zehn und fünfzig Jahren in Dresden aus? Spannend wird dies besonders, weil Berechnungen besagen, dass es bei dem jetzigen Tempo noch bis zum Jahre 2490 dauern würde, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik

herbeizuführen. Wir müssten also noch 485 Jahre durchs Gebirge gehen, um da anzukommen, wo es selbstverständlich ist, dass Frauen und Männern gesellschaftlich die gleichen Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt bekommen. Dort, wo Lernende das Fremdwort »Geschlechterhierarchie« erst nachschlagen müssen und wo Heranwachsende nicht verstehen, wieso wir so lange unterwegs waren, um eine Selbstverständlichkeit herzustellen!

Welche Visionen haben wir zur Situation der Gleichstellungsarbeit in fünf Jahren? Werden wir dann für unser Anliegen immer noch belächelt? Wird Gender Mainstreaming selbstverständlicher Bestandteil des staatlichen Handelns sein? Werden die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Gleichstellung konsequent und selbstverständlich umgesetzt? Was können wir in zehn Jahren erreicht haben? Werden dann Frauen und Männer zu gleichen Anteilen Elternzeit nehmen? Wird der Anteil Gewaltbetroffener zurückgegangen sein? Werden wir von den zögerlichen und unentschlossenen Personen viele für unser Anliegen gewonnen haben? Was wird in 50 Jahren sein? Werden die Folgen von Hartz IV aus Gleichstellungsperspektive als der größte innenpolitische Fehler zu Beginn des neuen Jahrhunderts betrachtet werden? Werden an der Börse oder in Aufsichtsräten deutscher Konzerne Frauen zu gleichen Anteilen wie Männer vertreten sein? Werden der Papst oder die Päpstin heiraten? Werden Männer die gleiche Lebenserwartung wie Frauen haben? Fragen über Fragen, verbunden mit Visionen. Gemeinsam mit Ihnen werden wir sicherlich noch viel mehr derartige Visionen formulieren. Die Ergebnisse der Workshops werden wir im Abschlussplenum präsentieren.

Uns allen wünsche ich spannende, interessante Stunden und zukünftig die Kraft, das Gebirge – gemeinsam mit immer mehr Akteurinnen und Akteuren – möglichst weit vor dem Jahr 2490 zu bezwingen.

¹ Gender Mainstreaming ist ein Auftrag an die Spitze einer Verwaltung oder Organisation sowie an alle Beschäftigten. Ziel ist es, bei allen Entscheidungen, in der Struktur, in der Gestaltung von Arbeitsabläufen, in Ergebnissen, in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Controlling die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, um Chancengleichheit herzustellen.



Dr. Kristina Wopat
Jahrgang 1964, Tischlerin, promovierte Berufspädagogin, seit 1991 Bildungsreferentin und Beraterin und seit 1996 Leiterin der Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen, Heilpraktikerin für Psychotherapie in eigener Praxis

■ 1.2 Rückblick weckte Wünsche für die Zukunft

Zusammenfassung der Fachtagung

Es ist eine kraftvolle Erfahrung, mit anderen Frauen gemeinsam auf 15 Jahre Gleichstellungsarbeit zurückzublicken. In vier Arbeitsgruppen (AG) diskutierten die Eingeladenen miteinander: ehemalige und heutige Mitarbeiterinnen im Büro der Gleichstellungsbeauftragten (AG 1), Projektleiterinnen und Mitarbeiterinnen der Dresdner Frauenprojekte (AG 2), ehemalige Projektfrauen und Aktivistinnen der Frauenbewegung (AG 3), Stadträtinnen, Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte der Hochschulen (AG 4).

Sobald die Erinnerungen begannen, die Räume zu füllen, veränderte sich die Atmosphäre. Wir spürten ihn wieder, den Zauber der Anfänge. Es begann 1990 – als deutlich wurde, dass die Interessen der Frauen in dieser Stadt kaum Gehör fanden. Aus der Erfahrung, nicht wahrgenommen zu werden, formte sich eine Idee – und wie es in dieser Zeit der Taten nicht anders sein konnte: Mit Trillerpfeifen, Kampfesmut und Visionskraft zog eine Gruppe von Pionierinnen der Frauenbewegung zum Rathaus, verlangte den Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer zu sprechen und forderte ein Mitspracherecht am Runden Tisch der Stadt. »Nennen Sie mir einen Namen«, sagte Berghofer. Die Frauen sahen sich in der Runde um – und entschieden sich ad hoc für Brunhild Friedel, die Mund und Herz auf dem rechten Fleck hatte. Bis zum Mai 1990 rangen sie dem Stadtoberhaupt die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle ab. Zum Start gab es einen Sekretär und eine alte Schreibmaschine. Doch die Gleichstellungsstelle/Frauenbüro bekam bald mehrere Mitarbeiterinnen. Sie hatten Mut, an jede Tür zu klopfen und zu sagen: »Wir sind da, wir wollen was erreichen. Macht ihr mit?« Die

Frauen der ersten Stunde kamen aus den unterschiedlichsten Hintergründen. Mit großem Enthusiasmus, voller Ideale und Illusionen gingen sie an die Umsetzung, ohne von der Eigendynamik von Verwaltung und Fördermittelbeantragung auch nur eine Ahnung zu haben. Diese Frauen der ersten Stunde haben Arbeitsgebiete untereinander aufgeteilt, sich eingearbeitet, Teamsitzungen abgehalten, Diskussionen um die Beschlüsse des Stadtrates geführt und eine Konzeption für die Arbeit der Gleichstellungsstelle aufgestellt. Große Unterstützung kam von den Kolleginnen der Partnerstadt Hamburg. Fast zeitgleich gründeten engagierte Frauen in besetzten Stasi- und SED-Häusern die ersten Frauenprojekte. Nach und nach entstand eine lebendige Landschaft von Frauenprojekten mit einer breiten Palette von fachlichen Schwerpunkten.

Blick in den Workshop 2



Jede bringt etwas ein und verändert sich

Jede Frau, die im Laufe der Jahre zu dieser Bewegung dazustieß – ob nun auf Grund einer Stellenausschreibung oder des politischen beziehungsweise sozialen ehrenamtlichen Engagements – erfuhr persönliche Veränderungen. Lassen wir stellvertretend vier Frauen zu Wort kommen:

»Am Anfang wusste keine, wo es sie da hin verschlagen hat – Gleichstellungsstelle! Zu Beginn hatte man nicht das Bewusstsein über die Frage ›Bin ich benachteiligt oder nicht‹. Im Büro kam die Selbsterkenntnis, dass man kein Es ist, sondern eine Frau. Am Ende ging man immer mit einem lachenden und einem weinenden Auge.«

»Es war eigentlich eher Zufall, dass ich ausgerechnet in einem Frauenprojekt eine ABM-Stelle bekam. Aber in diesem Schutzraum begann ich ganz neu über mich als Frau nachzudenken und erlebte manchmal richtig glückliche Momente. Durch diese Zeit ist so viel Neues in meinem Leben entstanden. Die Begegnung mit Frauen in dieser Arbeit ist so stärkend, dass ich es geschafft habe, mich selbstständig zu machen.«

»Ich begriff: Wenn du es nicht machst, macht's keiner. Daran bin ich gewachsen.«

»Ich erlebte eine völlig andere Kommunikation als ich sie vorher kannte: von uns und über uns zu sprechen. Und ich verstand, dass gegenseitige Akzeptanz und Partnerschaft Selbstbewusstsein voraussetzt – Selbst-bewusst-Sein als Frau.«

Viele dieser Frauen brachten neue Impulse und fachliche Bereicherung in die Gleichstellungsarbeit ein.

15 Jahre Gleichstellungsarbeit sind auch geprägt von einer Suche nach den ›richtigen‹ Wegen, Formen und Schwerpunkten. Nach den ersten Jahren des Aufbruchs, in denen die gemeinsamen Positionen und Kämpfe der Gleichstellungsstelle und der Frauenprojekte im Vordergrund gestanden hatten, begannen Mitte der neunziger Jahre die Mühen um die Sicherung der Finanzierung und Existenz der Projekte. Das ging nicht ohne einen starken Differenzierungsprozess und erhebliche Spannungen ab. Eine neue Qualität gewann die Gleichstellungsarbeit, als Marianne Schulz ihre Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte aufnahm. Gemeinsam mit den Frauenprojekten kämpfte sie darum, dass diese Arbeit in der Landeshauptstadt als Querschnittsaufgabe anerkannt wurde und es wieder eine strukturelle Anbindung der Gleichstellungsbeauftragten direkt beim Oberbürgermeister gibt – mit Erfolg. Durch gemeinsame Aktionen aller Frauenprojekte und -gruppen entstanden neue Arbeitsformen und ein stimmiges Bild der Gleichstellungsarbeit in der Öffentlichkeit. Auch innerhalb der Verwaltung setzte eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Gleichstellungsbeauftragten und der Frauenbeauftragten ein, die nach Sächsischem Frauenfördergesetz für die berufliche Förderung der angestellten Mitarbeiterinnen sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Frauen und Männern innerhalb der Verwaltung verantwortlich ist. 2004 war die Landeshauptstadt Dresden Gastgeberin der 16. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – ein Höhepunkt, mit dem sich Marianne Schulz aus ihrem Amt verabschiedete.

Kontinuierliche Kooperation einmalig in Sachsen

Den Projektleiterinnen und Mitarbeiterinnen der Frauenprojekte war die Workshop-Runde vertraut, denn seit 1990 treffen sie sich einmal im Monat. Eine so kontinuierliche und konsequente Kooperation ist in ganz Sachsen und darüber hinaus einmalig. Aus den Frauenprojektetreffen vom Anfang der neunziger Jahre ging der Verbund Dresdner Frauenprojekte hervor, der mit unzähligen öffentlichen Aktionen viele Jahre lang in gebündelter Kraft um den Erhalt einer breiten Frauenprojektelandschaft in Dresden gekämpft hat. Nicht immer mit Erfolg – denn drei Projekte sind heute nicht mehr vertreten. Auch in den eigenen Reihen mussten ab 2002 schwere Einschnitte verkraftet werden. Die Pionierinnen der Frauenprojektarbeit in Dresden spürten oft, wie hart die Auseinandersetzungen um das Überleben ihrer geistigen Kinder an den Kräften zehren. Und doch sind sie sich einig: Es hat sich immer

gelohnt. Im Rückblick entstand das Bild eines kraftvollen Baumes: Er trägt viele neue Blüten, und es sind wunderbare Früchte gewachsen. Natürlich hat er auch vertrocknete Zweige, doch die Wachstumskraft ist ungebrochen.

Davon künden auch die jüngsten Entwicklungen. Kristina Winkler, die dritte Dresdner Gleichstellungsbeauftragte, hat es im ersten halben Jahr ihrer Arbeit vermocht, die praktische Kooperation der Frauenprojekte weiter auszubauen. So gibt es seit Sommer 2005 erstmals ein gemeinsames Programmheft der Dresdner Frauenprojekte. Damit wird deren Vielfalt und fachliche Kompetenz in Dresden für eine breite Öffentlichkeit noch greifbarer und sichtbarer.

15 Jahre Gleichstellungsarbeit in Dresden sind eine Erfolgsgeschichte. Sie be-

reichern das Leben von Frauen und Männern in der Stadt in vielfältiger Weise und tragen erheblich dazu bei, unsere Stadt nachhaltig zu entwickeln. Und sie machen deutlich, wie viel wir auf dem Gebiet der Gleichstellung von Frau und Mann noch zu tun haben, wie weit wir noch entfernt sind von einer tatsächlichen Gleichstellung in allen Bereichen des Lebens.

Entwickelte Visionen

Wenn gut 80 Aktivistinnen der Dresdner Frauenbewegung gemeinsam über Visionen für diese Stadt nachdenken, darf Mann und Frau neugierig sein, was dabei herauskommt. An der spielerischen Gestaltung einiger Entwürfe wird sichtbar: Das hat Spaß gemacht. Im Spiegel der Visionen können wir zugleich sehen, wo aktueller

<ul style="list-style-type: none"> ■ Jede Form von Arbeit, reproduktive, Familien-, gemeinnützige, Erwerbsarbeit usw., wird gleichermaßen wertgeschätzt. ■ Alle Menschen verfügen über ein eigenes die Existenz sicherndes Grundeinkommen, unabhängig von eventueller Partnerschaft. ■ Es besteht ein starkes bürgerschaftliches Engagement von Frauen und Männern. ■ Menschen engagieren sich gemeinsam. ■ Das Leben wird in seinem Rhythmus von Aktion und Kontemplation verstanden, das Sabbat-Jahr wird selbstverständlich. 	Eine neue Bewertung von Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> ■ Das Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit auf jeder Ebene – Erde, Natur, Land, Stadt, Familie, Generationen – bestimmt unser Handeln, unsere Verantwortung ■ Gleichberechtigte und gleichwertige Lebensformen – Vielfalt ist selbstverständlich. ■ Lebensfreude ist ein zentraler Wert. ■ Unterschiedlichkeit in Herkunft, Rasse, Behinderung, Religion, Geschlecht usw. wird als Ressource und gleichwertig begriffen. ■ Es gibt gewaltfreie Schulen, weniger Gewalt gegen Frauen und Kinder, weniger Gewalt in der Gesellschaft insgesamt. 	Veränderte gesellschaftliche Wertvorstellungen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Jede Mutter und jeder Vater nimmt Erziehungszeit. ■ Die Frauen lassen ihre Männer an Familienarbeit »ran«. ■ Männer und Frauen genießen gemeinsam. ■ Viel mehr Frauen wagen es ganz selbstverständlich, Kinder zu bekommen. ■ Kinder werden als der Schatz der Gesellschaft begriffen: »Kinder-Lands-Liebe« statt Vaterlandsliebe. ■ Es gibt kurze Wege für die Versorgung der jüngeren Kinder. ■ Es gibt ausreichend Kitas und Krippen für alle mit geschlechtsbewusster Erziehung. ■ Ganztageschulen sind kulturelle Zentren. ■ Bildung ist sehr variabel und allen Generationen zugänglich. ■ Es gibt ganz selbstverständlich Frauen-Räume, Männer-Räume, gemeinsame Räume (jeweil. Projekte, Einrichtungen). 	Veränderte Geschlechterrollen/-verhältnisse in den Familienbeziehungen und der öffentlichen Kindererziehung/Bildung
<ul style="list-style-type: none"> ■ Entscheidungsgremien sind vielfältig besetzt, so dass die unterschiedlichen Erfahrungswelten – soziale Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Single, Elternschaft, Hautfarbe und andere – Eingang in die Entscheidung finden. ■ Netzwerke bilden sich von unten, es geht um die Wiederaufbau der Gesellschaft. ■ Die Macht ist so verändert, dass die Beteiligten wieder persönliche Verantwortung übernehmen (Eigenmacht). 	Veränderte politische Beteiligung und Strukturen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Chance der Globalisierung ist genutzt: Wir leben auf einer friedlichen Erde mit einem Existenz sichernden Einkommen für alle Menschen, Wertschätzung und Würdigung der Unterschiedlichkeit und Bewahrung der natürlichen Ressourcen. 	Ausblick in eine gerechtere Welt

Tabelle 1: Dresden in 50 Jahren

Quelle: Visionen der Fachtagung

- Das Grundgesetz wird ernst genommen.
- Wir denken und handeln ressortübergreifend – eine Voraussetzung für den Interessenausgleich und eine Politik, die nicht nur für Männer zwischen 25 und 45 Jahren relativ gut ins Lebenskonzept passen kann.
- Die Hälfte der Beigeordneten in Dresden sind Frauen. Frauen in Führungspositionen sind eine gelebte Normalität.
- Gleichstellungsbeauftragte werden selbstverständlich als Expertinnen wahrgenommen und angefragt. Sie haben keinen Grund mehr, sich rechtfertigen zu müssen.
- Frauen treten aktiv für Frauen ein. Das gilt auch und besonders für die vielen kleineren ›Frauen‹unternehmen.
- Wir leben in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und insbesondere von Karriere und Familie mit Kindern attraktiv machen. Gibt es hierbei Probleme, so entscheiden die Arbeitgeber im Zweifelsfall pro Kind.
- Bei der Ausschreibung und Besetzung von Leitungspositionen fallen nicht allein fachliche, sondern auch soziale Kompetenzen ins Gewicht. Fehlen letztere, müssen die Bewerber nach einer Runde Familienzeit wiederkommen.
- Alle Menschen werden in ihren Stärken wahrgenommen statt ihre Defizite als Hindernis in den Blick zu nehmen. Jedes Defizit bedeutet an anderer Stelle eine Erfahrung und damit auch eine Ressource, die spezifisch genutzt werden kann – auch und gerade die behinderter Frauen.

Tabelle 2: Dresden im Jahr 2020

Quelle: Visionen der Fachtagung

<ul style="list-style-type: none"> ■ Gleichstellungsbeauftragte haben stärkere Befugnis und Durchsetzungsmacht. ■ Gleichstellungsarbeit ist in der Öffentlichkeit präsenter als bisher. ■ Frauenprojekte sind selbstverständlich gefördert und eine Pflichtaufgabe jeder Stadt mit Planungssicherheit. ■ Gleichstellungsarbeit bezieht deutlich mehr Männer und Männerthemen ein, jedoch nicht auf Kosten der Frauenprojektarbeit. ■ Männer und Frauen leben partnerschaftlicher miteinander, das bedeutet Respekt und Gleichwertschätzung der Unterschiede. ■ Verstöße gegen die Gleichstellungsregeln werden staatlich streng bestraft. ■ Straßenbahnhaltstellen werden nach Frauen- und Männerprojekten benannt. ■ Jährlich stehen Themenschwerpunkte im Fokus der Öffentlichkeit. 	Erweitertes Verständnis von Gleichstellungsarbeit
<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Frauenprojekte in Dresden arbeiten enger zusammen. ■ Das Büro der Gleichstellungsbeauftragten und die Frauenprojekte kooperieren mehr und geben sich stärkende Resonanz. 	Intensivere Zusammenarbeit für die Gleichstellung von Frau und Mann
<ul style="list-style-type: none"> ■ Wir vernetzen uns und lernen von den neuen Chancen, die die EU bietet, besuchen Frauen in Frankreich oder Skandinavien, zum Beispiel per Ausbau und Nutzung bestehender Städtepartnerschaften. Wir wollen lernen, wie es den Frauen dort gelungen ist, ihre Interessen besser unter einen Hut zu bringen. ■ 50 Prozent unserer Steuern bleiben in der Kommune, wie in Dänemark. Dann können wir mitbestimmen, welche Dienstleistungen wir davon bezahlt haben wollen. 	Von Nachbarn in der EU lernen und profitieren
<ul style="list-style-type: none"> ■ Ein Beispiel, das wir nachahmen werden, ist das Modell der Elternzeit in Schweden. Wenn Eltern zu Hause bleiben wollen wegen ihrer kleinen Kinder, dann 1:1 die Mütter und die Väter. ■ Wir haben dann Ganztageschulen und brauchen den Ausbau von Dienstleistungen, um den Alltag mit Beruf und Familie, mit Kindern, aber auch mit unseren zu pflegenden Familienangehörigen meistern zu können. ■ Öffentliche und private Kindererziehung erfolgt geschlechtssensibel. Im Mittelpunkt steht die Stärkung der Persönlichkeit und des Selbstbewusstseins der Kinder. ■ Es gibt flexiblere Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle für Männer und Frauen. ■ Es stehen mehr Arbeitsstellen zur Wahl – besonders für Frauen mit Kindern. ■ Kindereinrichtungen haben bedarfsgerechte Öffnungszeiten, auch für spätere Arbeitszeiten. ■ Die Politik ist familienfreundlich. 	Bessere Bedingungen für Familien – Mehr Beteiligung der Väter Mehr Freiräume für Mütter Mehr Kinderfreundlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Hälfte der Beigeordnetenstellen sind von Frauen besetzt. ■ Dresden hat eine Oberbürgermeisterin. ■ Der Anteil von Frauen in Führungspositionen beträgt mindestens ein Drittel. ■ Der Staat stützt die Elitförderung für Studentinnen der naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen. 	Frauen verstärkt in Führungspositionen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Bei Gewalt gegen Frauen und Kinder werden Täter sofort sanktioniert, es folgt zwingend ein Öffentlichmachen auch am Arbeitsplatz. ■ Den Betroffenen stehen umfassendere Hilfen zur Verfügung. 	Stärkere öffentliche Sanktionierung von Gewalt
<ul style="list-style-type: none"> ■ Es gibt ein Grundeinkommen für alle Menschen – Existenzangst ist nicht mehr nötig. ■ Männer arbeiten gleichberechtigt im Ehrenamt mit. ■ Haus- und Erziehungsarbeit sowie Ehrenämter werden als Erwerbsarbeit anerkannt. 	Beginnende Veränderung der Bewertung von Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> ■ In Dresden haben Frauen eine zinsfreie alternative Währung geschaffen. ■ Die Frauenuniversität mit alternativen Lernformen ist staatlich anerkannt. ■ Es gibt ein Frauen-/Mädchen-Beratungs-Gesundheits-Freizeit-Mobil. ■ Spielplätze werden in Dresden auch am Interesse von Mädchen ausgerichtet. ■ Es gibt (wieder) Frauen-Ruhe-Räume. ■ Es wird gefeiert! 	Weitere Highlights

Tabelle 3: Dresden 2010 bis 2015

Quelle: Visionen der Fachtagung

Veränderungsbedarf besteht.

Den Blick in die weitere Zukunft – Dresden in 50 Jahren – hat die Arbeitsgruppe der ehemaligen Projektfrauen und Aktivistinnen der Frauenbewegung (AG 3) gewagt. Sie näherten sich dem Thema, indem sie sich vorstellten, wie alt sie selbst, ihre Kinder, Enkel und Urenkel dann sein werden und wie sie sich ihr Leben wünschen. Da sprudelten die Visionen nur so heraus.

In 50 Jahren soll Gleichstellung zum selbstverständlichen und positiv bewerteten Bestandteil jedes Entscheidungsprozesses und Lebensbereiches geworden sein.

Die Arbeitsgruppe der Stadträtinnen, Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen (AG 4) zog den Bogen vom Rückblick auf 15 Jahre Gleichstellungsarbeit zum Vorausblick in 15 Jahren und konzentrierte sich auf das Jahr 2020.

Konkrete Veränderungen für die nächsten fünf bis zehn Jahre wurden in allen vier Arbeitsgruppen diskutiert.

Angesichts der Größe ihrer Vision fragten sich die Frauen, woher die Kraft für solche Veränderungen kommen könne. Eine Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: »Erinnern wir uns, wie Dresden vor 50 oder 60 Jahren nach dem Bombenangriff aussah. Damals hätte sich niemand vorstellen können, dass wir heute in solchem Reichtum leben können.« Es sind der Mut zum Träumen und die Kraft, die aus visionsgetragendem gemeinsamem Handeln erwächst, die die Welt verändern. Und um diese Kraft auch in alltägliches Handeln umzusetzen, wurde vorgeschlagen, im Herbst 2005 eine Fachtagung einzuberufen, auf der Schritte für die Verwirklichung dieser Visionen diskutiert werden.

Dr. Kristina Wopat

2 Zur aktuellen Situation in ausgewählten Lebensbereichen

■ 2.1 Dresdnerinnen wollen einen Beruf, aber auch Familie Lebensentwürfe

Wie stellen sich Frauen in Dresden ihr Leben vor? Welche Wünsche, Pläne, Träume haben sie? Was ist ihnen wichtig in ihrem Leben? Womit sind sie zufrieden, womit nicht? Diese Fragen bilden den roten Faden für diesen Beitrag.

Natürlich gibt es nicht den Lebensentwurf der Dresdnerinnen an sich. Solche Pläne und Wünsche sind individuell und sehen für Frauen je nach ihrem Alter, ihrer familiären Situation, nach Einkommen, Ausbildung und so weiter sicherlich ganz unterschiedlich aus. Frauen in Dresden, das sind: allein Erziehende, Behinderte, Chefinnen, Dazuverdienerinnen, Existenzgründerinnen, Fahrradfahrerinnen, Großmütter, Hausfrauen, Interessenvertreterinnen, Ja-Sagerinnen, Künstlerinnen, lesbische Frauen, Managerinnen, Neustädterinnen, Ostfrauen, Politikerinnen, Querdenkerinnen, Rentnerinnen, Studentinnen, Tagesmütter, Underdogs, Verkäuferinnen, Wissenschaftlerinnen, Xanthippen, Youngsters, Zugezogene und viele mehr. So vielfältig wie die Lebensrealität von Frauen in Dresden ist, so verschieden sind auch ihre Vorstellungen von ihrem Leben. Außerdem handelt es sich bei Lebensentwürfen nicht um starre, unumstößliche Pläne, die einmal im Leben aufgestellt und von da an hartnäckig verfolgt werden. Sie sind vielmehr als immer wieder neu zu überprüfende und den gegenwärtigen Lebensumständen anzupassende Konzeptionen zu verstehen.

Es gestaltet sich schwierig, über etwas derart Persönliches und Veränderliches allgemeine Aussagen für Dresden zwischen 1990 und 2005 zu treffen. Es liegen bislang keine eigenständigen Untersuchungen vor, die sich speziell mit diesem Thema auseinandersetzen. In verschiedenen

Berichten und anderen Publikationen aus diesem Zeitraum finden sich aber immerhin Aussagen zu inhaltlich verwandten Themen wie Lebenszielen, Lebenszufriedenheit und Lebensplanung, auf die hier zurückgegriffen wird.

Daneben sind aus empirischen Daten Entwicklungen und Tendenzen ablesbar, die als Anzeichen für erfüllte oder unerfüllte Lebenswünsche genommen werden können und damit zu einer Annäherung an die Lebensentwürfe Dresdner Frauen beitragen. Dazu zählen beispielsweise Daten über die Zu- und Abwanderung von Frauen, die Entwicklung der Geburtenzahlen oder die Anzahl von Existenzgründerinnen. Auf Grund des Mangels an konkreten Erhebungen kann insgesamt für die Vergangenheit nur eine Rekonstruktion versucht werden. Auch die aktuellen Lebensentwürfe könnten sicherlich eingehender untersucht werden, als es hier anhand von allgemeinen Entwicklungen möglich ist. Leitgedanken für eine solche Untersuchung werden am Ende dieses Beitrags formuliert.

In dem Begriff Lebensentwurf kann eine Vielzahl von Vorstellungen über das eigene Leben zusammengefasst sein. Hinter der Frage »Wie will ich leben?« verbergen sich unzählige Aspekte, zum Beispiel: Wo will ich leben? Wie stelle ich mir mein Wohnumfeld vor? Mit wem will ich wie zusammenleben? Möchte ich selbst Kinder bekommen? Welcher Beruf kommt für mich in Frage? Wo möchte ich arbeiten und unter welchen Bedingungen? Wie soll mein Alltag aussehen? Wie möchte ich meine Freizeit verbringen? Will ich mich politisch engagieren, Mitglied in einem Verein werden, selbst eine Bürgerinitiative ins Leben rufen? Welche Themen sind mir wichtig? Wofür möchte ich mich einsetzen? Das komplexe Thema der abstrakten gesellschaftlichen Rollenleitbilder und persönlichen Vorbilder, die mehr oder minder unbewusst hinter den im Lebensent-



Cordula Karich
Jahrgang 1980, Diplom-Kommunikationspsychologin (FH), seit März 2004 freiberuflich tätig, seit Oktober 2004 Zweitstudium Soziologie an der TU Dresden, Lehrbeauftragte an der Hochschule Zittau/Görlitz (FH)

wurf zusammenfließenden konkreten Vorstellungen und Wünschen stehen, soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

Erwerbslosigkeit

Von 1990 bis 2005 sind durchgängig zwei Themenbereiche für die Lebensentwürfe Dresdner Frauen von größter Bedeutung: der Umgang mit einer drohenden oder bestehenden Erwerbslosigkeit und Möglichkeiten der Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit. Diese Schwerpunkte dominierten besonders in den ersten Jahren nach der Wende. Sie werden in Berichten zur Situation von Frauen in Dresden ausführlich aufgegriffen, der Neuorientierung bei Erwerbslosigkeit widmen sich viele Angebote von Frauenprojekten.

Die enge Verflechtung von Lebensentwurf und Erwerbstätigkeit stellt dabei keine Besonderheit der Dresdnerinnen dar. Sie ist zum einen typisch für ostdeutsche Frauen und entspricht andererseits der allgemeinen Tendenz, dass Lebensläufe um das Erwerbssystem herum organisiert werden. Die vorherrschende Vorstellung von einer »normalen« Biografie ist dreigeteilt in Kindheit und Jugend als »Vorbereitungsphase«, aktives Erwachsenenleben als »Erwerbsphase« und das Alter als »Ruhephase«.¹

Diese klare Trennung – die allerdings für Frauen schon immer seltener zutrifft als für Männer, da viele die Erwerbsphase durch Zeiten unterschiedlich intensiver Kinderbetreuung unterbrechen beziehungsweise begleiten – löst sich zunehmend auf. Jugendliche bessern beispielsweise mit Ferienjobs ihr Taschengeld auf, Erwerbsphasen sind mit längerfristigen Weiterbildungen verbunden, und der Ausstieg aus

dem Erwerbsleben erfolgt immer seltener von heute auf morgen, sondern eher schrittweise. Durch die enge Kopplung des individuellen Lebenslaufes an Erwerbstätigkeit wirken Veränderungen in diesem System direkt auf Lebensziele und -entwürfe zurück.

Zunehmend häufiger gehen Menschen, deren Arbeitsverträge befristet sind oder die in Teilzeit arbeiten, mehr als einer bezahlten Tätigkeit nach. Diese relativ neuen Formen werden vielfach auch in Lebenspläne integriert. Die auf dem Erwerbsarbeitsmarkt allgemein steigenden Anforderungen an Mobilität, Flexibilität und lebenslanges Lernen erfordern und ermöglichen gleichzeitig neue und individuelle Lebensentwürfe. Dabei ist insgesamt davon auszugehen, dass diese immer weniger für das gesamte Leben gedacht werden können, sondern sich zunehmend nur noch auf die aktuelle Lebensphase beziehen.

Obwohl Frauen je nach ihrer aktuellen Lebenssituation unterschiedlich von den gesellschaftlichen Veränderungen durch die Wende betroffen sind, sehen sich doch viele vor der Aufgabe, ihre bisherigen Ziele und Wertorientierungen zu überdenken. Das gilt für junge Frauen in der Phase der Berufs- oder Studienwahl, für junge Mütter, ältere erwerbstätige Frauen und auch für Rentnerinnen und diejenigen Frauen, die als Vorrühständlerinnen früher als geplant ihre Erwerbstätigkeit beenden. Häufig werden die bisherigen Lebenspläne in Frage gestellt und neue Entwürfe notwendig, aber auch möglich.

Erwerbstätigkeit und Familie

Was sich mit der Wende nicht geändert hat, ist das Bedürfnis vieler Dresdnerinnen, sowohl Mutter als auch erwerbstätig zu sein. Die bisherigen Frauenberichte dokumentieren, dass über den gesamten Zeitraum hinweg Erwerbsarbeit und Familie zu den wichtigsten Lebenszielen gehörten und gehören und »annähernd den gleichen Stellenwert im Lebensentwurf von Dresdnerinnen«² einnehmen. Das Ziel, einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen und dies mit der Betreuung von Kindern vereinbaren zu können, ist demzufolge als ein fester Bestandteil der Lebensentwürfe vieler Dresdner Frauen zu betrachten.

Erwerbsarbeit ist dabei nicht nur ein Weg, Geld zu verdienen, sondern soll auch zu Selbstverwirklichung, Unabhängigkeit und höherem Selbstwertgefühl beitragen. Dazu gehört, dass die Arbeitstätigkeit der eigenen beruflichen Qualifikation entspricht. Diesen Anspruch betrachteten 73 Prozent der Dresdnerinnen im Jahr 2002 als erfüllt, rund 14 Prozent waren höher qualifiziert, als es ihre gegenwärtige Berufstätigkeit erforderte.³

Existenzgründungen

Der Anteil von Frauen an den in Dresden selbstständig Tätigen bewegt sich im betrachteten Zeitraum zwischen einem Viertel und einem Drittel. Frauen sind also bei den Selbstständigen deutlich unterrepräsentiert. Von den erwerbstätigen Frauen waren 2002 lediglich zwei Prozent selbstständig mit bezahlten Beschäftigten und vier Prozent selbstständig ohne bezahlte Beschäftigte. Damit sind Frauen deutlich seltener selbstständig tätig als Männer (jeweils acht Prozent).⁴ Hier wäre eine eingehende Analyse der Gründe notwendig, die Frauen davon abhalten, sich selbstständig zu machen, um daraus neue und frauenspezifische Ansätze zur Förderung von Existenzgründungen zu entwickeln.

Optimismus und Zukunftserwartungen

In ganz Ostdeutschland nimmt die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen in den frühen neunziger Jahren dramatisch ab.⁵ Auch in Dresden blicken 1992 weniger Frauen optimistisch in die Zukunft als 1990 (20,5 gegenüber 36,1 Prozent). Der Anteil der Frauen, die skeptisch oder pessimistisch in die Zukunft sehen, nimmt dagegen zu (38,5 gegenüber 34,4 Prozent beziehungsweise 10,3 gegenüber 7,0 Prozent).⁶

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für den Optimismus in Bezug auf die eigene wirtschaftliche Lage. Während 1992 noch 40 Prozent der Ostdeutschen davon ausgehen, dass sich ihre wirtschaftliche Lage im kommenden Jahr verbessern wird, sind es 1996 nur noch 15 Prozent. Von 1998 an steigt der Anteil der optimistischen Ostdeutschen und erreicht 19 Prozent im Jahr 2002. Mit rund 70 Prozent nehmen in diesem Zeitraum die meisten Menschen an, dass sich ihre wirtschaftliche Lage nicht verändern wird.⁷ Die Dresdnerinnen äußern sich demgegenüber vergleichsweise pessimistisch. 2002 rechneten 26 Prozent von ihnen mit einer Verschlechterung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2003, während nur zwölf Prozent auf eine Verbesserung hofften. 46 Prozent der Dresdnerinnen erwarteten keine Veränderungen.⁸

Bevölkerung und Altersgruppen

Zwischen Oktober 1990 und Dezember 2004 hat sowohl die Dresdner Bevölkerung insgesamt als auch die weibliche Bevölkerung abgenommen. Lebten 1990 rund 273 900 Mädchen und Frauen in der Landeshauptstadt, waren es Ende 2004 noch gut 250 700.⁹ Dieser Rückgang ist sowohl auf natürliche Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle), als auch auf die langjährig negativen Wanderungssalden zurückzuführen. Neben der Anzahl der Frauen in Dresden änderte sich auch ihre

Verteilung auf die verschiedenen Altersgruppen. Beispielsweise sank der Anteil der bis Siebzehnjährigen von 20 Prozent Ende 1990 auf 13,5 Prozent Ende 2003. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der über sechzigjährigen Frauen von 25,4 auf 31,1 Prozent.

Haushalte und Familienstand

Zwischen 1992 und 2002 nahm die Anzahl von Haushalten ohne Kinder und die Zahl der Einpersonenhaushalte zu. Die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt sank auf 1,9 Prozent. Im gesamten Zeitraum nahm der Anteil der ledigen Frauen zu, während der Anteil verheirateter Frauen zurückging. Immer mehr Frauen, besonders in den jüngeren Altersgruppen, leben in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Frauen, die heiraten, tun dies tendenziell zu einem späteren Zeitpunkt in ihrem Leben. Hier zeichnet sich deutlich ab, dass ein wachsender Anteil von Frauen in Dresden eine Eheschließung nicht als Voraussetzung für das Zusammenleben in einer Partnerschaft ansieht.

Kinder

Die Zahl der in Dresden geborenen Kinder ist von 5 386 im Jahr 1990 auf 2 504 im Jahr 1994 gesunken. Ab 1995 stieg die Zahl der Geburten wieder bis auf 4 250 im Jahr 2000 stetig an. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein Teil der Kinderwünsche aus den frühen neunziger Jahren mit ihrer für viele Frauen und Männer – auch in finanzieller Hinsicht – unsicheren Situation in diesem späteren Zeitraum realisiert wurde. 2001 und 2002 wurden jeweils weniger Kinder geboren als im Vorjahr. Erst 2003 war ein erneuter Anstieg der Geburtenzahl auf 4 489 zu verzeichnen. Ungefähr ein Drittel der Kinder in diesem Jahr brachten Frauen zwischen 25 und 29 Jahren zur Welt, ein weiteres Drittel gebaren Frauen zwischen 30 und 34 Jahren.

Damit zeigen sich in der sächsischen Hauptstadt zwei bundesweite, eng miteinander verbundene Tendenzen: Frauen und Männer entscheiden sich biografisch später für Kinder, und die Geburtenzahlen sinken insgesamt. Der Rückgang an jungen Eltern ist gerade in Ostdeutschland deutlich spürbar, wie das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner Studie »Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft«¹⁰ feststellt: »Am Beginn der 90er Jahre waren fast 80 Prozent der 25- bis 29-jährigen Ostdeutschen bereits Eltern, heute lediglich 31 Prozent.« Folgende Faktoren tragen im Wesentlichen zu dieser Entwicklung bei: eine Orientierung am so genannten Mehrphasen-Modell (die Familienphase beginnt erst dann, wenn die Ausbildungsphase abgeschlossen und der Berufseinstieg ge-

schafft ist), lange Ausbildungszeiten, erhöhtes materielles Sicherheitsbedürfnis in ökonomisch unsicheren Zeiten und ein steigender Anteil gut ausgebildeter Frauen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass »die Chancen, eine frühere Realisierung von Kinderwünschen zu ermöglichen, in hohem Maße davon ab[hängen], inwieweit die Parallelität von Ausbildung beziehungsweise Beruf und Familienphase an Attraktivität gewinnt. Dies ist eine Frage der Gestaltung von Rahmenbedingungen wie der Betreuungsinfrastruktur und der Entwicklung der Präferenzen in der Bevölkerung.«

Einige Hinweise auf Handlungspotenziale gibt der Familienatlas 2005.¹¹ Dieser ordnet Dresden wie die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen in die Gruppe F (»Refugien« für Familien in Ostdeutschland) ein. Ansatzpunkte für mehr Familienfreundlichkeit in diesen Regionen sieht der Atlas vor allem im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt, beispielsweise in der Erhöhung der Ausbildungsplatzdichte und Senkung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit. Die im bundesweiten Vergleich gute Betreuungsinfrastruktur (Kindergärten und Horte) sollte in jedem Fall erhalten werden, denn: »Sie trägt in schwierigen Wachstumsphasen dazu bei, die Flexibilität des Arbeitskräfteangebots zu erhöhen und erzeugt in Wachstumsregionen eine noch stärkere Dynamik.«

Abwanderung

Zwischen 1990 und 2003 verließen knapp 113 000 Mädchen und Frauen die Stadt, während fast 103 000 neu hierher zogen. Der weibliche Anteil an allen Zu- und Abwandernden nimmt seit 1996 zu. Seit 2000 ist sowohl insgesamt als auch bei Mädchen und Frauen die Zahl der Zugezogenen höher als die der Fortgezogenen. Zu beachten ist, dass ein großer Teil der Abwandernden lediglich in die nähere Umgebung zieht. So verlegten beispielsweise im ersten Halbjahr 1996 ungefähr 56 Prozent der abwandernden Frauen und Mädchen ihren Wohnsitz ins Umland.

Bei dieser Analyse ist der Blick auf das Alter von Bedeutung. Für 2003 lässt sich feststellen, dass fast 30 Prozent der fortziehenden Frauen zwischen 18 und 25 Jahren alt waren. In dieser Altersgruppe liegt außerdem die Zahl der Frauen deutlich über der der Männer. Gleiches gilt auch für die Zugezogenen, so dass sich für die Gruppe der achtzehn- bis unter fünfundzwanzigjährigen Frauen eine besondere Mobilität herauskristallisiert.

Schlussfolgerungen auf Lebensentwürfe lassen sich aus diesen Zahlen nur schwer ziehen, da es dafür notwendig wäre, die individuellen Ursachen für einen Weggang zu eruieren. So weist die Kom-

munale Bürgerumfrage 2002 Gründe nur für allein lebende Befragte geschlechtsspezifisch aus. Hierbei geben 67 Prozent der Frauen berufliche Beweggründe für einen geplanten Wegzug aus Dresden an.¹² Inwiefern die Abwanderung selbst Teil des Lebensplanes von Frauen ist, ob sie erfolgt, um übergeordnete Ziele wie die Vermeidung von Arbeitslosigkeit, das Zusammenleben mit einer Partnerin/einem Partner oder anderes zu erreichen oder ob sie nur als vorübergehende Notlösung empfunden wird, lässt sich anhand dieser Zahlen schlicht nicht feststellen.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit lässt sich als eindeutiges Handlungsfeld für die Gleichstellungspolitik herausstellen. Diese hat für Frauen in Dresden einen unvermindert hohen Wert und ist für viele Frauen ausschlaggebend für ihre Lebenszufriedenheit. Konkrete Angebote und ein gesellschaftliches Klima in der Region, die es erleichtern, Familie und Beruf in erfüllendem statt überforderndem Maße zu vereinbaren, beeinflussen ganz wesentlich die Entscheidung von Frauen – und Männern – für oder gegen eigene Kinder. Deshalb wird es immer notwendiger, diesem Thema eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dabei geht es sowohl darum, vorhandene Möglichkeiten zu verbessern und bekannter zu machen, als auch um die Schaffung neuer Modelle.

Für andere Themenfelder lassen sich an dieser Stelle keine genaueren Aussagen zu gegenwärtigen Lebensentwürfen Dresdner Frauen treffen. Dafür wäre eine umfassendere Analyse notwendig, die beispielsweise mit einer geschlechtsspezifischen Sekundäranalyse der Daten der letzten kommunalen Bürgerumfrage beginnen könnte. Dabei sollten auch verschiedene Gruppen innerhalb der Geschlechter unterschieden und miteinander verglichen werden, denn ein soziodemografisches Merkmal wie Geschlecht oder Alter allein reicht nicht aus, um die komplexe Lebensrealität eines Menschen zu erfassen.

Eine solche vertiefte Analyse vorliegender quantitativer Daten sollte in jedem Fall durch eine Untersuchung wie beispielsweise eine qualitative Befragung ergänzt werden, die Rückschlüsse auf individuelle Handlungsgründe ermöglicht. Damit könnten Erkenntnisse zur Lebenssituation von Mädchen und Frauen sowie Jungen und Männern in Dresden gewonnen werden, die einerseits über die Beschreibung veränderter Kennziffern hinausgehen und andererseits deren Interpretation vor dem Hintergrund individueller Motive und Grün-

de ermöglichen.

Allein zum Thema Ab- und Zuwanderung ließen sich dann beispielsweise folgende, jetzt noch offene Fragen beantworten: Aus welchen Gründen kommen Menschen nach Dresden? Weshalb ziehen andere aus Dresden fort? Und lassen sich hier geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen? Wie viele der Zugewanderten bleiben länger oder langfristig? Wann und warum ziehen sie gegebenenfalls wieder weg? Kehren Abgewanderte zurück? Warum oder warum nicht? Bestehen Unterschiede zwischen den Altersgruppen, wandern beispielsweise junge Frauen aus anderen Gründen und mit anderen Zielen ab als ältere? Unter welchen Bedingungen würden junge Frauen in Dresden bleiben? Über diese Fragen kann zurzeit keine amtliche Statistik Aufschluss geben.

Dazu müssten andere Methoden der Datenerhebung Anwendung finden. Vor allen Dingen sollten die Dresdnerinnen selbst direkt nach ihren ganz konkreten Vorstellungen von ihrem persönlichen Leben in ihrer Stadt gefragt werden. Dies muss durchaus nicht immer im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung geschehen. Beispielsweise könnte auch eine Ausstellung über Alltag, Wünsche und Ziele von Frauen in Dresden dazu beitragen, ein genaueres Bild der vielfältigen Lebensentwürfe zu zeichnen.

Cordula Karich

- 1 vgl. Martin Kohli: Die Institutionalisierung des Lebenslaufes. Historische Befunde und theoretische Argumente, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, S. 1–29, Köln 1985
- 2 Frauenbericht Dresden 2000, S. 25; vgl. auch Frauenbericht Dresden 1993, S. 26
- 3 Landeshauptstadt Dresden (Hg.): Kommunale Bürgerumfrage 2002, S. 240 (n=698), Dresden 2003
- 4 ebd., S. 238 (n=679), Dresden 2003
- 5 Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004, S. 464
- 6 Frauenbericht Dresden 1993, S. 28
- 7 Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004, S. 477 (Datenbasis: Allbus 1992, 1996, 1998, 2000, 2002)
- 8 Landeshauptstadt Dresden (Hg.): Kommunale Bürgerumfrage 2002, S. 130 (n=1 519), Dresden 2003
- 9 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
- 10 Institut für Demoskopie Allensbach: Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft, Allensbach 2005, auch unter: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/allensbach-zeitfenster-kurzfassung.property=pdf.pdf
- 11 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Potenziale erschließen – Familienatlas 2005, auch unter: www.prognos.de/familienatlas/p_familienatlas.pdf
- 12 Landeshauptstadt Dresden (Hg.): Kommunale Bürgerumfrage 2002, S. 80 (n=36), Dresden 2003

■ 2.2 Ungerechtigkeiten betreffen zumeist Frauen Arbeit

Seit dem 1. Januar 2003 werden die Hartz-Gesetze zu den Reformen am Arbeitsmarkt schrittweise in Kraft gesetzt, seit dem 1. Januar 2005 gilt das SGB II beziehungsweise Hartz IV mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. In der Präambel des Abschlussberichtes der Hartz-Kommission wurde zum Thema Gleichstellung von Frauen und Männern formuliert: »Aktivierende Arbeitsmarktpolitik hat ... eine besondere Aufgabe, indem sie nicht nur hohen Risiken, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, begegnet. Sie befähigt zum Anpassen an den Strukturwandel, fördert variable Arbeitsverhältnisse und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sichert Übergänge zwischen Familien- und Erwerbsphasen ab und ermöglicht Frauen wie Männern eine eigenständige Existenzsicherung. Dies ist bei der anschließenden Umsetzung der vorliegenden Vorschläge zu beachten. Alle weiteren Schritte zur Konkretisierung müssen vor diesem Hintergrund detailliert überprüft werden, inwieweit sie dem Postulat der Gleichstellung Rechnung tragen beziehungsweise direkt oder indirekt Benachteiligungen fortschreiben oder neu entstehen lassen.«¹ An diesem Anspruch, die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und durchzusetzen sowie Frauen und Männern eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen, müssen sich die Ergebnisse der Arbeitsmarktpolitik auch in Dresden messen lassen.

Erwerbstätigkeit

Die Anzahl aller erwerbstätigen Personen, das sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige beziehungsweise mithelfende Familienangehörige, betrug 1999 in Dresden 219 482. Zum Vergleich: 1991 waren es noch 245 500. Bis zum Juni 2003 ist diese Zahl auf 213 904 gesunken. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen veränderte sich im Zeitraum von 1999 bis 2003 nur geringfügig und lag 2003 bei 48,2 Prozent. Somit ist fast jede zweite erwerbstätige Person in Dresden eine Frau. Den Lebensunterhalt auf diese Weise zu sichern, hat für beide Geschlechter einen hohen Stellenwert und ist außerdem einfach notwendig. Mit diesen Zahlen überschreitet Dresden den Sachsen-Durchschnitt. Der betrug 2002 nach Angaben des Statistischen Landesamtes 46,2 Prozent und im selben Jahr in Dresden 48,5 Prozent.² Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern stellt sich hier also relativ ausgeglichen dar. Welche Unterschiede



Dr. Ute Karich
Jahrgang 1953, Diplom-Physikerin, Dr. phil.,
Erwachsenenbildnerin, zurzeit Weiterbildung in
personenzentrierter Beratung, seit der Wende frauen-
und gleichstellungspolitisch interessiert und enga-
giert, in mehreren Frauenprojekten tätig, 1996 bis
2003 in der Landesstelle für Frauenbildung und
Projektberatung in Sachsen, seit 2004 freiberufliche
Tätigkeit: Coaching, Beratung, Seminarleitung, Mo-
deration; verheiratet, eine Tochter, ein Sohn

zeigen sich nun bei einer genaueren Betrachtung?

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat ausgehend von 177 483 Personen im Jahr 1999 bis 2003 abgenommen, insgesamt um fast 9 000 Menschen, während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum jedoch um nur rund 5 600 gesunken ist. Auffällig daran ist, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Dresden überdurchschnittlich abgenommen hat. Der Anteil von Frauen daran ist dagegen von 49,3 im Jahr 1999 auf 50,1 Prozent 2003 leicht angestiegen. Vom Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse seit 2000 waren die einzelnen Branchen und damit die dort beschäftigten Frauen und Männer unterschiedlich betroffen. Während im Baugewerbe, einer ausgesprochenen Männerdomäne, die Zahl der Männer um 3 845 auf 10 848 im Juni 2003 sank, verringerte sich die Zahl der Frauen um 510 auf 1 402 im Jahr 2003. Dagegen fiel der Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung, einer Frauendomäne, geringer aus. Von 19 934 Stellen, mit 6 418 Männern und 13 516 Frauen besetzt, im Jahr 2000 hatte man drei Jahre später 575 eingespart. Der Verlust betraf 531 Männer und 44 Frauen. Einen Zuwachs hingegen um insgesamt 3 327 auf 30 036 Stellen konnte das verarbeitende Gewerbe verzeichnen. Die Zahl der beschäftigten Männer kletterte dabei um 2 649, die der Frauen um 678. Einen Zuwachs verzeichneten auch öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung), und zwar um 2 557 auf 58 443 Stellen. Die Anzahl der mit Männern besetzten Stellen erhöhte sich dabei um 1 332 auf 20 627. Es standen ihnen 37 816 mit Frauen besetzte Stellen gegenüber. Das waren 1 225 mehr.³

Insgesamt setzt sich jedoch offensichtlich der negative Trend, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhält-

nisse abgebaut werden, weiter fort, wie die Agentur für Arbeit Dresden für ihren gesamten Amtsbezirk mit der Hauptagentur Dresden und den beiden Geschäftsstellen in Radebeul und Radeberg konstatieren musste. Hier war innerhalb nur eines Jahres von Juni 2003 bis Juni 2004 ein Verlust von 5 028 Stellen hinzunehmen.⁴ Die Gruppe der Beamtinnen und Beamten hingegen ist sogar gewachsen – von 6 603 Personen 1999 in der Stadt Dresden auf 7 164 Personen 2003 –, während die Zahl der Frauen unter ihnen in diesem Zeitraum jedoch um absolut 619 beziehungsweise anteilig von 57,4 auf 44,3 Prozent gesunken ist. Frauen konnten folglich von der Entwicklung dieser sozial gut abgesicherten Beschäftigung in den vergangenen Jahren nicht profitieren.

Die Anzahl der als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige tätigen Personen stieg seit 1999 um 1 052 leicht an auf 20 709 Personen im Jahr 2003. Hier beträgt der Frauenanteil jedoch nur 29 Prozent, das ist nicht einmal jede Dritte.

Bei den geringfügig Beschäftigten in den so genannten Mini-Jobs (mit einem Einkommen bis 400 Euro pro Monat im Jahresdurchschnitt) ist von 1999 bis 2003 ein Anstieg um 1 792 auf 17 531 Personen zu beobachten, dabei erhöhte sich der Frauenanteil von 50 auf 54,5 Prozent.⁵ Denn hier sind überdurchschnittlich viele Frauen in »typischen« Tätigkeiten wie beispielsweise der Reinigung zu finden. Da diese Beschäftigungsverhältnisse nicht versicherungspflichtig in der Arbeitslosenversicherung sind, können diese Arbeitnehmerinnen keine Ansprüche auf ALG I erwerben. Und weil auch keine Rentenversicherungspflicht besteht, droht den ausschließlich darin Tätigen, überwiegend Frauen, wegen sehr geringer Rentenansprüche Altersarmut. Die steigende Tendenz auf diesem Sektor entspricht dem Trend in Sachsen. Im März 2004 waren

bereits 6,4 Prozent aller sächsischen Erwerbstätigen geringfügig beschäftigt gegenüber 0,5 Prozent 1991. Damit übten insgesamt 113 400 Personen einen nicht Existenz sichernden Mini-Job als einzige Erwerbstätigkeit aus.⁶

Auch wenn sie auf diese Weise die eigene Existenz nicht sichern können, das heißt zusätzlich ALG II (wie früher ergänzende Sozialhilfe) beziehen müssen, gelten Personen, die mehr als 15 Stunden pro Woche in Mini-Jobs arbeiten, nicht mehr als arbeitslos. Die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung erweist sich als eine Kehrseite des Mangels und weiteren Abbaus an sozialversicherungspflichtigen Verhältnissen, weshalb Menschen – und dabei überwiegend Frauen – auf diese prekäre Erwerbsform zunehmend angewiesen sind.

Teilzeittätigkeit in Sachsen

2004 hatten die in Teilzeit (mit maximal 31 Stunden pro Woche) Beschäftigten einen Anteil von 16,9 Prozent an den Erwerbstätigen in Sachsen, während es 1991 erst 7,7 Prozent waren. Von den weiblichen Erwerbstätigen betraf das 28,8 gegenüber nur 6,4 Prozent der Männer. Mehr als jede vierte erwerbstätige Frau in Sachsen arbeitet demzufolge in Teilzeit.

Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an dieser Gruppe ist in den letzten Jahren jedoch deutlich gewachsen und erreichte 2004 bereits 37,7 Prozent.⁷ Im Grunde bedeutet das, dass mindestens dieser Anteil der in Teilzeit Tätigen sozial ungenügend abgesichert ist. Zudem können sie den Lebensunterhalt nicht mehr eigenständig mit dieser Form der Beschäftigung bestreiten. Für welche Gruppen unter den Teilzeitbeschäftigten diese Einkommen überhaupt existenzsichernd sind, muss hinterfragt werden. Zumindest für die geringfügig Beschäftigten trifft das jedenfalls nicht zu.

Berufswahl von Mädchen und jungen Frauen

Fast 60 Prozent der Mädchen in Dresden entscheiden sich für die ›Top ten‹, für nur zehn von insgesamt 368 Ausbildungsberufen. Unter den zehn von Mädchen favorisierten Berufen findet sich kein einziger mit einer technischen Orientierung. Damit erfolgt bereits eine Weichenstellung für künftige ungünstigere Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen. Am häufigsten wünschen sich Mädchen und junge Frauen dabei folgende Ausbildungsberufe: Kauffrau im Einzelhandel, Verkäuferin, Bürokauffrau, Kauffrau für Bürokommunikation, Restaurantfachfrau. Jungen und junge Männer bevorzugen dagegen eine Ausbildung als Koch, Kraftfahrzeugmechaniker, Kaufmann im Einzelhandel, Me-

chatroniker, Fachinformatiker. Auch in der Wahl der Studienrichtungen setzt sich dieses Verhalten fort. Knapp 38 Prozent der sächsischen Studentinnen konzentrieren sich auf zehn Studienfächer, darunter ist Architektur die einzige Ingenieurwissenschaft.⁸

Das Berufswahlverhalten hat sich damit in den letzten Jahren kaum verändert. Offensichtlich sind weitere große Anstrengungen aller in Berufsorientierung und Berufsberatung Tätigen nötig, um der Spaltung des Arbeitsmarktes in so genannte Frauen- und Männerberufe entgegenzuwirken. Als eine wichtige Initiative dazu ist der bundesweit stattfindende Girls' Day hervorzuheben. Um Mädchen mit zukunfts-trächtigen technischen und naturwissenschaftlichen Berufen vertraut zu machen, haben die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann, das Jugendamt, die Agentur für Arbeit, das Regionalschulamt und das Amt für Wirtschaftsförderung diesen Mädchenzukunftstag 2005 in Dresden bereits zum dritten Mal veranstaltet.

Erwerbslosigkeit

Die Landeshauptstadt mit ihrer Konzentration an öffentlicher Verwaltung und vielen Dienstleistungseinrichtungen hat verglichen mit Sachsen eine deutlich geringere Arbeitslosenquote. Dies trifft ebenso auf den Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden mit der Hauptagentur Dresden und den beiden Geschäftsstellen in Radebeul und Radeberg zu. 2004 registrierte der gesamte Amtsbezirk eine Arbeitslosenquote von 14,1 Prozent, der Sachsen-Durchschnitt dagegen lag bei 17,8 Prozent.⁹

Welche Entwicklung hat sich hier vollzogen? Nachdem der Frauenanteil in Dresden an den hier arbeitslos gemeldeten Personen zu Beginn der 90er Jahre noch über 60 Prozent pendelte, ist er im Laufe des Jahrzehnts allmählich gefallen. 1999 erstmals unter 50 Prozent. Dieser Trend hat sich bis auf 46 Prozent im Jahresdurchschnitt 2004 fortgesetzt.¹⁰ Zum Vergleich: Sachsen gab im selben Jahr eine Frauenarbeitslosigkeit von 49,7 Prozent an.¹¹ Seit 2002 ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit insgesamt signifikant zu reduzieren. Bei den Männern waren 2004 gegenüber 2002 im Jahresdurchschnitt 950 weniger arbeitslos gemeldet, bei den Frauen lediglich 222 weniger. Unter den 36 094 arbeitslos gemeldeten Personen im Jahresdurchschnitt 2004 befanden sich 16 592 Frauen und 19 502 Männer.¹²

Allerdings hat die Statistik ab Oktober Personen, die im Vorgriff auf die Hartz-IV-Regelungen ab 2005 eine sechsmonatige Tätigkeit in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, in den so genannten Ein-Euro-Jobs, aufnahmen, schon nicht mehr erfasst. Sie galten somit nicht

mehr als arbeitslos, wie auch Personen in Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht mehr mitgezählt wurden. Konkret betraf das im Monat Oktober im Bezirk der Agentur für Arbeit über 600, im November mehr als 1 000 und im Dezember über 1 500 Personen, welche die Arbeitslosenstatistik sichtlich entlastet haben. Eine Differenzierung nach Frauen und Männern hat jedoch nicht stattgefunden.¹³

Im ersten Quartal 2005 ist in der Stadt Dresden ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zu erkennen, davon waren Männer stärker betroffen als Frauen. Ende März waren 37 721 Personen arbeitslos, bei einem weiter zurückgegangenen Frauenanteil von 44,2 Prozent. Hinzu kommt, dass die Statistik zu diesem Zeitpunkt bereits 2 600 Personen in Arbeitsgelegenheiten nicht mehr mitrechnete.¹⁴

Frauenarbeitslosigkeit – (k)ein Problem?

Dass die Frauenarbeitslosigkeit in Dresden 2004 im Jahresdurchschnitt bei 46 Prozent lag und mindestens bis März dieses Jahres weiter gesunken ist, könnte zu der Schlussfolgerung (ver)föhren, dass sich hier kein besonderes Problem darstellt. Das ist jedoch insofern nicht der Fall, weil das relativ ausgeglichene Verhältnis von Frauen und Männern in der Gruppe der Arbeitslosen nur für die Gesamtzahl zutrifft. Bei der folgenden genaueren Betrachtung nach Strukturmerkmalen und Personengruppen zeigt sich ein anderes Bild, treten besondere Problemlagen zu Tage.

Mit einem relativ niedrigen Anteil von 39,9 Prozent sind hier Frauen ohne Berufsausbildung vertreten, entsprechend hoch ist der Anteil der Männer an dieser Gruppe mit 60,1 Prozent. Dagegen liegt der Anteil arbeitsloser Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung bei 47,2 Prozent über dem oben genannten Bezugspunkt, dem weiblichen Anteil an allen Arbeitslosen von 46 Prozent. Dementsprechend niedriger ist der Anteil der ausgebildeten Männer, 52,8 Prozent, gegenüber dem durchschnittlichen Männeranteil an den Arbeitslosen von 54 Prozent.

Überdurchschnittlich, das heißt also über 46 Prozent, sind Frauen 2004 unter den Arbeitslosen in allen Altersgruppen über 35 bis unter 60 Jahren vertreten (siehe Tabelle 1).

Dabei wächst ihr Anteil mit zunehmendem Alter. In der Gruppe der 50- bis 55-Jährigen sind bereits 51,3 Prozent weiblich. Sie haben deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch der Anteil der unter Zwanzigjährigen war 2004 mit 47,4 Prozent überdurchschnittlich hoch.¹⁵

Der Frauenanteil steigt auch mit der Dauer der Arbeitslosigkeit (siehe Tabelle 2),

Merkmal	Arbeitslose Frauen Durchschnitt 2004	Anteil an Arbeits- losen in %	Anteil an arbeitslosen Frauen in %
unter 20 Jahre	336	47,3	2,0
20 bis unter 25 Jahre	1 728	40,2	10,4
25 bis unter 30 Jahre	1 708	39,1	10,3
30 bis unter 35 Jahre	1 715	44,1	10,3
35 bis unter 40 Jahre	2 140	47,8	12,9
40 bis unter 45 Jahre	2 339	47,5	14,1
45 bis unter 50 Jahre	2 197	48,2	13,2
50 bis unter 55 Jahre	2 619	51,3	15,8
55 bis unter 60 Jahre	1 707	50,7	10,3
60 bis unter 65 Jahre	104	26,0	0,6

Tabelle 1: Bestand an Arbeitslosen nach Lebensalter

Quelle (2): Agentur für Arbeit Dresden; Bestand an Arbeitslosen insgesamt nach Strukturmerkmalen und Personengruppen, Berichtsjahr 2004; eigene Berechnungen

Merkmal	Jahresdurchschnitt	Jahresdurchschnitt Frauen	Anteil Frauen an Arbeitslosen insgesamt in %	Anteil an arbeitslosen Frauen in %
Arbeitslose insgesamt	36 094	16 592	46,0	
unter 1 Monat	3 634	1 489	41,0	9,0
1 bis unter 2 Monate	2 989	1 239	41,5	7,5
2 bis unter 3 Monate	2 544	1 058	41,6	6,4
3 bis unter 6 Monate	5 573	2 390	42,9	14,4
6 bis unter 12 Monate	6 461	2 938	45,5	17,7
1 bis unter 2 Jahre	6 612	3 174	48,0	19,1
2 Jahre und länger	8 281	4 305	52,0	25,9
Langzeitarbeitslose	14 893	7 478	50,2	45,1

Tabelle 2: Bestand an Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit

von 41 Prozent bei den unter einem Monat Arbeitslosen bis auf 48 Prozent der zwischen einem und zwei Jahren Arbeitslosen und 52 Prozent der zwei Jahre und länger Arbeitslosen. Langzeitarbeitslos, das heißt ein Jahr und länger, waren 2004 in Dresden 7 478 Frauen gegenüber 7 415 Männern, also annähernd gleich viele. Dass dennoch Frauen mehr als Männer von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, wird erst im Hinblick auf die Geschlechterverteilung in der Gesamtgruppe sichtbar: 45,1 Prozent der arbeitslosen Frauen sind langzeitarbeitslos gegenüber einem Anteil von 38 Prozent langzeitarbeitslosen unter den arbeitslosen Männern.¹⁶

Betrachtet man weitere Strukturmerkmale, ist festzustellen: Bei den schwerbehinderten Arbeitslosen beträgt der Frauenanteil 43,7 und bei den arbeitslosen Ausländerinnen 39,4 Prozent. Aussiedlerinnen liegen mit 49,6 wiederum über dem Durchschnitt. Gravierende Geschlechterdifferenzen zeigen sich vor allem bei den 1 242 Teilzeitarbeitsuchenden, hier erreicht der Frauenanteil 93,2 Prozent. Des Weiteren sind von den 1 633 Berufsrückkeh-

renden sogar 98,8 Prozent weiblich. Denn bei ihnen handelt es sich um Menschen, die nach einer Familienarbeitsphase mit Kindererziehung wieder Arbeit suchen. Jede zehnte arbeitslose Frau ist eine Berufsrückkehrerin. Dagegen ist nur jeder tausendste arbeitslose Mann ein Berufsrückkehrer.¹⁷

Obwohl die allein Erziehenden in besonders hohem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen sind, erfasst die Agentur für Arbeit sie in ihren monatlich herausgegebenen Eckdaten nicht gesondert. Im Dezember 2003 waren insgesamt 2 920 Arbeitslose allein erziehend, davon 91,5 Prozent Frauen. Anders ausgedrückt: Mehr als jede sechste arbeitslose Frau (17,2 Prozent) erzieht allein, aber nur jeder achtzigste arbeitslose Mann (1,3 Prozent).¹⁸

Bei den genannten Frauengruppen, die überdurchschnittlich (über 46 Prozent) von Arbeitslosigkeit betroffen sind, besteht besonderer Förderbedarf. So haben beispielsweise allein Erziehende ohne eine spezifische Förderung nur geringe Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit auf dem Arbeitsmarkt in Dresden. Auch angesichts

der demografischen Entwicklung, insbesondere der Zunahme des Altersdurchschnitts der Bevölkerung von 1991 bis 2004 um fast vier Jahre¹⁹, sollte die Stadt Dresden ein großes Interesse daran haben, diesen Menschen und ihren Kindern eine Arbeits- und Lebensperspektive im Osten zu bieten.

Sozialgesetzbuch III

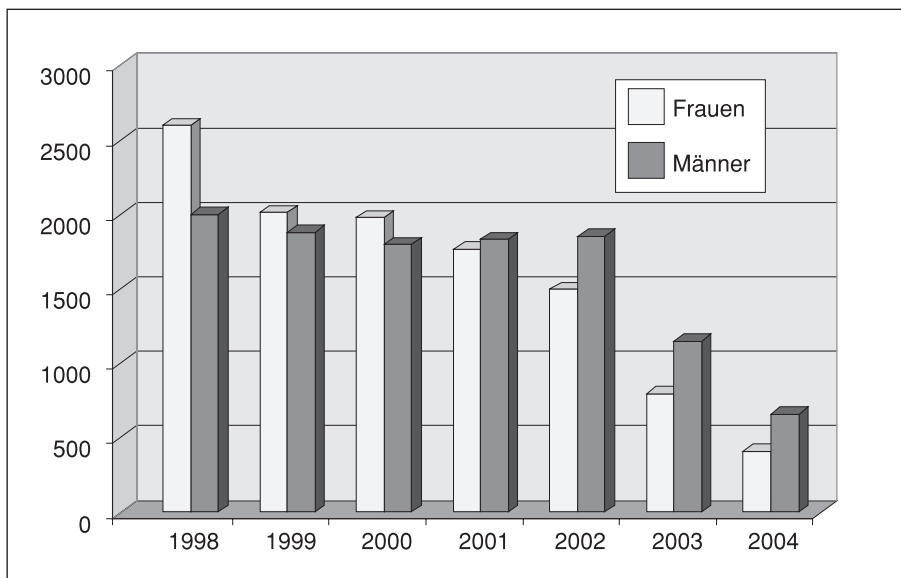
Arbeitsförderungsmaßnahmen und finanzielle Leistungen, wie das Arbeitslosengeld I als Leistung aus der Arbeitslosenversicherung, beruhen auf dem Sozialgesetzbuch III (SGB III). Dessen Paragraph 1 legt fest, dass die »Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip zu verfolgen« ist. Das wiederum bedeutet nach § 8 Abs. 2 SGB III konkret, dass »Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit gefördert werden« sollen. Entsprechend berechnet sich ein so genannter Ziel-Förderanteil für Frauen nach unten stehender Formel²⁰.

Wie hoch war der Förderanteil für Frauen in Dresden? 2004 betrug der Anteil arbeitsloser Frauen an den Arbeitslosen 46 Prozent, der der Männer entsprechend 54 Prozent. Mit einer Frauen-Arbeitslosenquote von 14,6 Prozent und einer Männerarbeitslosenquote von 16,8 Prozent, jeweils im Jahresdurchschnitt und bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen, ergab sich daraus ein Ziel-Förderanteil von 42,5 Prozent, mit dem Frauen bei den Maßnahmen nach SGB III im vergangenen Jahr mindestens hätten berücksichtigt werden müssen.²¹ 2003 wurde der so berechnete Ziel-Frauenförderanteil zwar im Westen Deutschlands überschritten, im Osten aber nicht erreicht.²²

Wie sah die Situation im Bezirk der Arbeitsagentur Dresden mit der Hauptagentur Dresden und den Geschäftsstellen in Radebeul und Radeberg aus? Der Förderanteil, mit dem Frauen bei Maßnahmen nach dem SGB III berücksichtigt werden müssen, lag hier mit 43 Prozent etwas höher als in der Stadt Dresden.²³

Kamen im Jahr 1998 noch 2 596 Frauen und 1 999 Männer in den Genuss einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme (Bestand), sank der Frauenanteil bis 2002 auf 44,6 Prozent. Eine erhebliche Reduzierung erfolgte 2003: Die Gesamtzahl der geförderten Personen belief sich nur noch auf 1 942, unter ihnen 41 Prozent Frauen. 2004 fiel die Gesamtzahl rasant weiter auf 1 067. Verglichen mit 2002 ist das nur noch

$$\text{Förderanteil Frauen} = \frac{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen}}{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen} + \text{Anteil an arbeitslosen Männern} \times \text{Arbeitslosenquote Männer}}$$



Teilnehmende in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
Quelle: Agentur für Arbeit

ein knappes Drittel. Der Frauenanteil im Bestand erreichte jetzt gerade einmal 38,1 Prozent. Bei den Eintritten lagen sowohl die Anzahl als auch der Frauenanteil noch darunter. Insofern stellt sich bei den erheblichen Einschränkungen der beruflichen Weiterbildung an sich die Situation insbesondere für Frauen hier in den letzten Jahren noch drastischer dar, da sie eben nicht wie festgelegt ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit gemäß Förderung erfuhren²⁴.

Eine Existenzgründungsförderung mit Überbrückungsgeld erhielten 2004 im Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden im Jahresdurchschnitt 993 Personen, Frauen anteilig mit 30,6 Prozent. Den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) erhielten insgesamt durchschnittlich 1 588 Personen bei einem Frauenanteil von 41,9 Prozent.²⁵ Damit lag auch hier der Anteil der geförderten Frauen unter dem gesetzlich geforderten Mindestanteil. Da beide Formen der Existenzgründungsförderung eine Pflichtleistung sind, erhalten sie alle Personen, welche die Fördervoraussetzungen erfüllen und die Leistung beantragen. Eine Erhöhung des Anteils geförderter Frauen wäre also möglich durch eine Förderung ihrer Nachfrage.

Während noch bis 2003 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturpassungsmaßnahmen (SAM) neue Ansprüche auf Arbeitslosengeld nach sich zogen, sind diese seit 2004 nicht mehr beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung. Des Weiteren besteht keine Pflicht zur Qualifizierung beziehungsweise einem Praktikum mehr. Und die Entlohnung erfolgt nicht mehr individuell, sondern pau-

schaliert auf einem niedrigeren Niveau. Neben diesen qualitativen Einschnitten hat man auch in Dresden die Anzahl der Teilnehmenden deutlich gesenkt. Verglichen mit 2 300 ABM im Dezember 2002 waren es genau zwei Jahre später nur 1 100.²⁶

Für viele Teilnehmende hatten ABM und SAM bislang einen wichtigen Schritt in Richtung Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dargestellt. Darüber hinaus boten diese Maßnahmen die Möglichkeit, vorübergehend ein Existenzsicherndes Einkommen zu erarbeiten, die eigene Qualifikation zu erhalten oder sogar zu erweitern und die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsförderung weiterhin in Anspruch nehmen zu können. Nicht zuletzt halfen sie, beispielsweise im Rahmen einer Tätigkeit in sozialen Projekten der Stadt Dresden, die soziale Infrastruktur zu erhalten. Mit der stark reduzierten Zahl von Teilnehmenden in ABM oder SAM und den erheblich verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen bietet sich nun weniger Männern und vor allem Frauen diese Möglichkeit.

Hinsichtlich der Förderung ist zusammenfassend nach SGB III festzustellen, dass Frauen im Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden im Jahresdurchschnitt 2004 nur zu 39 Prozent bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung berücksichtigt und damit eben nicht entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, konkret 43,0 Prozent, gefördert wurden.²⁷ Um den gesetzlichen Forderungen des Paragraphen 8 Abs. 2 SGB III künftig gerecht zu werden, bedarf es offensichtlich geeigneter zielführender Maßnahmen.

Sozialgesetzbuch II

Mit dem Inkrafttreten des SGB II – Grundversicherung für Arbeitsuchende – am 1. Januar dieses Jahres nahm die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Dresden, die alle Dienstleistungen für die ALG-II-Beziehenden erbringt, ihre Tätigkeit auf. Im Paragraph 1 ist gesetzlich festgeschrieben, dass »die Gleichstellung von Männern und Frauen ... als durchgängiges Prinzip zu verfolgen« ist und »geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen entgegengewirkt wird«. Dies erfordert einen geschlechtssensiblen Umgang und entsprechende Genderkompetenzen der in der ARGE Tätigen, um den spezifischen Problemlagen der Betroffenen, zum Beispiel von allein Erziehenden, gerecht zu werden.

Der Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter muss sowohl bei Fördermöglichkeiten nach dem SGB III – darin Förderung der beruflichen Weiterbildung –, die auch ALG-II-Beziehende erhalten können, als auch bei den spezifischen Instrumenten des SGB II wie dem Einstiegsgeld bei Aufnahme einer versicherungspflichtigen oder selbstständigen Tätigkeit angewendet werden. Aktuelle Schwerpunkte bilden derzeit offensichtlich die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe von Ein-Euro-Jobs und die Bekämpfung der 2005 weiter angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit.²⁸

Bereits 2004 wurden damalige Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebeziehende auf freiwilliger Basis in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, die so genannten Ein-Euro-Jobs, vermittelt. Für ein halbes Jahr bei maximal 100 Stunden im Monat gibt es 1,50 Euro pro Stunde, also höchstens 150 Euro monatlich. Dieser Betrag stellt keine Bezahlung dar, sondern eine Aufwandsentschädigung und wird deshalb auch nicht auf das ALG II angerechnet. Diese Arbeitsgelegenheiten, die genau wie ABM und SAM im öffentlichen Interesse und zusätzlich sein müssen, begründen im Unterschied zu diesen Maßnahmen jedoch kein Beschäftigungsverhältnis.

2005 hat man die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in Dresden in verstärktem Maße fortgesetzt, so dass im März bereits 2 600 Personen auf diese Weise tätig waren. Allerdings erfolgte hier keine differenzierte Erfassung nach Geschlecht.²⁹ Es ist jedoch zu vermuten, dass es sich um deutlich weniger Frauen handelt, da die sechs großen Träger, die sich in einem Verbund zusammengeschlossen haben, schon seit Jahren hauptsächlich Tätigkeitsfelder anbieten, in denen überwiegend Männer in so genannten Männerberufen arbeiten. Da ALG-II-Beziehende entsprechend dem Grundsatz von Fördern

und Fordern ab 2005 zum einen verpflichtet sind, Arbeitsgelegenheiten anzunehmen, zum anderen oft auch keine andere Chance haben, ihr ALG II mit einem Nebenverdienst etwas aufzubessern, erweisen sich die Ein-Euro-Jobs als geeignet, die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der Statistik deutlich zu senken. Viele Betroffene akzeptieren die Bedingungen auch deshalb, weil sie sich zumindest in dieser Form wieder nützlich machen und ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können. Da es jedoch an regulären Arbeitsplätzen fehlt, werden die meisten von ihnen kaum eine Chance zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben.

Mit dem Inkrafttreten des SGB II sollte das Fallmanagement der ARGE mit einem angestrebten Betreuungsschlüssel von 1:75 insbesondere Jugendliche besser und individueller betreuen und fördern. Im Monat März 2005 war erst ein Schlüssel von 1:86 erreicht.³⁰ Auch bei diesen Fördermaßnahmen müssen Mädchen und junge Frauen entsprechend ihrem Anteil an den arbeitslosen Jugendlichen berücksichtigt und der gesetzliche Auftrag zur Gleichstellung gemäß den §§ 1 und 16 SGB II erfüllt werden.

Leistungsbezug

Wesentlich für die finanzielle Lebenssituation der Arbeitslosen, ihre eigenständige Existenzsicherung und ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist die Höhe ihres Leistungsbezugs. Dieser ist beim Arbeitslosengeld (ALG I) als Leistung aus der Arbeitslosenversicherung abhängig vom Alter, von der Dauer der früheren Erwerbstätigkeit und der Höhe des Verdienstes. Im Bezirk der Arbeitsagentur Dresden bezogen im März 2003 Frauen einen durchschnittlichen Monatssatz in Höhe von 622,86 Euro, dieser lag damit 14,7 Prozent unter dem durchschnittlichen Monatssatz von 730,27 Euro, den Männer erhielten. Zum Vergleich: Im Westen Deutschlands machte dieser Unterschied sogar 32,6 Prozent aus. Darin schlägt sich der geringere Verdienst von Frauen nieder, da sie häufiger in Teilzeit beziehungsweise in schlechter bezahlten Frauenberufen tätig sind. Bei der bis Ende 2004 nach Auslaufen des Arbeitslosengeldanspruches gezahlten Arbeitslosenhilfe als steuerfinanzierte Leistung setzte sich dieser Unterschied fort, allerdings auf einem knapp 30 Prozent niedrigeren Niveau. In Dresden erhielten Männer 527,32 Euro Arbeitslosenhilfe und Frauen den um 16 Prozent niedrigeren Betrag von 442,72 Euro.

Fast jede zweite Person, die in Ostdeutschland Arbeitslosenhilfe bezog, war eine Frau, während es in Westdeutschland nur annähernd jede dritte Person betraf.

Mit der Hartz-IV-Reform sind demnach im Osten Deutschlands verhältnismäßig mehr Frauen aus der Arbeitslosenhilfe, die auf früherer Erwerbstätigkeit beruht, in das ALG II gekommen.³¹

Ab 1. Februar 2006 wird eine weitere gravierende Veränderung im Leistungsrecht umgesetzt, die ältere Arbeitslose ab 45 Jahre betrifft. Dann beträgt die Höchstdauer des ALG-I-Bezuges für alle unter Fünfundfünfzigjährigen nur noch ein Jahr, für über Fünfundfünfzigjährige maximal 18 Monate, auch wenn sie über viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Zusätzlich dazu verkürzt der Gesetzgeber die Rahmenfrist für den Erwerb eines neuen ALG-I-Anspruchs von drei auf zwei Jahre. Damit wird es schwieriger, ihn überhaupt zu erarbeiten. Da Frauen und insbesondere ältere Frauen stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, bedeutet dies gerade für sie eine erhebliche Verschlechterung hinsichtlich ihrer eigenständigen Existenzsicherung. Bereits nach einem Jahr oder maximal 18 Monaten ALG I sind sie auf ALG II angewiesen oder fallen aus dem Leistungsbezug, falls der Partner noch ein Erwerbseinkommen hat.

Bedarfsgemeinschaften statt eigenständiger Existenzsicherung

Was bedeutet die Einführung des ALG II auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe ab 2005 für die bis Ende 2004 Arbeitslosenhilfe Beziehenden? Mit dem SGB II wurde an die Stelle der eigenständigen Existenzsicherung die Sicherung des Bedarfs der Bedarfsgemeinschaft gerückt. Dass die dabei zu Grunde gelegten Sätze nicht armutsfest sind, haben viele Initiativen kritisiert. Mütter und Väter sind damit konfrontiert, dass Kindergeld und Unterhaltsleistungen für die Kinder jetzt voll als Einkommen angerechnet werden, während das bei der Arbeitslosenhilfe nicht der Fall war.

Dass beim ALG II im Osten der niedrigere Satz von 331 Euro gegenüber 345 Euro im Westen Deutschlands gezahlt wird, schätzt mittlerweile selbst die Ombudskommission als nicht ausreichend begründet ein. Personen mit erwerbstätigen (Ehe-)Partnerinnen und Partnern, die aufgrund der Anrechnung des Einkommens beim ALG II gar keine eigenen Leistungen mehr erhalten, zählen nicht mehr als arbeitslos. Diese Menschen tauchen in der Statistik der Arbeitsagentur nicht mehr als Arbeitslose, sondern nur noch als Arbeitssuchende auf, ebenso wie Menschen in Ein-Euro-Jobs, obwohl sie de facto langzeitarbeitslos sind. Es ist zu vermuten, dass dies auch in Dresden mehr Frauen als Männer betrifft. Um das nachzuweisen, wäre eine geschlechterdifferenzierte Untersuchung der Gruppe der Arbeitssuchenden notwendig.

Da Personen, die keinen Leistungsanspruch mehr haben, der Agentur für Arbeit beziehungsweise der ARGE keine Kosten mehr verursachen, besteht nach bisherigen Erfahrungen von Betroffenen die große Gefahr, dass sie auch bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung nach SGB III wie zum Beispiel ABM und der Förderung der beruflichen Weiterbildung nicht mehr berücksichtigt werden. Denn diese Maßnahmen können zwar, müssen aber nicht, gewährt werden.

Mit dem auf die Bedarfsgemeinschaft bezogenen ALG II ist eine eigenständige Existenzsicherung nicht mehr möglich. Frauen und auch Männer geraten zunehmend in ökonomische beziehungsweise soziale Abhängigkeit von ihren (Ehe-)Partnerinnen und Partnern oder müssen als allein Lebende beziehungsweise Erziehende mit ihren Kindern mit dem nicht armutsfesten ALG II auskommen.

Resümee

An den dargestellten ausgewählten Entwicklungen der Arbeitsmarktsituation und -politik in Dresden bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze wird meines Erachtens Folgendes deutlich: Den durch die Hartz-Kommission formulierten Anspruch zur Förderung der Gleichstellung haben die dafür Zuständigen bisher nicht eingelöst.

Der Anteil von 46 Prozent Frauen an allen Arbeitslosen der Stadt Dresden im Jahr 2004 stellt nur die Spitze des Eisbergs dar. Unter der Oberfläche zeigt sich, dass Benachteiligungen von Frauen fortbestehen und zum Teil auch neu entstehen, und zwar daran, dass es Gruppen von Frauen gibt, die in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dazu gehören unter anderem allein Erziehende, Berufsrückkehrerinnen und weibliche Langzeitarbeitslose.

Handlungsempfehlungen

Die folgenden Handlungsempfehlungen richten sich nicht auf notwendige Veränderungen der Gesetze selbst, da dies eine bundespolitische Aufgabe ist. Sie zielen auf Aspekte einer geschlechtergerechten Arbeitsmarktpolitik unter den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die auf kommunaler Ebene, insbesondere der Agentur für Arbeit Dresden und der ARGE Dresden, umsetzbar sind.

- Förderung von arbeitslosen Frauen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen tatsächlich mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und damit Erfüllung der gleichstellungspolitischen Forderungen des SGB II und SGB III
- spezifische Förderung der Gruppen, die in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit

keit betroffen sind, um damit ihrer direkten oder indirekten Benachteiligung am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken: insbesondere allein Erziehende, ältere Frauen, Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer, langzeitarbeitslose Frauen, Frauen, die wegen Anrechnung des Partnereinkommens aus dem Leistungsbezug gefallen sind, und zwar auch um soziale Folgekosten durch psychische beziehungsweise psychosomatische Krankheiten vorzubeugen

- konsequente geschlechterdifferenzierte Statistik und Bewertung von Daten, damit spezifische Problemlagen von Frauen öffentlich sichtbar werden, als Grundlage für eine spezifische Förderung, das heißt Aufnahme der allein Erziehenden als Strukturmerkmal in die Eckdaten der Agentur für Arbeit Dresden, Erfassung des Anteils der ALG-II-Beziehenden an den Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, geschlechtsspezifische Erfassung der Struktur der Arbeitssuchenden, zum Beispiel der Personen, die zwar arbeitslos, aber auf Grund von Anrechnung des Partnereinkommens aus dem Leistungsbezug gefallen sind, der Ein-Euro-Jobs, der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach SGB III und der 400-Euro-Jobs mit über 15 Stunden pro Woche
- Qualifizierung der Fachkräfte der Agentur für Arbeit und der ARGE Dresden hinsichtlich der Berücksichtigung der spezifischen Lebenslagen von Frauen und Männern (Genderkompetenzen)
- geschlechtergerechte Beratungs- und Vermittlungspraxis, insbesondere Berücksichtigung von besonderen Lebenslagen von Frauen und Männern bei der Umsetzung des Prinzips von Fördern und Fordern
- angemessene Finanzierung von unabhängigen Informations- und Beratungsstellen für Arbeitslose zum Arbeitslosen- und Sozialrecht und
- angemessene Finanzierung von Fachstellen für geschlechtersensible sozialpsychologische Beratung von Frauen und Männern.

Dr. Ute Karich

- 1 Bericht der Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, August 2002
- 2 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle: Arbeit und Soziales 2003, S. 19, eigene Berechnungen
- 3 ebd., S. 21, eigene Berechnungen
- 4 Agentur für Arbeit Dresden: Der Arbeitsmarkt im Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden, März 2005
- 5 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle: Arbeit und Soziales 2003, eigene Berechnungen
- 6 Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 12.01.05
- 7 ebd., eigene Berechnungen
- 8 Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 14.04.05
- 9 Agentur für Arbeit Dresden: Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen 2004, S. 6
Die Quotenangaben beziehen sich auf Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen, d. h. sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.
- 10 Agentur für Arbeit Dresden: Bestand an Arbeitslosen nach Personengruppen in der Stadt Dresden, eigene Berechnungen
- 11 vgl. 9
- 12 vgl. 10
- 13 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle, Agentur für Arbeit Dresden: Arbeitsmarkt der Stadt Dresden vom 10.01.05
- 14 vgl. 4
- 15 Agentur für Arbeit Dresden: Bestand an Arbeitslosen insgesamt nach Strukturmerkmalen und Personengruppen in der Stadt Dresden, Berichtsjahr 2004, eigene Berechnungen
- 16 ebd.
- 17 ebd.
- 18 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle: Arbeit und Soziales 2003, S. 32, eigene Berechnungen
- 19 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle: Bevölkerung und Haushalte 2004
- 20 Arbeitsmarkt 2003, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Sondernummer, 15.07.04, S. 103
- 21 Agentur für Arbeit Dresden: Arbeitslose und Arbeitslosenquote in der Stadt Dresden, eigene Berechnungen
- 22 vgl. 20
- 23 Agentur für Arbeit Dresden: Der Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen 2004, eigene Berechnungen
- 24 Agentur für Arbeit: Übersicht über Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, eigene Berechnungen
- 25 Bestand an geförderten Arbeitnehmern nach ausgewählten Maßnahmentearten im Bezirk der Agentur für Arbeit Dresden, Berichtsjahr 2004
- 26 vgl. 13
- 27 vgl. 25
- 28 vgl. 4
- 29 vgl. 4
- 30 vgl. 4
- 31 Bundesagentur für Arbeit, Bremer Agentur für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe

■ 2.3 Zugangskriterien diskriminieren Kinder und Eltern

Vereinbarkeit von Familie und Beruf beim derzeitigen Stand der Kinderbetreuung

Die Bedeutung von Kinderbetreuung für unsere Gesellschaft hat nicht nur bundesweit, sondern gerade auch in Dresden im Laufe der vergangenen sechs Jahre in der öffentlichen Diskussion und im Bewusstsein von Politikerinnen und Politikern stetig zugenommen. Neben der Pisa-Studie und der Erkenntnis, dass unser Sozialsystem mit einer derartig geringen Geburtenrate nicht mehr reformierbar ist, haben insbesondere viele sehr engagierte Eltern dazu beigetragen. Mögen auch manche der diskutierten Aspekte auf den ersten Blick keinen unmittelbaren Zusammenhang zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufweisen, so ist jedoch spätestens beim zweiten Hinschauen zumindest ein mittelbarer Zusammenhang feststellbar.

Grundsätzlich ist es unabdingbar, Tagesbetreuung für alle Kinder anzubieten, deren Eltern das wünschen. Die Einführung von Zugangsbeschränkungen für Kinder im Krippen- oder Hortalter mit nur einem berufstätigen Elternteil hat nicht nur, aber auch wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vielfältige und vehemente Proteste mehrerer Tausend Familien in Dresden ausgelöst – zunächst mit leider eingeschränktem Erfolg. Deren Befürchtung, dass eine sehr knappe Bedarfsplanung dazu führt, im Falle einer möglichen raschen Wiederaufnahme von Arbeit über kein oder kein geeignetes Betreuungsangebot zu verfügen, ist nicht übertrieben. Ebenso schädlich ist es, mit dem Verlust eines Arbeitsplatzes oder durch Inanspruchnahme von Elternzeit gleichzeitig den Betreuungsplatz zu verlieren und zwar ohne Garantie, das Kind bei derselben Tagesmutter beziehungsweise dem Tagesvater oder in derselben Kindertagesstätte wieder unterbringen zu können, sobald eine (neue) Arbeitsstelle in Sicht ist. Dabei handelt es sich um diskriminierende Beziehungsabbrüche. Zudem sollten die Betreuungsangebote entsprechend der jeweiligen familiären Tagesorganisation gut erreichbar sein, zumeist wohnortnah.

Neben der ausreichenden Bereitstellung von Betreuungsplätzen spielen in der Diskussion deren Bezahlbarkeit und die angebotene Verpflegung eine wichtige Rolle. In Zeiten, in denen ein Einkommen häufig nicht mehr ausreicht, die Familie zu ernähren, und das zweite Einkommen zu zusätzlichen steuerlichen Belastungen führt, ist die Preisgestaltung für diese Leistungen sehr genau zu betrachten. Die Kosten für die Verpflegung der Kinder in Einrichtungen verhalten sich mittlerweile wie

die Nebenkosten zur Miete. Auch die Gestaltung von Schließzeiten im Sommer, von Öffnungszeiten und Flexibilität in der Wahrnehmung von Betreuungszeiten haben für Eltern ausschlaggebende Bedeutung. Wer eine Tagesbetreuung (Tagesmütter oder Tagesväter) in Anspruch nimmt, muss sicher sein können, dass es keine unvorhergesehenen Betreuungsausfälle gibt. Denn Arbeitgeber erwarten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunehmend flexiblen Arbeitseinsatz und eben auch möglichst keine Arbeitsausfälle wegen kranker Kinder.

Über diese grundlegenden Dinge hinaus liegt es Eltern in der Regel sehr am Herzen, dass ihre Kinder eine qualitativ gute Betreuung erhalten. In die Diskussion geraten sind hier neben einem ausreichenden Personalschlüssel die Teilzeitarbeit und damit verbundene Nichtgewährleistung einer kontinuierlichen Anwesenheit der festen Bezugsperson, eine Alters- und Geschlechtermischung der Erziehenden und deren Qualifikationsniveau, die Ausstattung, die Ansprüche an Bildung und Erziehung und die Elternmitwirkung.

Bedarfsdeckende Planung

Die Bedarfsplanung bezieht sich primär auf die Prognose, wie viele Kinderbetreuungsplätze benötigt werden, und auf Maßnahmen, um fehlende Kapazitäten abzubauen, und zwar möglichst in den Sozialräumen, wo Bedarf besteht beziehungsweise erwartet wird. Aber auch Überlegungen hinsichtlich der Qualitätsentwicklung spielen seit 2004 eine erhebliche Rolle. Die Bedarfsplanung erfolgt jährlich und wird seit mehreren Jahren auf anerkannt hohem Niveau erarbeitet.

Dennoch sind vor allem in Blasewitz, Loschwitz, Pieschen (bis Ende 2006), Löbtau-Süd, Schönfeld-Weißig und der Neustadt auch in den nächsten zwei Jahren vor allem für Kinder bis zu drei Jahren gravierende Engpässe und damit verbundene Wartezeiten zu erwarten. So gilt für die Auslastung kommunaler Einrichtungen, dass je nach Monat 400 bis 600 Kinder keinen Krippenplatz erhalten können.

Zugangskriterien, freie Plätze in Stadt- und Randgebieten wie Prohlis, die Einrichtung weiterer Plätze durch Umstrukturierung oder Neubau und Tagesbetreuung – all diese Faktoren hätten rein rechnerisch die Engpässe beheben sollen. Primär hat jedoch das Fehlen investiver Mittel für Umstrukturierung oder Neubau dazu geführt, dass die beschlossenen Maßnahmen nur eingeschränkt umgesetzt werden konnten – mit dem oben beschriebenen Resultat. Darüber hinaus hat die Schaffung neuer Plätze das Defizit bei den Betriebskostenzuschüssen im Bereich des Eigenbetriebs stetig anwachsen lassen.

Der im Frühjahr 2005 vorgelegte Be-



Sabine Heimann
Jahrgang 1959, geboren in Duisburg, seit zehn Jahren in Dresden, Diplomsozialarbeiterin und Politikwissenschaftlerin, tätig in der Outlaw Kinder- und Jugendhilfe gGmbH; verheiratet, eine Tochter

darfsplan geht von einer vollständigen Bedarfsdeckung bei Abschaffung der Zugangskriterien aus. Dazu sollen 700 Krippenplätze in Einrichtungen, 300 Plätze bei Tagesbetreuung, 500 Kindergarten- und 900 Hortplätze neu geschaffen werden.

Tageseltern

Auf Grund kommunaler Sparzwänge, des zunehmenden Bedarfs an Kindergartenplätzen (mit Rechtsanspruch) und des reformierten Sächsischen Kindertagesstättengesetzes haben Tageseltern reagiert und das Angebot in Dresden innerhalb des letzten Jahres um 300 Betreuungsplätze erhöht.

Tageseltern betreuen in der Regel bis zu fünf Kinder im Krippenalter. Vor Aufnahme ihrer Tätigkeit, die an die Erteilung einer Pflegeurlaubnis gebunden ist, überprüft bislang der Eigenbetrieb Kindertagesstätten die räumlichen und konzeptionellen Voraussetzungen. In Dresden ist eine umfangreiche Fortbildung nachzuweisen. Die Kosten dafür übernimmt zu 50 Prozent der Eigenbetrieb. Seit 2005 erhält eine Tagesmutter beziehungsweise ein Tagesvater monatlich 419 Euro pro Kind als Aufwandsentschädigung sowie einen Zuschuss von 100 Euro pro Kind für die Erstausrüstung. Der Elternbeitrag entspricht somit dem eines Krippenplatzes. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten vermittelt Eltern und Tageseltern, sorgt für die Bereitstellung von Standardbetreuungsverträgen und bemüht sich um ›Betreuungsersatz‹, wenn eine solche Kraft ausfällt.

Somit stellen Tageseltern aus kommunaler Sicht eine sehr kostengünstige Variante der Kinderbetreuung dar – und zwar auch dann noch, wenn zu den benannten weitere realistische Kosten für die erforderlichen Rahmenleistungen wie Akquise, Vermittlung und Beratung, Prüfungen und weitere gerechnet werden. Sorgeberechtigte nehmen zunehmend Tageseltern in Anspruch, und das nicht nur, weil Krippen-

plätze fehlen. Mögliche Vorteile sehen diese Eltern in der individuelleren Betreuungssituation und der unter Umständen höheren zeitlichen Flexibilität. Seit 2004 bevorzugen 15 Prozent der Eltern von Kindern im Krippenalter diese Betreuungsform.

Schwierig gestaltet sich nach wie vor die Gewährleistung von Betreuung durch eine bekannte Bezugsperson, wenn die Tageskraft ausfällt. Zurzeit arbeiten Eigenbetrieb Kindertagesstätten und Politik an ›Vertretungs‹-Modellen, die Tageselternnetzwerke und Kitas einbeziehen. Allerdings dürften mit wachsenden Ansprüchen an die Qualität auch die Anforderungen an die Ausbildung steigen und mit zunehmender Professionalisierung langfristig auch die Betreuungskosten.

Bedenklich sind einige der Rahmenbedingungen, unter denen diese Menschen arbeiten. Gemessen an ihrem Verdienst sind sie zum Beispiel gezwungen, einen relativ hohen Krankenkassenbeitrag abzuführen, ohne die Möglichkeit zu haben, bei längerer Krankheit oder im Mutterschutz Lohnersatzleistungen (die Aufwandsentschädigung ist kein Lohn) zu beziehen. Der Eigenbetrieb gewährleistet die Finanzierung von Krankheit und Urlaub für je zehn Tage. Besonders problematisch gestalten sich längere Ausfälle (beispielsweise Mutterschaft) für Tageseltern, die in dieser Zeit (wieder) Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beantragen müssen. Ihr Wohnraum wird in der Regel als zu groß eingeschätzt. Der Entscheidungsträger (Sozialamt oder ARGE) lehnt die Finanzierung der erforderlichen zusätzlichen Fläche für Kinderbetreuung den Vorschriften gemäß ab.

Bezahlbarkeit

Die Landeshauptstadt Dresden hat sich in den letzten Jahren sehr um die Stabilität der Elternbeiträge bemüht. Es fanden zwei Erhöhungen innerhalb von sieben Jahren statt. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten, Eltern zur Kasse zu bitten, durch

das Sächsische Kita-Gesetz deutlich beschränkt. Zu prüfen wäre, ob eine Staffe- lung der Elternbeiträge in Abhängigkeit vom Familieneinkommen zu einer sinnvol- len Beitragsgerechtigkeit führen kann, ohne den dazugehörigen Verwaltungsauf- wand über Gebühr zu erhöhen. Das Ra- battsystem für Familien mit mehr als zwei Kindern in Betreuung sollte unbedingt er- halten bleiben, ebenso die Härteaus- gleichsregelungen zu Betreuung und Ver- pflegung.

Problematischer sieht es bei der Preis- entwicklung für Verpflegung aus. Neben der Privatisierung der Küchen haben Er- eignisse wie die BSE-Krise und die Um- stellung auf den Euro die Kosten in den letzten Jahren überproportional ansteigen lassen. Die Einkommen halten mit der Entwicklung dieser Preise nicht mehr mit und geraten für Eltern mit mehreren Kin- dern zu einer enormen finanziellen Belas- tung. Die jährlich im Zuge der Haushalts- debatte wieder aufflammenden Diskussio- nen um die Streichung der Subventionie- rung des Essengeldes für Härtefälle, das betrifft Dresden-Pass-Inhaber, sind da- her eindeutig als kontraproduktiv zu be- zeichnen.

Öffnungszeiten

Grundsätzlich ist vorgesehen, dass die täglichen Öffnungs-, aber auch die Schließ- zeiten in den Sommerferien, die in der Regel mit Ausweichangeboten für ›Notfäl- le‹ einhergehen, unter Beteiligung der El- tern festgelegt werden. Allerdings haben Elternvertretungen nur ein Mitwirkungs- recht entsprechend dem Sächsischen Kita- Gesetz. So kommt es immer mal wieder zu Spannungen und Unzufriedenheiten hinsichtlich einzelner Festlegungen. Zu prüfen wäre, inwieweit eine intensivere sozialräumliche Koordinierung die Situati- on weiter verbessern könnte.

Eine 2001 durchgeführte Elternbefra- gung ergab, dass die überwiegende Mehr- heit der Eltern mit den Öffnungszeiten zu- frieden war. Dies liegt sicher auch daran, dass es stadtweit sechs Kindertagesstät- ten mit langen Öffnungszeiten, das heißt bis 20 Uhr, gibt. Darüber hinaus hat der Eigenbetrieb eine neue Befragung in Zu- sammenarbeit mit den Eltern in diesem Jahr gestartet. Gefragt wurde unter an- dem nach zusätzlich benötigten Angebo- ten über die Regelöffnungszeiten hinaus, auch in der Nacht und am Wochenende, und der Bereitschaft, dafür einen zusätzli- chen Beitrag zu zahlen. Flexiblere Öff- nungszeiten und damit Inanspruchnahme von Betreuungszeiten stellen die Kinder- tagesstätten vor neue Herausforderungen bezüglich der Gestaltung des Bildungs- und Erziehungsprozesses. Für ungewöhn- liche Zeiten wie nachts und am Wochen-

ende steht eine private Kindertagesstätte zur Verfügung, für die höhere Elternbeiträ- ge zu zahlen sind und die somit lediglich einer begrenzten, gut verdienenden Ziel- gruppe zugänglich ist. Möglicherweise kann im Einzelfall eine kombinierte Betre- uung durch Kindertagesstätte und Tages- eltern Abhilfe schaffen, ohne die Kinder auf der Beziehungsebene mit zu vielen, wech- selnden Bezugspersonen zu sehr zu bel- lasten. An dieser Stelle sei jedoch darauf verwiesen, dass auch Arbeitgeber ver- pflichtet werden sollten, Arbeitszeiten fa- miliengerechter zu organisieren. Kinder brauchen ihre Eltern nicht nur, um materi- ell versorgt zu sein.

Qualität

Die Qualität der Kindertagesbetreuung ist für Eltern von hohem Interesse. Die Grund- lagen für Spracherwerb, Wissensaneign- ung, soziale Kompetenz und vieles we-itere legen idealerweise die Eltern gemein- sam mit den Betreuenden. Schon früh werden die Weichen für spätere Erfolge oder Misserfolge gestellt. Eltern tragen zwar die primäre Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder, müs- sen aber einen guten Teil davon an Kin- dertagesstätten delegieren, nicht nur auf Grund ihrer Berufstätigkeit, sondern zum Teil auch weil Familien die gestiegenen Erziehungs- und Bildungsansprüche so umfassend wie in der Einrichtung in der Regel nicht mehr alleine in der Familie bewältigen können. Dadurch wachsen die Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher stetig.

Der derzeitige Personalschlüssel führt insbesondere im Kindergartenbereich da- zu, dass in den Kernbetreuungszeiten sehr große Gruppen – im Schnitt betreut eine Erzieherin 19 Kinder – entstehen. Darüber hinaus reicht der Personalschlüssel, ab- gesehen vom Leitungsanteil einer Einrich- tung, in der Regel für die Abdeckung der Betreuungszeiten. Zusätzliche wichtige Aufgaben wie Vor- und Nachbereitung von Projekten und Förderereinheiten, Konzept- und Qualitätsentwicklung werden außer- halb der Arbeitszeiten geleistet. Zeit für Beratung und Gespräche mit Eltern bleibt viel zu wenig.

Zugleich steigen die fachlichen Anfor- derungen an Erziehende insbesondere hinsichtlich der Beratung von Eltern und Weiterentwicklung des Bildungs- und Er- ziehungskonzepts zunehmend. Die Ausbil- dung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Kindertagesstätten sollte daher daran angepasst werden. Zur Steuerung der so genannten Trägerqualität und damit auch zur Einschätzung der fachlichen Entwick- lung einzelner Einrichtungen hat die Lan- deshauptstadt Dresden Qualitätsanforde- rungen sowie ein Verfahren mit Gültigkeit

für alle Kitas festgelegt. An der Überprü- fung sind Eigenbetrieb, Eltern und freie Träger im Dialog beteiligt – ein einzigarti- ges Verfahren bundesweit. Es wird sehr spannend sein, die Wirksamkeit dieses Qualitätsdialogs zu verfolgen.

Innovationsfonds bitter nötig

Eine Reihenuntersuchung von Kindern in Kitas hat gravierende Sprachdefizite, da- runter in Gorbitz und Prohlis bei mehr als 45 Prozent der Kinder, festgestellt. Um auf den daraus abzuleitenden und weiteren zusätzlichen Bedarf reagieren zu können, stehen dem Eigenbetrieb finanzielle Mittel in Höhe von 600 000 Euro aus dem Inno- vationsfonds für 2005 zur Verfügung. Die intensive Vernetzungsarbeit, koordiniert durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eigenbetriebs, vor allem in Gorbitz und Prohlis, wird zu zielgenauen Projekten füh- ren. Eine entsprechende Beschlussvorla- ge lag dem Jugendhilfeausschuss im Som- mer vor. Damit sind zwei wesentliche Schritte für eine Weiterentwicklung von Qualität in Kindertageseinrichtungen ge- tan. Um einen nachhaltigen Erfolg zu er- zielen, sollten die Mittel aus dem Innovati- onsfonds mindestens für die nächsten drei Jahre erhalten bleiben.

Obwohl steigender Platzbedarf und die Bemühungen von Eigenbetrieb und freien Trägern zu ersten Erfolgen geführt haben, ist die Altersmischung zu Ungunsten jun- ger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach wie vor als problematisch einzuschätzen. Einerseits können diese frischen Wind in eine Einrichtung tragen, andererseits droht in absehbarer Zeit der Verlust vieler erfah- rener Kolleginnen. Auch wenn in einzelnen Einrichtungen bereits ein oder gar zwei männliche Erzieher arbeiten, wäre es doch wünschenswert, diesen Anteil weiter zu erhöhen. Aus diesen Gründen ist eine Per- sonalpolitik, die einen Mix aus Erhöhung von Stellenumfang und Neueinstellungen verfolgt, zu begrüßen, obwohl damit die Betreuungskontinuität beeinträchtigt wird.

Der über die letzten zehn Jahre entstan- dene Investitionsstau insbesondere im Bereich Bau, aber auch hinsichtlich der Ausstattung, stellt nach wie vor eine Be- drohung dar. Es sind Schließungen von bis zu 33 Kindertagesstätten wegen Bauauf- lagen innerhalb der nächsten drei Jahre zu befürchten. Die vom Stadtrat verab- schiedete strategische Bauvorlage ist si- cherlich ein Hoffnungsschimmer, bedarf aber noch in vielen Teilen der Präzisierung und der Berücksichtigung fachlicher Aspekte, beispielsweise bei der Raumpla- nung. Der neue beschlossene Bedarfsplan priorisiert im Bereich Maßnahmen zu- nächst die Erhaltung des Bestandes, den Abschluss von begonnenen Neubauten sowie die langfristige Anmietung von ge-

eigneten Gebäuden, wodurch schneller erforderliche zusätzliche Plätze geschaffen werden sollen. Fest steht, dass die Planung nur aufgehen kann, wenn die Kommune auch in den nächsten zehn bis elf Jahren eine Investitionssumme in Höhe von elf Millionen Euro zur Verfügung stellt und der Betriebskostenzuschuss an den nach wie vor wachsenden Platzbedarf angepasst wird. Die schlechte Situation hinsichtlich der Ausstattung von Einrichtungen bleibt von den diesjährig erstmals gewährten höheren Zuschüssen unberührt. So ist aus finanziellen Gründen zurzeit ein kompletter Austausch von Möbeln lediglich alle 60 Jahre abschließbar.

Fazit

Dresdens Kindertagesbetreuung zeichnet sich durch einen besonders im Vergleich mit den alten Bundesländern hohen Bedarfsdeckungsgrad aus, dies vor allem bei den Angeboten für Drei- bis Sechsjährige und Hortkinder. Die Bedarfsplanung ist außerordentlich genau und berücksichtigt darüber hinaus die Qualitätsentwicklung. Maßgebliche Schritte gerade in dieser Hinsicht sind eingeleitet, die Finanzierung des vielfältigen außerordentlichen Bedarfs ist gesichert. Es bleiben dennoch einige Verbesserungen anzustreben:

- Die Finanzierung sollte sich sehr eng an den im vom Stadtrat beschlossenen Bedarfsplan festgestellten Bedarfslagen orientieren. Dazu wäre es sinnvoll, den jeweiligen Finanzbedarf schon im Bedarfsplan aufzuführen. Die Einrichtung zusätzlicher Plätze erfordert nicht nur mehr Geld für Investitionen, sondern auch für den Betrieb, das betrifft die laufenden Kosten und zum Teil die Ausstattung.
- Der Innovationsfonds sollte in den nächsten drei Jahren aufrecht erhalten bleiben und zudem für Anreize in der Qualitätsentwicklung genutzt werden.
- Die Personalplanung des Eigenbetriebs sollte weiterhin alle Möglichkeiten für Neueinstellungen nutzen, um eine bessere Altersmischung zu erreichen und den Anteil an männlichem Personal aufzustocken.
- Der Bedarfsdeckungsgrad für die Betreuung von Null- bis Dreijährigen ist weiter zu verbessern.
- Die Subventionierung der Essenversorgung für Härtefälle muss erhalten bleiben.
- Die trägerübergreifende Vernetzung der Angebote in den Sozialräumen sollte weiter vorangetrieben werden und die Abstimmung von Öffnungszeiten und Schließzeiten, so sie nötig sind, beinhalten beziehungsweise verbessern.
- Die Rahmenbedingungen für Tageseltern sollten verbessert werden. Ein

erster Schritt wären Verhandlungen mit dem Sozialamt beziehungsweise mit der ARGE Dresden, die es Tageseltern erlauben, ihre zu große Wohnung auch in ›Ausfallzeiten‹ beibehalten zu können, entweder durch Ausnutzen von Ermessensspielräumen oder durch eine Darlehensgewährung.

■ 2.4 Frauen leben anders Gesundheit

Frauen und Gesundheit, das sind zwei Themen, die auf den ersten Blick gut zusammenpassen, fast zusammengehören. Frauen sind klischeehaft betrachtet auf Grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit für Gesundheit zuständig. Sie kümmern sich um das Wohlbefinden ihrer Kinder und Partner, pflegen ihre Angehörigen und stellen den überwiegenden Anteil der Angestellten im Bereich des mittleren medizinischen Personals, nicht der Ärzte.

Aber wie sieht es mit ihrer eigenen Gesundheit aus? Sind sie mit deren Zustand zufrieden? Haben Frauen auf Grund ihrer körperlich-biologischen Ausstattung und ihrer Reproduktionsfähigkeit besondere Bedürfnisse in dieser Hinsicht? Inwieweit werden Frauen und ihre Bedürfnisse im Gesundheitssystem berücksichtigt? Der vorliegende Beitrag setzt sich mit diesen Fragen auseinander und bietet einen Einblick in die gesundheitliche Situation der Frauen und Mädchen in Deutschland allgemein und in unserer Stadt. Im Anschluss werden daraus erste Handlungsempfehlungen für Dresden für eine geschlechtsspezifische und -gerechte Gesundheitspolitik abgeleitet.

In der Psychoecke ruhig gestellt

Frauen leben anders als Männer, sie verhalten sich anders, und sie sind auch anders krank beziehungsweise gesund. So banal diese Erkenntnis erscheint, sie ist weder ausreichend anerkannt noch selbstverständlich. In ihrer heutigen Form ist sie das Ergebnis eines langen Kampfes der Frauen, der Ende der 1960er Jahre mit der Diskussion um ihre Partizipation, das Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen und den Abtreibungsparagrafen 218 seinen Anfang nahm. Parallel zu diesem gesellschaftlichen Diskurs begannen Akademikerinnen in den achtziger Jahren, die gesundheitliche Situation der Frauen wissenschaftlich zu untersuchen. Die Frauengesundheitsforschung etablierte sich als Teildisziplin und Grenzgängerin zwischen den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Medizin. In diesem Rahmen wiesen zahlreiche Studien in den vergangenen Jahren die geschlechtsspezifische Variation von Gesundheit und Krankheit und ihre wesentlichen Bestimmungsfakto-

ren nach. Ausgehend von einem umfassenden lebensweltbezogenen Gesundheitsbegriff im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind dabei folgende Faktoren von besonderer Relevanz:

- die körperlich-biologischen Bedingungen (genetische Faktoren, Konstitution, Unterschiede im Hormon- und Immunsystem, reproduktive Faktoren) und die Art ihrer Erkrankungen beziehungsweise gesundheitlichen Einschränkungen
- der spezifische Verlauf der Lebens- und Erwerbsbiografien
- der Umgang mit Gesundheit und Krankheit von Frauen vor dem Hintergrund ihrer Sozialisationserfahrungen und individuellen Lebensbedingungen
- die Inanspruchnahme bestimmter Gesundheitsleistungen.

Die Wirkungsweise dieser Faktoren ist komplex und ineinandergreifend und bedingt eine grundsätzliche Benachteiligung von Frauen, die verschiedene strukturelle Bedingungen im medizinischen System noch verstärken:

- die Orientierung der medizinischen Forschung am ›männlichen Normmodell‹ – das bezieht sich sowohl auf die Forschungsinhalte, das heißt auf die untersuchten Erkrankungen, wie auf die Versuchspersonen selbst
- die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen trotz gleicher Symptome beziehungsweise Erkrankungen – die Beschwerden von Frauen werden von Therapeuten eher der ›Psychoecke‹ zugeordnet und gegebenenfalls mit Schmerz- und Beruhigungsmitteln ›behandelt‹
- die unzureichende Berücksichtigung von Frauen, ihren Beschwerden und Bedürfnissen im gesamten medizinischen System – das beinhaltet zum Beispiel den Umgang mit diskriminierenden Sozialisationserfahrungen, Gewalt und deren gesundheitliche Folgen, die Bereitstellung von spezifischen Beratungsangeboten und die Gesundheitsberichterstattung
- die Medikalisierung und Pathologisierung der normalen weiblichen Körperfunktionen und Umbruchsphasen, das heißt deren Betrachtung als krankhaft und risikobehaftet, wodurch gesunde Frauen zu ›kontroll- und behandlungsbedürftigen Patientinnen‹ werden.

Obwohl die Bedeutung dieser Faktoren für die gesundheitliche Situation der Frauen seit langem bekannt ist, gestaltet sich ihre Veränderung in der Praxis sehr langsam. Dabei hat die Forderung nach einer frauengerechten Gestaltung des Gesundheitssystems in den letzten Jahren immer wieder Unterstützung durch die Gesundheits-

Angelika Römmermann
 Jahrgang 1969, Abitur, Berufsabschluss und zwei Jahre Berufstätigkeit als Kinderkrankenschwester, Studium der Sozialpädagogik an der TU Dresden, 1993 Praktikantin eines Entwicklungshilfeprojektes der Carl Duisberg Gesellschaft in Bangladesch, 1994 bis 1998 Mitarbeit im Forschungsprojekt »MigrantInnen in Dresden« an der TU Dresden, 1998 Abschluss als Diplomsozialpädagogin, seit 1999 Projektkoordinatorin im Frauen- und Mädchen-gesundheitszentrum Medea e. V. in Dresden, 2000 bis 2003 berufsbegleitendes Aufbaustudium der Gesundheitswissenschaften an der TU Dresden, Abschluss Magistra Public Health; zwei Kinder



politik des Bundes erhalten. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Herausgabe des ersten Berichtes zur gesundheitlichen Situation der Frauen in Deutschland und die Einrichtung der Bundeskoordination Frauengesundheit 2001. Leider konnte bislang die Kontinuität dieser Maßnahmen und die Umsetzung in den Ländern und Kommunen nicht sichergestellt werden. Während einige Länder wie Nordrhein-Westfalen und Berlin dafür gute Netzwerke und Strukturen geschaffen haben¹, haben das Land Sachsen und die Stadt Dresden den Handlungsbedarf in diesem Bereich bislang vernachlässigt.

Häufiger krank, mehr Medikamente, unzufriedener

Die Beschreibung der gesundheitlichen Situation von Frauen – und Männern – auf der Basis statistischer Daten birgt generell zwei Probleme. Erstens ist es in Sachsen auf Grund der oben beschriebenen Situation schwierig, geschlechterdifferenzierte Daten nach Kreisen zu erhalten. Die Gesundheitsberichterstattung des Landes erfolgt in der Regel nicht auf solche Weise. Zweitens beinhaltet diese Berichterstattung prinzipiell nur einen geringen Teil der Informationen, die notwendig sind, um die tatsächliche Situation zu beschreiben. Sie gibt primär Auskunft über klassische Daten wie Lebenserwartung, wichtigste Todesursachen und Krankenhausdiagnosen.² Angaben zur subjektiven Gesundheit, zum Krankheits- und Risikoverhalten, zu ambulant behandelten und chronischen Erkrankungen, Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit im Alter sowie vielen anderen Faktoren bleiben dabei unberücksichtigt. Am Beispiel der Lebenserwartung soll verdeutlicht werden, dass die so genannten harten Daten allein nicht ausreichen, um die gesundheitliche Situation bestimmter Bevölkerungsgruppen zu erfassen. Die Lebenserwartung der Frauen ist in

Deutschland wie in allen westlichen Industrieländern höher als die der Männer. Die Differenzen liegen nach den Angaben der WHO zwischen fünf und acht Jahren. Dennoch beschreibt die Gesundheitsforschung für alle diese Länder ein Paradoxon hinsichtlich der gesundheitlichen Situation der Geschlechter: Obwohl die Frauen länger leben als die Männer, sind sie häufiger von nicht bedrohlichen, akuten und chronischen Krankheiten betroffen und generell unzufriedener mit ihrem Gesundheitszustand, was anhand verschiedener Indikatoren wie der Zahl der angegebenen Krankheiten, eingenommenen Medikamente und andere auch nachweisbar ist. In diesem Zusammenhang ist weiterhin erwiesen, dass:

- Frauen und Männer eine annähernd gleiche Anzahl (rund 60) Lebensjahre bei guter Gesundheit verbringen
- die Übersterblichkeit der Männer vor allem auf verhaltensbedingte Todesursachen zurückgeht
- Frauen häufiger einen Arzt aufsuchen und medikamentöse Verordnungen, besonders Schmerz- und Beruhigungsmittel, erhalten und
- Frauen häufiger von psychischen Erkrankungen und psychosomatischen Störungen betroffen sind.³

Für eine realitätsnahe und lebensweltbezogene Darstellung und Erklärung der gesundheitlichen Situation der Mädchen

und Frauen in Dresden werden aus diesem Grund im Folgenden nicht nur die klassischen »harten« Indikatoren einbezogen, sondern auch Ergebnisse einzelner Studien und Tendenzen aus der Berichterstattung des Bundes.

Suizidversuche und Gewalt ohne Todesfolgen

Für einen kurzen Überblick sind in Tabelle 1 die fünf häufigsten Todesursachen nach Geschlecht dargestellt. Geschlechts- und altersgruppenübergreifend erweisen sich dabei die Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Haupttodesursache. In Sachsen betraf dies von den Gestorbenen je 100 000 Einwohner 717 weibliche und 478 männliche Personen. Mit großem Abstand folgen die bösartigen Neubildungen (Tumore). Auf 100 000 Einwohner sind daran 2003 insgesamt 251 Frauen und 302 Männer gestorben. Die häufigste Todesursache unter den Krebserkrankungen bei Frauen ist Brustkrebs, bei den Männern Lungenkrebs.⁴

Um fundierte Erkenntnisse zur geschlechtsspezifischen gesundheitlichen Situation aus der Todesursachenstatistik zu gewinnen, müssen die Daten in Altersgruppen analysiert werden. Da die geringere Säuglingssterblichkeit bei Mädchen (5,8 Prozent) als bei Jungen (7,7 Prozent) und ein geringerer Frauenanteil an vorzeitigen Sterbefällen unter 65 Jahren die höhere Lebenserwartung der Frauen bestimmen, ist es sinnvoll, die wichtigsten Ursachen dieses frühzeitigen Ablebens zu betrachten. Es handelt sich hierbei im Erwachsenenalter um bösartige Neubildungen (Tumore), Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Verletzungen und Vergiftungen sowie Erkrankungen der Verdauungsorgane. Mit Ausnahme der bösartigen Neubildungen in der Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen (auf Grund von Brustkrebs) liegt das Sterblichkeitsrisiko der Frauen hier unter dem der Männer. Männer sterben vier bis fünf Mal häufiger an Krebs der Atmungsorgane (vorrangig Lunge), mehr als doppelt so häufig an Herzinfarkt, dreimal häufiger an alkoholbedingten Krankheiten (vor allem Leberzirrhose), knapp vier Mal so häufig bei Unfällen, mehr als doppelt so häufig durch Selbstmord und

Tabelle 1: Die fünf häufigsten Todesursachen nach Geschlecht in Deutschland⁵

Frauen	Gestorbene in % aller Sterbefälle	Männer	Gestorbene in % aller Sterbefälle
Schlaganfall	13,7	Herzinfarkt	11,9
Herzinfarkt	8,2	Schlaganfall	8,8
Herzinsuffizienz	8,1	Lungenkrebs	7,0
Brustkrebs	3,9	Herzinsuffizienz	4,5
Diabetes	3,2	Lebererkrankungen	3,2

andere Gewalteinwirkungen. Demgegenüber steht ein deutlich höherer Anteil von Selbstmordversuchen und Gewalteinwirkungen ohne Todesfolgen bei Frauen. Die häufigsten Todesursachen bei Frauen unter 65 Jahren sind mit 44 Prozent Krebserkrankungen (12,1 Prozent Brustkrebs, sechs Prozent Krebs der weiblichen Geschlechtsorgane), mit 20,8 Prozent Herz-Kreislauf-Erkrankungen, mit 8,9 Prozent Verletzungen und Vergiftungen und 7,5 Prozent Erkrankungen der Verdauungsorgane. Diese Daten gelten bundesweit⁶ und in unserer Stadt.⁷

Diese kurze Analyse relativiert die Aussage, Frauen hätten bessere Voraussetzungen in Bezug auf die Sterblichkeit. Es zeigt sich, dass die Frühsterblichkeit der Männer vor allem mit Krankheiten zu erklären ist, die durch einen starken Verhaltensaspekt beeinflusst werden. Das heißt, es besteht die Möglichkeit, die Lebenserwartung der Männer durch die Veränderung klassischer Verhaltenskonzepte (Risikoverhalten) zu erhöhen.

Für die Frauen kann ein solcher Zusammenhang nicht direkt nachvollzogen werden. Für sie belegen die Daten die Bedrohung der Gesundheit im mittleren Alter durch Krebs, insbesondere Brustkrebs, sowie die Bedeutung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen im höheren Lebensalter. Dies bestätigt auch die Krankenhausstatistik in Sachsen. Die beiden häufigsten Diagnosen im Krankenhaus behandelter Patientinnen im Jahr 2003 waren Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs.⁸

Häufigste Todesursachen

Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung und -todesursache bei Frauen in Deutschland. Die Erkrankungsraten stiegen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich an, während sich die Sterbedaten nur unwesentlich geändert haben. Jährlich erkranken rund 46 000 Frauen, davon mehr als 17 000 im Alter unter 60 Jahren. Etwa 19 000 Frauen sterben pro Jahr daran, das entspricht einer Anzahl von 34 Frauen pro 100 000 Einwohnerinnen, auch in unserer Stadt.⁹

Die Entstehung von Brustkrebs kann durch das Verhalten der Frauen nur marginal beeinflusst werden. Als wesentlichster Risikofaktor wurde die familiäre Vorbelastung identifiziert. Diese liegt jedoch nur bei rund fünf Prozent der Frauen¹⁰ vor. Diese Betroffenen betreuen die Ärzte in der Regel besonders aufmerksam. Um das Brustkrebsrisiko für die anderen Frauen zu senken, ist ein umfassendes Früherkennungsprogramm nötig. Dabei sollte es sich um eine Maßnahme handeln, die alle einschließt, an ihren Eigenkompetenzen ansetzt und die hohe Zahl der »grauen Mammographien« in Deutschland senkt. Die

grundlegenden Voraussetzungen dafür sind:

- umfassende Information zu Risiko, Präventionsmöglichkeiten, Früherkennungsmethoden und gegebenenfalls diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen
- Fortführung und Verbesserung des bisherigen Früherkennungsprogramms der gesetzlichen Krankenkassen, das eine ärztliche Untersuchung und Abtastung sowie eine Anleitung zur Selbstuntersuchung beinhaltet und
- die Option einer Sonographie (Ultraschalluntersuchung) und Mammographie (Röntgenuntersuchung) entsprechend den Qualitätsstandards der europäischen Leitlinien.

Diese Voraussetzungen werden durch das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm, das Mammographie-Screening, das im Juni 2002 im Bundestag beschlossen wurde und sich derzeit in der Umsetzung durch die Länder befindet, nicht erfüllt. Das Vorhaben beinhaltet eine Röntgenreihenuntersuchung nach den europäischen Qualitätsstandards von nicht erkrankten Frauen einer bestimmten Altersgruppe, nämlich von 50 bis 69 Jahren. Damit kommt es weder der Notwendigkeit nach, flächendeckend für alle Frauen die Vorsorge und Früherkennung zu verbessern und im Falle eines Verdachts Diagnostik, Behandlung und Nachsorge auf hohem Niveau zu gewährleisten. Noch ist geplant, die Frauen individuell zu informieren und zu beraten.

Am Beispiel der Herz-Kreislauf-Erkrankungen soll verdeutlicht werden, dass auch bei den Erkrankungen, die beide Geschlechter betreffen, geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen, die gesellschaftlich anerkannt und im Gesundheitssystem adäquat berücksichtigt werden müssen. Die Relevanz der Herz-Kreislauf-Erkrankungen, zu denen alle Erkrankungen des arteriellen und venösen Systems wie Herzinsuffizienz, Hypertonie, rheumatische und ischämische Herzkrankheiten, Krankheiten des Lungenkreislaufes, des zerebrovaskulären Systems, der Arterien und weitere gehören, ergibt sich aus ihrer Häufigkeit in der Todesursachenstatistik. Da sie in dieser für Frauen erst im höheren Alter ihre herausragende Rolle einnehmen, wurde ihre Bedeutung für die Lebensqualität lange unterschätzt. Während Frauen, die an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung sterben, im Durchschnitt etwa 83 Jahre alt sind, liegt das Durchschnittsalter der Männer hier bei 74 Jahren.¹¹ Vor diesem Hintergrund kam es zu einem Defizit in der Erforschung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen und zu Nachteilen in der Diagnostik und Therapie. Dies bezieht sich auf die wichtige Zeit bis zur Krankenhaus-

einlieferung, auf die Einleitung entsprechender diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen im Krankenhaus sowie auf die kurzfristigen Überlebensraten nach einem akuten Herz-Kreislauf-Ereignis. Letzteres betrifft besonders jüngere Frauen. In einer US-Studie war ihre Sterblichkeit mehr als doppelt so hoch wie die der Männer.¹²

Insgesamt scheinen für die Benachteiligung von Frauen neben biologischen Ursachen, die bislang nicht hinreichend untersucht sind, individuelle und soziale Einflussfaktoren verantwortlich zu sein. Zu den wichtigsten unter ihnen gehören das Ernstnehmen von Symptomen seitens der Frauen selbst und ihrer behandelnden Ärztinnen und Ärzte, der Familienstand und soziale Netzwerke – viele Frauen sind im Alter allein –, das Einkommen sowie finanzielle Belastungen und Überlastung im Alltag.

Gesundheitsbezogene Lebensweisen

Frauen und Männer unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Art ihrer Erkrankungen und deren Verlauf, sondern auch bezüglich ihrer Konzepte von Gesundheit und ihrer gesundheitsbewussten Handlungsweisen. Während Männer ihre Gesundheit eher über Aspekte wie Leistungsfähigkeit und Abwesenheit von Krankheit beschreiben, konzentrieren sich die Auffassungen von Frauen stärker auf ihr Körpererleben und Wohlbefinden. Ihr Verständnis berücksichtigt mehr Faktoren des sozialen Lebens. Die Einschätzung von eigener Gesundheit und Wohlbefinden fällt dementsprechend bei Frauen schlechter aus als bei Männern. Diese Tendenz zeigen bereits junge Frauen zwischen 16 und 25 Jahren. In der Stadt Dresden beurteilen 67 Prozent in dieser Altersgruppe ihr Wohlbefinden und 76 Prozent ihren Gesundheitszustand mit »gut«. Die Vergleichswerte für junge Männer liegen bei 69 und 84 Prozent.¹³ Neben der Geschlechtszugehörigkeit sind dafür auch die soziale Lebenslage und das Alter bedeutungsvoll. Insbesondere ältere Frauen mit geringerer Bildung und niedriger sozialer Schichtzugehörigkeit berichten über ein schlechteres psychisches und körperliches Wohlbefinden.

Die Differenzen in den Vorstellungen von Gesundheit prägen das Verhalten. Dafür bildet die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen und Präventionsmaßnahmen ein anschauliches Beispiel. Bundesweit nehmen jährlich rund 50 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen an Krebsvorsorgeuntersuchungen teil, aber lediglich etwa 15 Prozent der Männer, im Regierungsbezirk Dresden sogar nur 14 Prozent.¹⁴ Ähnliches gilt für das Angebot von Präventionsmaßnahmen.

Im Alter von 20 bis 59 Jahren nehmen Frauen in allen Bereichen, also Stress/Entspannung, Wirbelsäule/Rücken, Ernährung, Gewichtsreduktion, mehr als doppelt so häufig an gesundheitsfördernden Maßnahmen teil.¹⁵

Auch die Geschlechtsunterschiede im Risikoverhalten sind vielfach belegt. Während Männer häufiger Tabakprodukte und Alkohol konsumieren, sich im Straßenverkehr riskanter verhalten, sich bezogen auf die Nahrungsmittelinhalte ungesünder ernähren und schlechter vor UV-Strahlen schützen, treiben Frauen selten ausreichend intensiv Sport, nehmen häufiger psychoaktive Medikamente und zeigen restriktive Formen des Essverhaltens.

Die aufgeführten geschlechtsspezifischen Differenzen im Risikoverhalten sind bereits im Jugendalter beobachtbar. Einige treten dort in verschärfter Form auf. Das trifft beispielsweise auf die zunehmende Anzahl von Essstörungen bei Mädchen zu. Andere haben in den vergangenen Jahren eine eigene Dynamik entwickelt. So hat sich der Anteil der jugendlichen, das heißt der zwischen 12 und 25 Jahre alten Raucherinnen in Ostdeutschland seit 1993 um zwölf Prozent erhöht. Mit 39 Prozent liegt ihr Anteil inzwischen nur noch zwei Prozent unter dem der rauchenden Jungen, im Vergleichszeitraum hat sich deren Anteil nur um drei Prozent erhöht. Ähnliches gilt für den Gebrauch illegaler Drogen. Von 1993 bis 2001 hat sich dieser in Ostdeutschland vervielfacht. Besonders drastisch war der Anstieg bei den jungen Frauen von 1 auf 13 Prozent. Damit liegen sie hier ebenso nur knapp unter dem Anteil der Jungen von 14 Prozent.¹⁶

Aufschluss über das Gesundheitsbewusstsein im Jugendalter gibt auch das Sexualverhalten. 35 Prozent der 14- bis 17-jährigen Mädchen und 31 Prozent der Jungen in dieser Altersgruppe geben an, Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Dabei fühlen sich die Jugendlichen durch Elternhaus und Schule gut beraten und aufgeklärt. Konkrete Nachfragen zeichnen jedoch ein anderes Bild. Zum einen überschätzen die Jugendlichen ihre Kenntnisse, insbesondere hinsichtlich des Empfängniszeitpunktes, und zum anderen können sie ihr theoretisches Wissen nicht sicher umsetzen. So benutzten zwölf Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen bei ihrem ersten Geschlechtsverkehr kein Verhütungsmittel, und auch danach wenden nur 71 Prozent der Mädchen und 58 Prozent der Jungen konsequent eines an. Ein großer Prozentsatz der Jugendlichen hat somit Geschlechtsverkehr mit dem erhöhten Risiko einer ungewollten Schwangerschaft.¹⁷

Perspektiven

Der vorliegende Beitrag beschäftigte sich vorrangig mit den geschlechtsspezifischen Besonderheiten der gesundheitlichen Situation von Frauen. Er hat aufgezeigt, dass sie trotz ihrer höheren Lebenserwartung nicht das ›gesündere Geschlecht‹ sind, dass ihre biologische Spezifik und ihre Lebenskonzepte ihre Gesundheit beeinflussen und dass gerade auch im Gesundheitssystem diverse Benachteiligungen bestehen.

Deren Abbau ist eine Aufgabe der Gesundheitspolitik. Als Instrument dafür eignet sich das Gender-Mainstreaming-Konzept. Es bietet die Möglichkeit, Gesundheit geschlechtersensibel zu betrachten und entsprechende Konzepte und Maßnahmen, die die unterschiedlichen Sozialisationsfaktoren und Lebensweisen berücksichtigen, zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit den dargestellten Ergebnissen ergeben sich folgende Handlungsoptionen für die Stadt Dresden:

- Einführung konsequent geschlechtsspezifischer Gesundheitsberichterstattung als Basis zur Erfassung der gesundheitlichen Situation
- Erweiterung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsberichterstattung um lebensweltbezogene und subjektive Faktoren im Sinne von umfassenden und regelmäßigen Frauen- und Männergesundheitsberichten, ähnlich wie sie die Stadt Wien herausgibt¹⁸
- Umsetzung der Empfehlung unterschiedlicher politischer Gremien und Forschungsgruppen, darunter der Gesundheitsausschuss des deutschen Städtetages, zur Einrichtung von kommunalen Fachforen und Netzwerken zur Frauengesundheit
- Erhaltung und Ausbau der geschlechtsspezifischen Gesundheitsberatung und Hilfeeinrichtungen wie Frauenhaus, Mädchenzuflucht, Frauen- und Mädchengesundheitszentrum und anderer
- Entwicklung und Ausbau geschlechtsspezifischer Maßnahmen für Mädchen und junge Frauen zur Sexualpädagogik sowie zur Prävention von Sucht, Essstörungen und Gewalt
- Aufbau und Unterstützung eines konkreten Beratungsangebotes für Frauen zur Brustkrebsvorsorge und -früherkennung.

Angelika Römmermann

- 1 www.frauengesundheit-nrw.de und www.berlin.de/SenWiArbFrau/frauen/5gesundheitsnetzwerk.htm
- 2 www.statistik.sachsen.de/Index/44fachstat/GBE/Gesundheit_Start.htm
- 3 Kolip, Petra: Frauen und Männer, in: Das Public Health Buch. Gesundheit und Gesundheitswesen, Wien 1998, S. 506–516
- 4 Todesursachenstatistik des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, Statistischer Bericht: Kennziffer A IV 3, A IV 10
- 5 Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland, Berlin 2001, S. 95–104
- 6 vgl. 3 und 5
- 7 Landeshauptstadt Dresden: Stadt-Gesundheitsprofil 2000
- 8 Krankenhausstatistik: Krankenhaus-Diagnosedaten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, Referentenbereich 222 – Gesundheitswesen
- 9 vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland, Berlin 2001, S. 123–131 und 7
- 10 ebd.
- 11 Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland, Berlin 2001, S. 109–121
- 12 Härtel, Ursula: Krankheiten des Kreislaufsystems bei Männern und Frauen, In: Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Frauen und Männer im Vergleich, Bern 2002, S. 273–290
- 13 vgl. 7
- 14 www.statistik.sachsen.de/Index/44fachstat/GBE/t4/tabellen_4/z4_5.htm
- 15 Kolip, Petra / Koppelin, Frauke: Geschlechtsspezifische Inanspruchnahme von Prävention und Krankheitsfrüherkennung, In: Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Frauen und Männer im Vergleich, Bern 2002, S. 491–504
- 16 Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Robert Koch Institut Berlin 2004, S. 59–86
- 17 ebd.
- 18 <http://www.wien.gv.at/who/berichte/index.htm>

■ 2.5 Lesbisch sein im Spannungsfeld zwischen Normalisierung und Diskriminierung Gleichgeschlechtliche Lebensweise

Als die australische Regierung die Homo-Ehe ablehnte, reichte es dem 39-jährigen Dale Anderson. Er paddelte mit seinem Boot »Gayflower« nach Osten zu einer kleinen unbewohnten Insel namens Cato, hisste die Regenbogenflagge und ernannte sich zum König des neu zu gründenden »Gay and Lesbian Kingdom of the Coral Sea Islands«. Seine erste Amtshandlung bestand in der Kriegserklärung gegenüber Australien am 13. September 2004. Nicht dass jemand nun rosa Bomben auf Sydney werfen will – es handelt sich um eine strategische Maßnahme, die Australiens Premierminister John Howard dazu bringen soll, Cato Islands als eigenständigen Staat anzuerkennen. Mehrere Anwälte bereiten derzeit einen Antrag zur Unabhängigkeit vor, der demnächst dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgelegt werden soll. Cato wird zum Experimentierfeld für eine gelebte schwul-lesbische und internationale Utopie.¹

Lesbisch-Sein am Beginn des 21. Jahrhunderts ist eine stinknormale, eine privilegierte und zugleich eine diskriminierte Lebensform, um nur drei² Charakteristika zu nennen. Vielen Lesben ist sie selbstverständlich geworden. Sie bildet für viele von ihnen ein identitätsstiftendes Merkmal neben anderen, beispielsweise sich politisch zu engagieren oder eben nicht, Mutter zu sein oder ohne Kind(er) zu leben, Bergsteigerlesbe oder Seefrau, Bankerin, Sozialpädagogin oder Aussteigerin zu sein. Die Akzeptanz von Lesben und Schwulen in Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundeskreis nimmt allmählich zu – vergleicht man den heutigen Stand mit dem vor 20 Jahren.

Wie privilegiert Lesben sind, merke ich immer dann, wenn meine heterosexuellen Freundinnen und Freunde mal wieder endlos über die klassischen Frau-Mann-Probleme klagen. Dann merke ich: Lesben haben ein Problem weniger. Nicht dass sie keine Partnerinnenschaftsprobleme hätten, aber noch nie habe ich den Satz gehört: »Frauen passen eben nicht zueinander.«

Und zugleich ist die schwul-lesbische Lebensform auch im 21. Jahrhundert diskriminiert – im Alltag, im Berufsleben, in der Politik. So darf die katholische Kirche in unserem Staat ungestraft Berufsverbote gegen sich öffentlich zu ihrer Homosexualität Bekennende verhängen. So ist Heterosexualität nach wie vor eher eine Hetero-Normität. Die »Rhetorik der Gleichheit«³ wird allzu oft mit einer faktischen Gleichheit verwechselt. Und wenn wir auch



Andrea Siebert
Jahrgang 1964, Diplomgermanistin, Diplomsozialpädagogin, Supervisorin DGSv i.A.,
1987 bis 1991 Lektorin an verschiedenen Verlagen,
1991 bis 2005 in der feministischen Frauenbildung und -beratung im Dresdner Frauenbildungszentrum und im Frauenzentrum »sowieso«, seit 1994 Leitung der Dresdner Coming-out-Gruppen für Frauen, seit 2005 freie Referentin, Beraterin und Supervisorin: Psychosoziale Beratung, Einzel-, Gruppen- und Teamsupervision, Gruppen- und Seminarleitung, Lehraufträge an der TU Dresden, Publikationen

so häufig wie noch nie Lesben und Schwule als positive Identifikationsfiguren im Fernsehen erleben können, so wird die Durchschnittslesbe von heute wahrscheinlich schneller zehn prominente Lesben aus dem Fernsehen aufzählen können, als zehn Lesben aus ihrer Nachbarschaft. Dort nämlich herrscht nach wie vor eher Unsichtbarkeit lesbischer Lebensformen. In Zeiten sozialer Härten infolge wirtschaftlichen Niedergangs fürchten Minderheiten eher als andere um ihre Existenz, ihren Arbeitsplatz etc.

Alle drei genannten Lebensrealitäten, Normalität, Diskriminierung und Privilegiertheit, scheinen in ihrer Gegensätzlichkeit unvereinbar zu sein. Und doch können sie nicht selten zu den Lebenserfahrungen ein und derselben Person gehören. Wichtig für Heterosexuelle genauso wie für Lesben und Schwule ist, gleichgeschlechtliche Lebensformen nicht von vornherein in einer »Diskriminierungsheimat«⁴ anzusiedeln und mit einer Negativ-Identität zu versehen, sondern differenzierter mit der Vielfalt der Tendenzen zwischen den Polen Normalisierung einerseits und Diskriminierung andererseits umzugehen.

Die Homo-Ehe

Im August 2001 trat das Lebenspartnerschaftsgesetz für Lesben und Schwule in Deutschland in Kraft, hart erkämpft und lange umstritten. Seither dürfen Lesben und Schwule heiraten. Das Gesetz beinhaltet:

- das Recht auf einen gemeinsamen Familiennamen
- gegenseitige Fürsorge- und Unterhaltspflichten
- das »kleine Sorgerecht« (Mitbestimmungsbefugnis in der alltäglichen Kinderbetreuung und -erziehung)
- Kranken- und Pflegeversicherung fortan auch für schwul-lesbische Partnerin-

nen und Partner sowie deren Kinder
■ die rechtliche Gleichstellung in Miet- und Erbrecht.

Am Widerstand der Union scheiterte die Einführung eines Ergänzungsgesetzes, dem der Bundesrat zustimmen muss. Dieses umfasst die Gleichstellung beim Steuerrecht, bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Daher versahen viele Lesben und Schwule das Lebenspartnerschaftsgesetz mit dem Slogan »Keine Rechte – gleiche Pflichten«.

Bis Dezember 2004 ließen sich in Dresden 89 Schwule und Lesben nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eintragen, darunter 24 Frauen und 65⁵ Männer.

Im Januar 2005 wurde das Lebenspartnerschaftsgesetz erweitert. Es beinhaltet weiter gehende rechtliche Gleichstellungen: unter anderem im Güterrecht, im Unterhaltsrecht und in der Hinterbliebenenversorgung bei der gesetzlichen Rente. Gleichgeschlechtliche Familien mit Kind(ern) werden gestärkt. Die Adoption von Kindern, die in einer Lebenspartnerschaft aufwachsen, ist fortan möglich. Weiterhin steht die Gleichstellung im Steuerrecht aus.

Was aber vor allem aus steht – und hier setzen viele berechtigte kritische Stimmen an –, ist die grundlegende Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frau und Mann, von Menschen mit und ohne Kind(er). Wir leben in einer Gesellschaft, in der Kinder nach wie vor ein Armutsrisiko, zumindest ein »Karriere-Risiko« darstellen, in der Kinder als Behinderung betrachtet werden, als Frauensache, als Klotz am Bein. In Sonntagsreden preist man dann die Kinder als den eigentlichen Reichtum der Gesellschaft und klagt über die drohende Vergreisung derselben. Dabei fehlt es nicht an alternativen Gesellschaftsentwürfen, sondern am politischen Willen der Jungs (und einiger Merkel) in den oberen Etagen, die von der steuerlichen

Begünstigung der Institution Ehe, insbesondere des Modells vom Familienernährer und seiner Hausfrau, profitieren und dieses daher als das allein selig machende Lebenskonzept propagieren.

Es ist gut und richtig, dass Lesben und Schwule die gleichen Rechte erstreiten wie ihre heterosexuellen Mitbürgerinnen und -bürger. Die Emanzipationsbestrebungen der Lesben und Schwulen sollten aber nicht darauf beschränkt bleiben, alle Rechte und Privilegien zu erstreiten, die Heterosexuelle haben, sondern diese selbst sollten einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Hier herrscht keineswegs Konsens unter Lesben und Schwulen, sondern die gleiche Vielfalt, Differenzierung, ja Gegensätzlichkeit wie überall in unserer Gesellschaft. Und so gibt es auch keine einheitlichen politischen Bestrebungen der Lesben und Schwulen. Die einen sind zufrieden mit der Einführung der Homo-Ehe, die anderen ringen um eine Demokratisierung der Gesellschaft in einem weit umfassenderen Sinne. Ich erinnere mich an eines der ersten Lesben-Wochenend-Seminare in Dresden zu Wende-Zeiten. Wir gaben ihm den Titel »Sind wir die Lesben, auf die wir gewartet haben?«. Es ging heiß her: Lesbische Lebensentwürfe als avantgardistische Gesellschaftsmodelle – unter dem taten wir es nicht. Inzwischen sind wir etwas bescheidener geworden, was die Vorreiterinnenrolle angeht, aber stur und unbeirrbar geblieben, was schwullesbische Bürgerinnen- und Bürgerrechte angeht und die Akzeptanz von Vielfalt in der Gesellschaft.

Das Antidiskriminierungsgesetz

Zurzeit wird das Antidiskriminierungsgesetz im Bundestag⁶ diskutiert. Es setzt ein wichtiges politisches Signal, dass unsere Gesellschaft Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen nicht toleriert. Das Gesetz tritt Benachteiligungen auf Grund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder einer Behinderung entgegen. Kernpunkte sind ein Benachteiligungsverbot für den Bereich Beschäftigung und Beruf und für das allgemeine Zivilrecht beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.⁷ Bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Beschäftigten werden ausführlich die Pflichten der Arbeitgeber und die Regelungen zur Entschädigung und zum Schadensersatz beschrieben.

Vergleichbare Antidiskriminierungsgesetze gibt es bereits in vielen europäischen Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Skandinavien oder Irland. Hier zu Lande werden damit EU-Richtlinien auch in deutsches Recht umgesetzt.

Eine Antidiskriminierungsstelle soll beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Information und Beratung eingerichtet werden. Welche Veränderungen in der Praxis zu erwarten sind, bleibt offen. Erfahrungsgemäß nutzen auch die besten Gesetze nur dann, wenn es breite Bestrebungen von oben und von unten gibt, sich täglich für deren Umsetzung einzusetzen. Dazu gehört ein öffentliches Klima der Sensibilität und Akzeptanz für Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit. Anderenfalls wird auch das Antidiskriminierungsgesetz zu einem Papiertiger.

Hier setzt Diversity an. Diversity heißt Verschiedenheit, kommt mal wieder aus Amerika und beginnt in der Bundesrepublik recht zögerlich. Vorreiter war Ford Köln – allmählich werden es immer mehr Betriebe und Einrichtungen. Diversity-Management beinhaltet selbstverpflichtende Leitlinien und Leitbilder des gegenseitigen Respektes und der Ächtung von Diskriminierung. Vielfalt wird gefördert in Betrieben, Verwaltungen und anderen Institutionen. So ist es die Aufgabe sowohl von Führungskräften als auch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für ein Arbeitsklima zu sorgen, in dem sich jede und jeder mit ihrer/seiner ethnischen Herkunft, Behinderung, dem Geschlecht, der sexuellen Identität, der politischen Meinung und Religion akzeptiert und integriert fühlt und in dem Diskriminierung, Mobbing und sexuelle Belästigung als ernsthafte Probleme begriffen und entsprechend geahndet werden.⁸

Die Situation in Dresden

Die vergangenen fünf Jahre seit dem letzten Dresdner Frauenbericht sind gekennzeichnet von verschiedenen, teils gegensätzlichen Tendenzen: Die Einführung der genannten bundesweiten Gesetze sind ein Meilenstein auf dem Wege zu einer größeren Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen in unserer Gesellschaft, ein Signal für mehr Akzeptanz. Gleichzeitig zeichnete sich bundesweit eine Tendenz zur Streichung von Stellen für die politische, soziale und kulturelle Arbeit für Lesben und Schwule ab. So wurden die ohnehin wenigen Stellen, die in Dresden für Lesben und Schwule hauptamtlich tätig sind, weiter reduziert statt ausgebaut. 1999 wurden die Stellen der Lesben- und Schwulenbeauftragten in der Dresdner Stadtverwaltung ersatzlos gestrichen, 2003 und 2004 je eine weitere hauptamtliche Stelle in Dresdner Vereinen.

Seit 2005 arbeitet in ganz Dresden eine einzige hauptamtliche Fachkraft für die Belange der Lesben und Schwulen im Schwerpunkt Beratung und Information, Gruppenleitung, Anleitung des ehrenamtlichen Schulaufklärungsprojektes und po-

litische Arbeit. Für all das ist eine Stelle eindeutig viel zu wenig, hier muss dringend wieder auf zwei bis drei Stellen aufgestockt werden.

Neben die Argumentation, dass das Geld nicht ausreicht, um für Lesben und Schwule städtisch finanzierte kulturelle und psycho-soziale Angebote bereit zu halten, tritt heute immer häufiger die Ansicht von Politikerinnen und Politikern sowie öffentlichen Geldgeberinnen und -gebern, dass Lesben und Schwule spätestens seit der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes nun vollständig gleichberechtigt seien, dass von Diskriminierung nicht mehr die Rede sein könne und dass daher das Geld, das bislang in Treffs, Vereine etc. floss, nun eingespart werden könne.

In den Debatten um die neuen Gesetze verschafften sich viele konservative Stimmen laut Gehör, um uns daran zu erinnern, dass es noch immer Zeitgenossen gibt, die in der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes die Institution Ehe geschädigt oder beeinträchtigt sehen und die den Lesben und Schwulen gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben verwehren wollen. Sachsen tat sich dabei höchst unrühmlich hervor.⁹

Andererseits gehören Grundlagenwissen und eine erhöhte Sensibilität zum Thema Homosexualität heute in der Öffentlichkeit, in Behörden, Schulen, im Alltag schon stärker zur Normalität als vergleichsweise vor 15 Jahren, während Intoleranz – meist gepaart mit grobem Unwissen – sich in der Öffentlichkeit häufiger selbst der Lächerlichkeit preisgibt.

Es bleibt viel zu tun

Es steht der Stadt Dresden gut zu Gesicht, sich nicht nur als Barockstadt und als Hightech-Standort öffentlich zu präsentieren, sondern auch als eine weltoffene Metropole, in der gelebte Vielfalt selbstverständlich ist, mit einem öffentlichen Klima, in dem Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Religion... oder sexueller Identität sich nicht trotz, sondern wegen ihrer Verschiedenheit wohl und angenommen fühlen.

Politische Arbeit für die Belange der Lesben und Schwulen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bleiben wichtig, ebenso Öffentlichkeitsarbeit, um über die Lebenssituation von Lesben und Schwulen in all ihren Facetten zu informieren und Vorurteile in jeder Richtung abzubauen.

Räume für Lesben und Schwule, in denen sie Normalität erleben können, wo Erfahrungsaustausch stattfindet, wo sozio-kulturelle und psycho-soziale Angebote unterstützend wirken, bleiben unverzichtbar. Diese Projektarbeit muss angemessen finanziert werden.

Andrea Siegert

- 1 Diehl, Sarah: Jungle World, 15.12.04
- 2 Auf meine Frage nach ihrem Lebensgefühl als Lesbe heute in Dresden bekam ich von 20 Dresdner Lesben ein Spektrum von Antworten, es reicht von »isoliert und unsicher« über »Leben in zwei Welten, Normalität als Lesbe unter Lesben und im akzeptierenden Teil des Freundeskreises und Ablehnung, Ignoranz seitens Familie und Teilen des Freundeskreises« bis hin zu »überglücklich, weil das erste Mal so richtig verliebt«.
- 3 Hänsch, Ulrike: Individuelle Freiheiten – heterosexuelle Normen in Lebensgeschichten lesbischer Frauen, Opladen 2003
- 4 Lising Pagenstecher auf einem Vortrag in Dresden 1999
- 5 Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle, Stand Dezember 2004. Es handelt sich dabei nur um die Personen mit Dresdner Wohnsitz, auswärtige Personen werden in der kommunalen Statistik nicht mitgezählt.
- 6 Deutscher Bundestag, Antidiskriminierungsgesetz, 2005
- 7 Pressemitteilung Nr. 927 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 15.12.04
- 8 zitiert nach: NRW-Familienministerin Birgit Fischer im Interview, in: Akzeptanz-Kampagnen-Büro NRW, Bischoff, Gabriele/Brauer, Monica (Hg.): Diversity in der Arbeitswelt. Lesben und Schwule im Zeichen der Vielfalt, Düsseldorf o. J.
- 9 Die Länder Sachsen, Thüringen und Bayern klagten vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Homo-Ehe und scheiterten damit.

3 Gleichstellungsarbeit

■ 3.1 »Was machen Sie eigentlich den ganzen Tag und warum?«

Einblicke in die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann

Gleichstellungsarbeit ist für viele Menschen etwas Diffuses. Etwas, das sie nicht betrifft und ihnen erscheint, als wäre es irgendein Emanzipations-Krimskrams von Leuten, die wohl ein Problem haben müssen. Gleichberechtigung existiert jedoch auf dem Papier, ist aber nicht für Jede oder Jeden auch real erlebbar. Probleme auf Grund der Geschlechtszugehörigkeit machen keinen Halt vor sozialen Schichten und treffen uns meist anhand konkreter Situationen. Daher erschließen sie sich erst auf den zweiten Blick. Denken wir nur daran, welche Probleme Frauen mit kleinen Kindern auf dem Arbeitsmarkt haben.

Unlängst traf es Alexandra Stanislaw-Kemenah, Magistra Artium in Geschichte, zurzeit promovierend, verheiratet, keine Kinder. Nach einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme war sie wieder arbeitslos. Da sie weniger verdiente als ihr Mann, der zudem noch privat krankenversichert ist, und sie keinen eigenen Anspruch auf Arbeitslosengeld I mehr besaß, wurde Alexandra Stanislaw-Kemenah mit Eintritt der Arbeitslosigkeit finanziell abhängig von ihrem Mann. Daher muss sie sich nun auch privat krankenversichern, obwohl sie kein eigenes Geld verdient. In dieser Phase erwirbt sie keine Rentenansprüche. Sie kann sich zwar weiterhin arbeitssuchend melden, aber Hilfe auf dem Weg zu einer eigenständigen Existenzsicherung wird sie von Amts wegen nicht erhalten... Sie hält sich gegenwärtig finanziell mit wissenschaftlichen Arbeiten auf Honorarbasis über Wasser.

Dieses Beispiel zeigt anschaulich das Problem: Rein rechtlich kann dies beide

Geschlechter gleichermaßen betreffen, denn das Gesetz gilt für alle. Dennoch wird eine derartige Situation häufiger Frauen betreffen und zwar deshalb, weil sie in der Regel weniger verdienen. Das Einkommensgefälle in den neuen Bundesländern von Männern und Frauen beträgt immerhin zwischen sechs und zehn Prozent.

Umsetzung von gesetztem Recht

Als Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann ist es meine Aufgabe, die Umsetzung des grundgesetzlichen Auftrages in Artikel 3 Absatz 2 zu überwachen und zu begleiten. Dort heißt es: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« Der Artikel 8 der Sächsischen Verfassung greift diese Intention auf und formuliert: »Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes.« Der Paragraph 64 der Sächsischen Gemeindeordnung verpflichtet Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten und stattet diese mit zahlreichen Kompetenzen und Rechten aus. In der Praxis leiten sich für die tägliche Arbeit eine Vielzahl von Aufgaben und breit gefächerte Arbeitsbereiche ab. Dazu gehören:

- Förderung des Bewusstseins für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit durch Veranstaltungen, Seminare, Medienarbeit, Aktionen, Informationen, Broschüren
- Analyse der realen Lebenslagen von Frauen und Männern in Dresden durch Erarbeitung eines periodischen Situationsberichtes
- Abbau bestehender und Vermeidung künftiger Benachteiligung durch Initiie-

rung von Projekten und durch Auseinandersetzung mit der Situation in der Kommune

- Begleitung und Kontrolle der Arbeit der einzelnen Fachämter in Bezug auf Gleichstellungsfragen
- Unterstützung der Tätigkeit der Dresdner Mädchen- und Frauenprojekte sowie Jungen- und Männerprojekte
- Sicherung von Chancengleichheit für Frauen und Männer bei kommunalen Entscheidungen zu Fragen der Arbeitswelt, Gesundheit, Erziehung, Familie, Bildung, Kultur, Stadtplanung und so weiter sowie des gesamten sozialen Umfeldes durch
 - Einflussnahme in relevanten Gremien
 - Einbringen von gleichstellungsrelevanten Anliegen und Forderungen und
 - Sichtung der Stadtratsvorlagen und Erarbeiten von Stellungnahmen,
- Zusammenarbeit mit Stadträtinnen und Stadträten, Personalrat, Verbänden, Vereinen und Organisationen
- Bekämpfung von häuslicher Gewalt
- Unterstützung von Existenzgründerinnen/Unternehmerinnen durch Information und Vernetzung
- Erstberatung von Rat suchenden Frauen und Männern im Einzelfall
- Unterstützung der geschlechtersensiblen Arbeit mit Mädchen und Jungen
- Unterstützung von Frauen und Männern in besonderen Lebenslagen und -situationen, zum Beispiel allein Erziehende oder DDR-Geschiedene, sowie
- Begleitung der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der Verwaltung.

Was bedeutet das nun konkret?

Zur Förderung des Bewusstseins für die Gleichstellung in der Öffentlichkeit finden viermal jährlich die Dresdner Frauengespräche statt. Dort werden zum Beispiel mit bekannten Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Forschung

oder sozialer Arbeit gesellschaftliche Entwicklungen mit ihren Auswirkungen auf Frauen diskutiert und Handlungsansätze formuliert. Einen weiteren Baustein bilden Veranstaltungsreihen zu historischen Frauenpersönlichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Frauenstadtarchiv und das Eintreten für die Benennung von Straßen nach diesen Frauen. In diesem Zusammenhang wurde eine Straße nach Maria Reiche benannt. Angedacht ist weiterhin eine Traute-Richter-Straße und eine Valeria-Kratina-Straße. Gleichzeitig werden regelmäßig Fachtagungen zu gleichstellungsrelevanten Fragestellungen organisiert. So fand am 20. Mai 2005 im Rathaus die Fachtagung »Frauen und Männer in Dresden 2005« mit 100 (75 Frauen und 25 Männer) Gästen statt. Die Anwesenden diskutierten in diesem Zusammenhang »Was haben 15 Jahre Gleichstellungsarbeit gebracht?« und »Was für Visionen haben wir in der Gleichstellungsarbeit?«. Dazu enthält die Broschüre entsprechenden Artikel.

Zum Abbau bestehender und Vermeidung künftiger Benachteiligungen von Frauen wurde am 12. Juli 2005 das Dresdner Bündnis Frauenerwerbsarbeit gegründet. Es ist ein Zusammenschluss von fünf Frauenprojekten mit dem Ziel, Arbeitsplätze für Frauen über die Förderinstrumentarien der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft SGB II (ARGE) zu schaffen. In einem zweiten Schritt ist vorgesehen, in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu initiieren.

Die Unterstützung der Tätigkeit der Dresdner Mädchen- und Frauenprojekte bedeutet beispielsweise fachliche Beratung zur Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit sowie Hilfestellung bei der Erschließung weiterer Finanzierungsmöglichkeiten. Gleichzeitig muss jährlich sehr viel Energie und Zeit aufgewendet werden, um bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen die Erhaltung der Frauenprojekte zu gewährleisten. Im Jahr 2005 konnte so die finanzielle Talfahrt der Mädchen- und Frauenprojekte nach über fünf Jahren gestoppt werden und erstmals wieder Neues entstehen. Seit wenigen Monaten arbeiten in zwei Frauenprojekten Beraterinnen für die psychosoziale Beratung von Hartz-IV-betroffenen Frauen. Die Finanzierung der Mädchenarbeit über das Jugendamt konnte etwas aufgestockt werden. Die Dresdner Interventions- und Koordinierungsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt entstand.

Im Rahmen der Unterstützung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen wurde in den vergangenen Monaten eine Studie zu deren Situation durchgeführt. Am 15. Juni 2005 fand im Rathaus eine ent-

sprechende Podiumsdiskussion unter dem Titel »Steine im Weg?« statt, zu der Vertreterinnen und Vertreter der Kammern, Banken und verschiedener Institutionen mit 50 Gästen diskutierten und Handlungsansätze ableiteten.

Zur Verbesserung der Lebenssituation von Rat suchenden Frauen erscheint jährlich ein Frauenhandbuch (Auflage 1 000 Stück) und monatlich ein Veranstaltungskalender (Auflage 1 300 Stück). Zur Unterstützung der geschlechtersensiblen Arbeit mit Mädchen fand am 28. April 2005 der Girls' Day zum dritten Mal in Dresden statt. An ihm erhielten Mädchen die Gelegenheit, praxisnah technische und naturwissenschaftliche Berufe, so genannte Männerberufe, kennen zu lernen. In diesem Jahr gelang es, 52 Unternehmen und Einrichtungen für eine Beteiligung zu gewinnen. Dieses Angebot nutzten 1 140 Mädchen der Klassen 5 bis 10. Vorbereitet wurde diese Veranstaltung in Kooperation mit dem Jugendamt, der Agentur für Arbeit, dem Regionalschulamt und dem Amt für Wirtschaftsförderung unter Beteiligung zahlreicher Jugendhilfeeinrichtungen und der Mädchen- beziehungsweise Frauenprojekte.



Rahmenveranstaltung zum dritten Girls' Day und ersten Boys' Day im Dresdner Rundkino

Innerhalb der Verwaltung konnte in den vergangenen Monaten einiges erreicht werden: Gender Mainstreaming wurde als Handlungsstrategie in den ARGE-Ausgestaltungsvertrag zwischen der Agentur für Arbeit und der Landeshauptstadt Dresden aufgenommen. Das heißt, zukünftig muss die ARGE alle Entscheidungen auf ihre Auswirkungen in Bezug auf Frauen und Männer prüfen und bei fehlender Chancengleichheit Gegenmaßnahmen er-

greifen. Zuvor war es bereits gelungen, in den offiziellen Gründungsvertrag der ARGE eine Passage aufzunehmen, welche beide Vertragsparteien verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass der Beirat als beratendes Gremium der Geschäftsführung und der Trägerversammlung zu gleichen Anteilen mit Männern und Frauen besetzt wird. In Bezug auf die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Schriftverkehr der Landeshauptstadt Dresden waren in den letzten Monaten große Fortschritte zu verzeichnen. Die Präsentation von Frauen- und Männerprojekten anlässlich des Stadtfestes im August liegt hinter uns.

Momentan sind viele Projekte in Vorbereitung: die Überarbeitung des Internetauftrittes der Gleichstellungsbeauftragten, die Weiterführung der Dresdner Frauengespräche, die Recherche aller Anti-Gewalt-Projekte in Dresden, die Weiterführung der Existenzgründerinnen-Studie und eine Fachveranstaltung im Herbst, eine Fahnenaktion und Podiumsdiskussion anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen, die Überarbeitung des Frauenhandbuchs und vieles mehr. Von Langeweile oder fehlender Aktivität kann also keine Rede sein.

Kristina Winkler

■ 3.2 Politik auf dem Prüfstand Fraktionen im Stadtrat befragt

Was bedeutet für Ihre Fraktion Gleichstellung von Frauen und Männern?

Bündnis 90/Die Grünen:

Gleichstellung von Frauen und Männern bedeutet für uns Bündnisgrüne, politisch für Chancengerechtigkeit für beide Geschlechter zu arbeiten und geschlechtsbezogenen Nachteilen entschieden entgegenzuwirken. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt im Programm unserer Partei angesichts der noch vorhandenen Probleme bei der Situation der Frauen. Die männerbezogenen Probleme, die zum Beispiel in der aktuellen Bildungssituation von Jungen deutlich wurden, sind uns jedoch bewusst.

Bürgerfraktion:

Gleichstellung heißt für uns Chancengleichheit für Frau und Mann in der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir sehen uns politisch in der Verantwortung, die nötigen Voraussetzungen dafür auf Kommunalebene zu schaffen. Dies bedeutet zum Beispiel die Abschaffung von Zugangskriterien im Bereich der Kindertagesbetreuung, die Schaffung von Chancengleichheit in Bewerbungsverfahren für Frauen und Männer sowie die Unterstützung der öffentlichen Wahrnehmung des Anliegens durch Teilnahme und Beteiligung an Veranstaltungen und Publikationen der Gleichstellungsbeauftragten.

CDU-Fraktion:

Gleichstellung bedeutet für unsere Fraktion, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben sollen, sich zum Beispiel politisch zu engagieren sowie Ämter und Funktionen zu übernehmen, und nicht auf Grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit daran gehindert oder benachteiligt werden.

FDP-Fraktion:

Die Gleichstellung von Frau und Mann bedeutet für uns neben der Gleichberechtigung, das heißt gleiche Rechte und gleiche Pflichten, vor allem absolute Chancengleichheit beider Geschlechter in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft.

PDS-Fraktion:

Es geht nicht um die Gleichstellung von Frauen, sondern um die Gleichstellung von Frauen und Männern. Für uns ist wichtig, dass Frauen wie Männer gleichwertige Möglichkeiten haben, ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben zu führen. Dazu gehören ausreichende Kita-Plätze ebenso wie Ganztagsbetreuung in der Schule, ein bedarfsgerechtes und kostengünstiges Angebot im Personennahverkehr.

SPD-Fraktion:

Gleichberechtigte Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben im Sinne von Zugang und Wahrnehmung von Chancen.

Welche Errungenschaften auf dem Gebiet der Gleichstellung in den letzten 15 Jahren in Dresden sind für Ihre Fraktion die bedeutendsten?

Bündnis 90/Die Grünen:

Gleichstellung von Frauen wurde in den letzten Jahren in vielen kleinen Schritten thematisiert, von denen wir einzelne nicht herausheben möchten. Ein entscheidender Fortschritt ist, dass hierfür nun ein deutlich breiteres öffentliches Problembewusstsein für die Benachteiligung von Frauen entstanden ist als vor 1989. Ein Netzwerk engagierter Frauen ist vorhanden. Der erste Schritt für die Ausweitung des Gleichstellungsthemas auch auf Männer ist angegangen.

Bürgerfraktion:

Wir möchten die Fragestellung erweitern auf den Bereich der Gleichstellung von Familien in der Gesellschaft. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass es mit Blick auf die Zukunft viel mehr zu tun gibt, als wir uns finanziell leisten können. Wichtige Errungenschaften trotz aller Einschnitte der vergangenen Jahre sind für uns die Abschaffung der Zugangskriterien für Kindertagesbetreuung, die Erhaltung der bedarfsgerechten Kita-Betreuung ab drei Jahren bis in das Hort-Alter hinein sowie die Erhaltung der Essenversorgung in den Kitas und Schulen, die Erhaltung der Frauen- und Männerprojekte, der Familienzentren, der Soziokultur, die Etablierung des Girls' Day/Boys' Day.

CDU-Fraktion:

Rund ein Viertel (23,8 Prozent) der Mitglieder in der CDU-Stadtratsfraktion sind Frauen. Dieser Anteil entspricht dem Anteil der Frauen (24 Prozent), die sich bei der Kommunalwahl als Kandidatinnen der CDU zur Verfügung gestellt haben. Zwei der sieben Ämter im Fraktionsvorstand sind durch Frauen besetzt. Zudem sind die Stadträtinnen mit vielen verschiedenen Politikbereichen der Stadt befasst, so zum Beispiel Kultur, Wirtschaftsförderung, IT-Dienstleistungen, Kultur, Jugendhilfe, Finanzen, Liegenschaften, Soziales, Gesundheit und Wohnen. Die Entscheidung der CDU, das Quorum, welches eine Drittelbeteiligung von Frauen bei Wahlen und Nominierungen fordert, auf unbefristete Zeit festzuschreiben, hat sich als richtig erwiesen. Innerhalb des Stadtrates haben wir uns beispielsweise erfolgreich für die Erhaltung des Frauenschutzhauses, für die Einführung von Gender Mainstreaming in der

Verwaltung und für die Finanzierung des Jungenprojektes JuMP engagiert.

FDP-Fraktion:

Nach unserer Auffassung erscheint die Frage nach den Errungenschaften der letzten 15 Jahre, begrenzt auf das Territorium einer einzigen Kommune, nicht sonderlich sinnvoll. Hier sollte vielmehr kritisch hinterfragt werden, was wir in Bezug auf die Gleichstellung noch nicht erreicht haben. Die wesentlichen Schritte zur Gleichberechtigung von Frauen erfolgten bereits im vergangenen Jahrhundert, insbesondere in dessen zweiter Hälfte. Vergleicht man die Chancengleichheit von Frauen gegenüber Männern, insbesondere in den Fragen der beruflichen Entwicklung und beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten, so wird der immer noch bestehende Nachholbedarf jedoch offensichtlich. Zwar besetzen Frauen zunehmend Leitungsfunktionen der unteren und mittleren Leitungsebene; in Spitzenpositionen sind sie jedoch immer noch unterrepräsentiert. Dabei ist es unerheblich, ob es sich hier um Funktionen in Politik, Wirtschaft oder öffentlicher Verwaltung handelt. Dresden bildet in dieser Beziehung – auch mit Blick auf die Stadtverwaltung – leider keine Ausnahme. Von einer Chancengleichheit der Frauen kann deshalb bis jetzt keine Rede sein.

PDS-Fraktion:

Es gibt Errungenschaften, die aber immer wieder in Frage gestellt werden. Dazu gehören die Frauenprojekte, unter anderem Medea als einziges Frauengesundheitszentrum der neuen Bundesländer. Aber sie müssen jährlich aufs Neue um ihre Förderung bangen. Es gab Projekte und Veranstaltungen zur Frauenpolitik oder zum Thema Gender Mainstreaming, aber das war punktuell. Und letztlich sind alle Bürgermeister eben männlich. Viele Frauenbewegte sind müde, und es fällt ihnen zunehmend schwer, immer wieder neu die Auseinandersetzung zu führen. Wichtig ist, dass der Kreis der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erweitert wird.

SPD-Fraktion:

Sichtbarmachung des Problems, dass Gleichstellung noch nicht erreicht ist.

Wie kann Ihre Fraktion dazu beitragen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern?

Bündnis 90/Die Grünen:

Unsere Fraktion will die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema thematisieren, das heißt die Benachteiligung der Geschlechter in allen Politikbereichen deutlich zu machen und Veränderungsvorschläge aufzuzeigen. Dabei wollen wir über klassische, wichti-

ge Gleichstellungsthemen wie die Partizipation von Frauen in der Politik, häusliche Gewalt und die soziale Situation von Frauen bis in die Stadtentwicklungs- und Finanzpolitik hinein wirken. Hier bedarf es vieler konkreter Schritte und Beispiele, um die vorhandenen Probleme aufzuzeigen und öffentliche Sensibilität zu erreichen, zum Beispiel zu den Problemen der Mobilität – Stadt der kurzen Wege – und der Notwendigkeit einer veränderten Investitionspolitik, bei der soziale und kulturelle Themen wirklich Schwerpunkte und nicht nur Alibi für überdimensionierte Verkehrsbauten sind.

Wir haken penetrant nach, wenn Gleichstellungsgesichtspunkte von Oberbürgermeister und Bürgermeisterriege sowie vom Stadtrat missachtet werden, greifen Anregungen aus der Öffentlichkeit und von der Gleichstellungsbeauftragten auf sowie versuchen, besonders Frauen zur politischen Einmischung zu animieren. Außerdem glauben wir, dass es wichtig ist, die Gleichstellung auch im persönlichen Verhalten und in der eigenen Gruppe vorzuleben. Bei uns mischen Frauen nicht nur bei sozialpolitischen Themen mit, sondern in allen Themenbereichen der Stadtpolitik und auch bei der Machtausübung.

Bürgerfraktion:

Wir engagieren uns für die Schaffung eines familienfreundlicheren Klimas in der Landeshauptstadt, dafür, dass beispielsweise auch die Männer bestärkt werden, Elternzeit und Familienpflichten wahrzunehmen. Unserer Fraktion gehören eine Frau und fünf Männer an. Zum frauenpolitischen Sprecher wurde durch uns bewusst ein Mann gewählt, damit von unserer Fraktion das politische Signal ausgeht, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht nur Frauensache ist. Gleichstellungsarbeit ist für uns eine Tätigkeit **für und mit** Frauen und Männern.

CDU-Fraktion:

Es gehört zum Wesen einer Volkspartei, prinzipiell für jeden Bürger und jede Bürgerin nicht nur inhaltliche, sondern auch personelle Identifikationsmöglichkeiten zu entwickeln und so für jeden wählbar zu sein. Unser Ziel ist es, künftig mehr Frauen für politisches Engagement in unserer Partei und bei Wahlen für eine Kandidatur zu gewinnen. Entsprechend muss die Frauenförderung im vorpolitischen Raum und in den Gremien unserer Partei unterstützt werden. Auch für eine gute inhaltliche politische Arbeit ist ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen im politischen Engagement unbedingt erforderlich. Im Jahr 2003 hat unsere Partei im Kreis Dresden einen Leitantrag verabschiedet »Dresden 2006 – Eine familienfreundliche Stadt«. Dort haben wir heraus-

gearbeitet, dass die Zukunftsfähigkeit Dresdens entscheidend von der Familienfreundlichkeit der Kommune und der Wirtschaft abhängt. Wichtig sind für uns familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frau und Mann, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder und die Anerkennung sowie Aufwertung von Erziehungsarbeit. Unser Engagement für die Stärkung der Wirtschaft ist ein Engagement für mehr Arbeitsplätze für Männer und Frauen. Wenn es gelingt, mehr Männer und Frauen in Arbeit zu vermitteln, und damit die eigene Existenz zu sichern, ist dies auch ein Beitrag zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

FDP-Fraktion:

Die Möglichkeiten zur unmittelbaren politischen Einflussnahme auf kommunaler Ebene sind begrenzt und beschränken sich fast ausschließlich auf personalpolitische Entscheidungen im Bereich der Stadtverwaltung und städtischer Unternehmen beziehungsweise Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften. Im weitesten Sinne könnte auch die Frage einer flächendeckenden Versorgung mit Kindertageseinrichtungen dabei mit in Betracht gezogen werden, um über Angebote zur Kinderbetreuung beiden Familienpartnern beziehungsweise allein Erziehenden eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Die Gleichstellung von Männern sehen wir in allen Lebensbereichen gewährleistet. Soweit dies in Bezug auf einzelne Aspekte, zum Beispiel in der Frage des Sorgerechts bei der Trennung von Partnerschaften, noch nicht in jedem Falle gewährleistet sein sollte, ist dies jedenfalls auf kommunaler Ebene nicht zu lösen.

PDS-Fraktion:

Die Fraktion kann in der eigenen Arbeit und in ihren Beschlussvorlagen den Geschlechteraspekt berücksichtigen sowie spezifische Vorschläge zur Gleichstellungs-, Frauen- oder Männerpolitik machen und die Gleichstellungsbeauftragte ertüchtigen.

SPD-Fraktion:

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gleichstellung, zum Beispiel durch die Unterstützung der Frauenprojekte in der Haushaltsdebatte und das Einbringen von Anträgen – Gender Mainstreaming.

Welche Aufgabenschwerpunkte in der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sind für Ihre Fraktion von besonderer Bedeutung?

Bündnis 90/Die Grünen:

Die von der Gleichstellungsbeauftragten genannten Arbeitsschwerpunkte sind aus unserer Sicht alle wichtig. Die Arbeit sollte

vernetzt und konzentriert auf die zentralen Punkte über die soziale Politik hinaus stattfinden – hier ist freilich ein Umdenken in der gesamten Stadtverwaltung und im Rat notwendig. Hervorhebenswert sind die Arbeiten und Aktivitäten der Gleichstellungsstelle zu sozialen Themen und in Bezug auf Kinder und junge Menschen sowie zu den beruflichen Perspektiven. Symbolische Aktionen wie die Aktion »Ampelfrau« oder die Vorschläge zur Straßenbenennung sind zur Publicity unverzichtbar, sollten die politisch wichtigen Schwerpunkte jedoch eingedenk der Kapazitäten nicht überlagern.

Die Auswertung der Gleichstellungsarbeit auf männer- und jungenbezogene Themen wird von uns ausdrücklich unterstützt, darf aber die Gleichstellungsarbeit zu Gunsten von Frauen nicht beschneiden. Aus diesem Grund ist eine Aufstockung der ohnehin zu knappen Mittel für Gleichstellungspolitik bei der Stadt notwendig. Die vorhandenen Netzwerke sollten – auch unter Nutzung der aktuellen Medien – ausgeweitet werden, das meint Wissenschaft, Presse und Betroffene, die sich wenig oder themenbezogen politisch engagieren sowie ehrenamtlich Engagierte. Die Sensibilität im Rathaus wird von der Sensibilität in der Öffentlichkeit abhängen.

Bürgerfraktion:

Von besonderer Bedeutung sind für uns folgende Ziele: Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Politik und Gesellschaft, Entwicklung einer unabhängigen körperlichen Selbstbestimmung von Frauen und Männern, Bestandssicherung der bisherigen gleichstellungspolitischen Erfolge, Erhöhung der Sensibilität der Bevölkerung für Gleichstellungsbelange, Erreichen von gesellschaftlicher und politischer Akzeptanz für verschiedene Lebensmodelle. Wir unterstützen dabei zum Beispiel die Verbesserung der geschlechtergerechten Arbeit in Kinder- und Jugendhäusern, die Verbesserung der Situation von Frauen und allein Erziehenden auf dem Arbeitsmarkt, die weitere Verbesserung der Kinderbetreuungssituation durch flexiblere Öffnungszeiten und die weitere Finanzierung der Frauen- und Männerprojekte.

Durch die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten wird der Blick geschärft auf Inhalte, die nichts kosten, aber Voraussetzung für alles Weitere sind. Diese Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ist ein wirklich wichtiger Teil der Stadtratsarbeit und Korrektiv zu unserem oft einseitig aufs Geld gerichteten Blick.

CDU-Fraktion:

Von besonderer Bedeutung sind für uns die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in der Politik und Gesellschaft. Wir freuen uns, dass Sie, Frau Winkler, als neue Gleichstellungsbeauftragte Gleichstellungsarbeit als Tätigkeit für Frauen und Männer begreifen.

FDP-Fraktion:

Ziel der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten muss es sein, die tatsächliche Gleichberechtigung beider Geschlechter zu verwirklichen. Unterstellt man, dass das Konzept und die darauf beruhende Auswahl der Aufgabenschwerpunkte fachlich begründet und optimal auf das vorgenannte Ziel ausgerichtet sind, so wäre es wenig hilfreich, einzelne Aspekte aus dem Gesamtzusammenhang zu reißen und anders zu gewichten. Dem Grunde nach würde dies unseres Erachtens sogar die fachliche Kompetenz der Beauftragten beziehungsweise die vom Gesetzgeber als notwendig erachtete Stelle in Frage stellen.

PDS-Fraktion:

Geschlechterfragen sind allgegenwärtig. In jedem einzelnen Politikbereich muss der Querschnitt sichtbar werden. Wir brauchen für Dresden eine genaue Analyse und Bewertung der Situation von Frauen und Männern in der Landeshauptstadt. Wichtig ist auch die Intensivierung der Kontakte und Beziehungen zu den Stadträtinnen und Stadträten.

Gleichstellung ist kein »Frauenthema«. Sie ist nur zu erreichen, wenn sich Frauen und Männer engagieren. Dazu muss sich das Denken beider Geschlechter ändern. Hier müssen wir ansetzen. Die schwierigste Aufgabe besteht darin, zu erkennen, dass die Geschlechterproblematik in jedem gesellschaftlichen Bereich relevant ist, auch dort, wo es nicht offensichtlich ist, wie in der Stadtentwicklung oder in der Umweltpolitik. Bezogen auf die Landeshauptstadt heißt dies: Es wird sich nichts Gravierendes ändern, wenn nicht die Rathauspitze diesbezüglich selbst aktiv wird und damit Vorbild für die gesamte Stadtverwaltung ist.

SPD-Fraktion:

Öffentliche Frauenberichterstattung, zum Beispiel zur sozialen Lage von allein Erziehenden, Frauen und Männern, deren Anteil steigt, Erhaltung der Dresdner Frauenprojekte, Schutz vor Gewalt – Frauenschutzhaus, Einwirkung auf öffentliche Stellen, zum Beispiel Schulen, und private Unternehmen zur Verbesserung der Ganztagesbetreuung von Kindern.

Die Fragen stellte Kristina Winkler.

■ 3.3 Segeln gegen den Wind**Aktuelle Entwicklungstendenzen in der Gleichstellungsarbeit für Frauen in Sachsen**

Gender Mainstreaming heißt das aktuelle Schlagwort im Vokabular von Gleichstellungsbeauftragten. Welche Veränderungen spüren Sie seit dessen Einführung?

Wie bitte, Einführung? Meines Wissens gibt es in der Praxis in Sachsen lediglich modellhafte Versuche, auch wenn politisch korrekt sprechende Menschen Gender Mainstreaming gern im Munde führen und damit vielleicht zu verstehen geben wollen, intensiv am Thema zu arbeiten. Auf EU-Ebene wurde das Prinzip 1997 im Amsterdamer Vertrag verankert. Alle Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die Chancengleichheit der Geschlechter als Ziel in allen Politikbereichen zu verankern. Das verlangt, dass alle Beschlüsse von der europäischen bis zur kommunalen Ebene auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen sind. Gender Mainstreaming ist als Top-down-Prozess einzuführen, wobei eben die Verantwortung bei den Führungskräften liegt. Soweit zur Theorie! Allerdings hat das Kabinett im März dieses Jahres ein Konzept verabschiedet, nach dem Gender Mainstreaming in den obersten Landesbehörden eingeführt werden soll.

Die Revolution von oben.

Revolution? Beim Thema Gender Mainstreaming mahlen die Mühlen noch langsam. Es wird weitere Jahrzehnte dauern, bis Forderungen zur Geschlechtergerechtigkeit erst einmal so weit akzeptiert und anerkannt sind, dass den Gleichstellungsbeauftragten die Infragestellung und Rechtfertigung ihrer Stellen erspart bleibt. Ich betrachte es als einen wesentlichen Schritt, dass sich auch der Freistaat Sachsen auf den Weg begeben hat. Die Staatsregierung hat sich zu Gender Mainstreaming als politischem Leitprinzip und politischer Strategie zur Durchsetzung der Chancengleichheit bekannt. Darauf werden geschlechterpolitische Zielvorgaben folgen, an denen Auswirkungen von Maßnahmen gemessen und kontrolliert werden können. Das A und O des Prozesses bildet eine geschlechterdifferenzierte zahlenmäßige Analyse aller gesellschaftspolitischen Felder. In den EU-Dokumenten wird beispielsweise angestrebt, dass die bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen gerecht aufgeteilt wird und dass geschlechtsspezifische Prägung von Berufen und Branchen aufgehoben wird. Ich höre schon heute den Aufschrei unter denen, die glauben, ihrer Grundrechte beraubt zu werden.

Üben kommunale Gleichstellungsbeauftragte überhaupt Einfluss aus?

Ich frage Sie zurück: Warum hat der Gesetzgeber die Gleichstellungsbeauftragten mit einer besonderen Position, mit Weisungsfreiheit und mit besonderen Kompetenzen ausgestattet, wenn er nicht davon ausgehen würde, dass sie damit Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten erlangen. Ob sich diese Tatbestände als die geeigneten erweisen, sei dahingestellt. Die Kolleginnen wünschen sich wesentlich mehr. Die Einflussmöglichkeiten dieser Stelle hängen wie in keiner vergleichbaren Position sehr mit der Person zusammen, die diese Funktion ausübt. Die Gleichstellungsstellen sind das institutionalisierte Ergebnis der Forderungen der Frauenbewegung in den sechziger Jahren. Aus der gleichen Zeit stammen auch die Forderungen nach umweltbezogenem und -bewusstem Handeln, in deren Ergebnis das viel jüngere Umweltthema in die Ämter und in die Hauptamtlichkeit gewandert ist. Dank einer starken Lobby und eigener Betroffenheit traut sich kein ernst zu nehmender Politiker heute mehr, deren Sinn ernsthaft anzuzweifeln. Ohne eine weitere Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung kommen wir nicht zu geschlechtergerechten Verhältnissen. Wir leisten Lobbyarbeit für die kaum in Entscheidungsgremien vorhandenen Frauen. Wir fordern geschlechtsbezogen erhobenes Datenmaterial, weil erst in dessen Bewertung die Nachteile für Frauen sichtbar werden. Und Geschlechtergerechtigkeit rechnet sich, denn berufstätige Frauen sind Steuerzahlerinnen, bringen Einnahmen im kommunalen Finanzausgleich und belasten nicht die kommunalen Kassen. Die Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen sind Vermittlerinnen zwischen Bevölkerung und Politik in Bezug auf die Bedürfnisse und Lebenslagen von Familien und Frauen. Sie sind der Motor und eine wesentliche Basis für das Ziel der Chancengleichheit.

Schön, mittlerweile spitzt sich die Finanzsituation der öffentlichen Hand dramatisch zu. Welche Auswirkungen des Hahn-zu-Drehens beobachten Sie hier zu Lande?

Die Finanzsituation der Kommunen spiegelt sich im Investitionsvermögen wider. So wie weniger geplant und gebaut wird, in dem Maße verringert sich auch die Förderung unterschiedlicher freiwilliger Aufgaben. Damit ist die kulturelle und soziale Landschaft entscheidend verbunden. Ich spüre leider sehr viel Resignation. Reformen und neue Strukturen, die sich zwangsläufig aus den enger werdenden finanziellen Ressourcen ergeben müssen, entwickeln sich nicht von allein und erst recht nicht in »fetten Zeiten«. Da besteht doch



Michaela Mayer
Jahrgang 1963, 1985 Abschluss als Diplom-
maschinenbauingenieurin, 1998 Verwaltungsfach-
wirtin, 1991 Bürger- und Gleichstellungsbeauftragte
der Stadt Meißen, 1999 Gleichstellungsbeauftragte
des Landkreises Meißen und Sprecherin der
Landesarbeitsgemeinschaft (LAG), 2004 Referentin
der Geschäftsstelle der LAG der kommunalen
Gleichstellungsbeauftragten Sachsens beim Sächsi-
schen Landkreistag in Dresden; zwei Kinder

kein Handlungsbedarf, über Sinn und Effektivität nachzudenken. Meiner Meinung nach liegt im Sparzwang eine große Chance. Jetzt ist Gelegenheit, durch Umverteilungen neue Ressourcen zu erschließen, einmal auszuprobieren, ob eine Straßenbau-Million nicht in der Bildung oder Familienpolitik besser angelegt ist. Man muss es aber auch so sehen können. Dazu kommt die nicht zu unterschätzende Lobby der verschiedenen Politikfelder. Kein Staat kann es sich mehr leisten, dass die eine Hälfte der Bevölkerung von der anderen Hälfte ernährt wird wie im patriarchalen, konservativen Weltbild. Dieses Muster ist leider noch in vielen Köpfen vorhanden, insbesondere bildet es zum Beispiel bis heute die Grundlage für die Berechnung der Renten und ist völlig lebensfremd. Bei den Gleichstellungsbeauftragten werden Stellen reduziert beziehungsweise geteilt. Ich sehe wohl ein, dass weniger Geld für die gleichen Aufgaben zur Verfügung steht. Aber mir scheinen die gekürzten Stellen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt oder danach, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist. Frauen haben sich Netzwerke geschaffen, aber sie nutzen sie noch zu wenig.

Welche Chancen sehen Sie, hier gegen-
zusteuern?

Die Gleichstellungsbeauftragten sind Einzelkämpferinnen. Die Sprecherinnen der LAG und die Geschäftsstelle unterstützen sie in ihrer fachlichen Arbeit. Wir bereiten themenbezogene Veranstaltungen und Argumentationshilfen vor, wir informieren über neue Gesetzesentwürfe und Initiativen. Wir arbeiten in verschiedenen Gremien mit. Einen weiteren Aspekt möchte ich ansprechen. Ich beobachte ein allmähliches Erwachen und Entsetzen über die Bevölkerungsentwicklung. Es werden weniger Kinder geboren, als für die Reproduktion notwendig sind. Frauen entscheiden sich für Beruf oder Familie. Die Rah-

menbedingungen für Familien scheinen nicht gut zu sein, sonst gäbe es die Verweigerung bei den Frauen nicht. In den Ländern, wo die Frauenerwerbsquote hoch ist, wo es flexible Arbeitszeiten, kostengünstige Kinderbetreuung, Ganztageschulen und keine Vorurteile gegen berufstätige Mütter mit kleinen Kindern gibt, ist auch die Geburtenrate hoch. Die Gleichstellungsbeauftragten könnten hierbei Partnerinnen sein, um gute Ideen zu entwickeln, um neue Projekte voranzubringen. Statt dessen schafft man sie erst einmal ab.

Hartz IV hatte bundesweit Empörung unter Ihren Berufskolleginnen ausgelöst. Warum?

Es bestand die Sorge, dass durch die gesetzlichen Änderungen die Benachteiligung der Familien zunimmt. Es gab viele Proteste. Wir haben als LAG auf verschiedene Problemlagen aufmerksam gemacht, damit die Frauen nicht vergessen werden. Mit Erfolg: Die Nachbesserung ist erfolgt, das Optimierungsgesetz wurde verabschiedet. Es berücksichtigt nun die Kostenverteilung zwischen den Kommunen während des Aufenthaltes in einem Frauenschutzhaus. Die Situation gewaltbetroffener Frauen hatte man im Gesetzestext glatt vergessen. Es ist eben kein Thema für Männer, die das Gesetzeswerk geschaffen haben. Weiter gehende Forderungen, wie beispielsweise Sanktionen bei geschlechtsbezogenen Nachteilen von Hilfebedürftigen haben keine Berücksichtigung gefunden. Der Paragraph 1 SGB II formuliert zwar als Aufgabe, die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip zu verfolgen, aber ohne Konsequenzen ist das völlig wirkungslos. Frauen, die allein erziehend sind, waren früher zu 80 Prozent von der Sozialhilfe abhängig. Für sie und ganz viele nicht eingliederungsfähige Menschen, vorrangig junge Leute ohne Lehrstelle oder Studienplatz,

Ausbildungsabbrecherinnen und Frauen, die nach der Trennung mit ihren Kindern allein dastehen und deshalb keinen Berufseinstieg finden, hat sich die Situation verbessert. Denn sie sind jetzt zum Beispiel renten-, pflege- und krankenversichert. Außerdem stehen ihnen überregionale Jobvermittlung, aktive Maßnahmen wie ABM, Weiterbildung, Ein-Euro-Jobs, Trainingsmaßnahmen und ein höherer Mehrbedarfszuschuss zur Verfügung.

Männerprojekte jüngeren Datums widmen sich dem Thema Gewalt, wie der andere Teil unseres Berichtes zeigt. Halten Sie es für sinnvoll, dass sich Gleichstellungsbeauftragte den Anliegen von Männern öffnen?

Ich verstehe meine Tätigkeit immer im Kontext der Benachteiligtenförderung. Um Chancengleichheit für beide Geschlechter herzustellen, muss ich das Geschlecht fördern, welches benachteiligt ist. Und das sind in weiten und lebensbestimmenden Bereichen die Frauen. Es geht nicht um Privilegierung, sondern um einen Nachteilsausgleich wegen des Geschlechts. Wir befassen uns auf der europäischen und auf der deutschen Ebene immer noch mit Forderungen des 1. Internationalen Frauenkongresses von 1910 – wie etwa gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und so lange diese Forderungen noch immer nicht erfüllt sind, sehe ich eindeutig hier meine Hauptaufgaben. Wenn Männer sich benachteiligt fühlen, können sie sich artikulieren oder eine Institution schaffen. Sie sind in solchen Geschäften sehr geübt. Ich begrüße Männerprojekte zum Beispiel in der Landeskirche, Initiativen zur täterorientierten Anti-Gewalt-Arbeit wie beispielsweise »Triade« in Leipzig, die mit Männern und Frauen aus Gewaltbeziehungen arbeiten. Ich halte eine Ursachenforschung aber für angebrachter. Und ich plädiere – wie in Umweltfragen – für das Verursacherprinzip. Das würde schlagenden Ehemännern vielleicht zu denken geben, wenn sie für sämtliche Folgekosten wie Frauenhausaufenthalt, Umzug, Schulwechsel und so weiter haften und zahlen müssten.

Es gilt das gesprochene Wort.

Das Interview mit Michaela Meyer führten Claudia Joseit und Una Giesecke.

4 Angebote für Mädchen und Frauen in Dresden

■ 4.1 Erste eigenständige Künstlerinnengruppe in Dresden

»galerie drei« der Dresdner Sezession 89 e. V.

galerie ▼ drei

Anliegen:

Die »galerie drei« ist Ort und Ausgangspunkt für Ausstellungen, Installationen, Begegnungen und Veranstaltungen, die das Zusammenwirken verschiedener künstlerischer Medien fördern. Es geht hier explizit darum, die Arbeit von Künstlerinnen ins Interesse der Öffentlichkeit zu rücken, verschiedene künstlerische Handschriften vorzustellen und auszutauschen. Neben bereits etablierten Künstlerinnen dient die Galerie auch denen als Plattform, die in ihrem künstlerischen Schaffen am Anfang stehen. Der Verein will Künstlerinnen der so genannten verlorenen Generation dem Vergessen entreißen. Dem Annäherungsprozess der europäischen Nationen auf künstlerischen Gebieten Rechnung zu tragen, ihn zu fördern und auszubauen, ist eine der Aufgaben für die Zukunft.

Geschichte:

Bereits 1987 trafen sich Künstlerinnen in Dresden informell in ihren Ateliers. Am 12. Dezember 1989 gründeten 23 Künstlerinnen und Kunstkritikerinnen die Dresdner Sezession 89 e. V. als erste eigenständige Künstlerinnengruppe in der Dresdner Kunstgeschichte. Was damals in der Galerie Comenius an der Bautzner Straße unter explizit weiblichem Blickwinkel begann und in der Galerie Nord an der Leipziger Straße seine Fortsetzung fand, bildet auch heute in der »galerie drei« an der Sebnitzer Straße einen besonderen Bestandteil und wichtigen Treffpunkt der interessierten Kunstszene. Die Sezessionis-



Ausstellung von Bettina Schilling: Wald – Läufer

tinnen sind aus frauenpolitischer Sicht wie auch als eine wesentliche Bereicherung der kulturellen Vielfalt in Dresden nicht mehr wegzudenken. Mit ihrem Ausstellungsförderprogramm für Künstlerinnen und mit ihren Projekten reagiert die Vereinigung auf ein bis heute bestehendes Defizit anderer Galerien und Institutionen. Denn dieses besondere Forum präsentierte seit seiner Entstehung kontinuierlich alle Richtungen der bildenden Kunst (Malerei, Grafik, Installations- und Medienkunst) von professionell arbeitenden weiblichen Protagonisten der nationalen wie internationalen Szene. Außerdem hat sich im Prozess der europäischen Annäherung eine Zusammenarbeit mit Künstlerinnen aus Polen, Tschechien und Russland entwickelt. Denn die Dresdner Sezession 89 sieht sich als Mittlerin zwischen Ost und West, als Bindeglied zwischen den Kulturen, nicht nur ausgehend von den geografischen Gegebenheiten, sondern auch im Bezug auf geschichtlich bedingte Erfahrungen und der daraus resultierenden Geisteshaltung. In verschiedenen Projekten haben sich Kontakte aufgebaut, die die Frauen weiterhin pflegen, Beispiele dafür bilden die geplanten Ausstellungen in Wroclaw und St. Petersburg.

Angebot:

- Ausstellungsbetrieb mit regionalen und internationalen Schwerpunkten im Spannungsfeld von Figuration und Abstraktion
- die jährlichen Mnemosyne-Wasser-Kunst-Aktionen im Stadtraum von Dresden
- intermediales Zusammenwirken mit anderen Gattungen (Tanz, Musik, Performance) und Vorstellen von Kunstprojekten in der Öffentlichkeit
- Ein umfangreiches und unkonventionelles Rahmenprogramm mit Kunstaktionen, Lesungen, Vorträgen, Symposien, Editionen, Performances und konzertanten Aufführungen ermöglicht einen erweiterten geistigen Austausch mit Gleich- und Andersgestellten und mit anderen Medien.

Kontakt:

Dresdner Sezession 89 e. V.
 »galerie drei«
 Prießnitzstraße 43
 01099 Dresden
 Telefon: 8 02 67 10
 Fax: 8 02 67 10
 E-Mail: info@sezession89.de
 Internet: www.sezession89.de



Labyrinth an der Kreuzkirche

■ 4.2 Chancengleichheit durch Zentrierung

Frauenbildungszentrum »Hilfe zur Selbsthilfe« des FrauenBildungshauses Dresden e. V.



Anliegen:

Unsere Einrichtung bietet Begegnungs-, Beratungs- und Bildungsarbeit in sozialen, soziokulturellen und arbeitsmarktorientierten Bereichen an. Unsere Angebote richten sich an Frauen aller Altersgruppen, unabhängig von ihrer strukturellen Einbindung. Wir tragen zur Verbesserung gesellschaftlicher und individueller Chancengleichheit von Frauen bei, indem wir Frauengeschichte wieder entdecken, den Bildungs- und Selbstfindungsprozess der Einzelnen unterstützen sowie individuelles kreatives Potenzial fördern.

Geschichte:

Seit dem 27. November 1990 ist das Frauenbildungszentrum (FBZ) ein eingetragener Verein. Karin Daunheimer, die Gründerin, war auch die erste Leiterin. Die Frauen der ersten Stunde kamen aus verschiedenen Initiativen wie dem Unabhängigen Frauenverband und den »Frauen für den Frieden«. Alle hatten das gleiche Interesse: etwas für und mit Frauen zu tun.

In der ersten Konzeption stand: »Das Zentrum soll und will Frauen einen Freiraum bieten, wo sie frei von Leistungs-

druck, Kommerz und sexistischer Unterdrückungsstruktur ihre eigenen Bedürfnisse und Fähigkeiten entdecken und miteinander eine frauenbezogene Kultur und Lebensweise entwickeln und leben können.« Diese Idee zieht sich bis heute durch unsere Arbeit. Während dieser 15 Jahre sind wir dreimal umgezogen. Zunächst gab es Räume in der Naumannstraße, dem ehemaligen Sitz der Parteileitung, die wir kurzerhand besetzt hatten. Die nächste Station war die Dornblühstraße, bis wir 2000 in die Jugendstilvilla am Wasaplatz gezogen sind.

Zu unserem Verein gehört als zweites Projekt die Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen, die sich aus einer dreijährigen Modellprojekt-Förderung durch das Ministerium für Familie und Soziales gründete. Diese Stelle arbeitet bis heute für Frauenprojekte und Gleichstellungsbeauftragte im Land Sachsen. Seit dem Jahr 2003 gehört als drittes Projekt das Frauenstadttarchiv dazu.

Wir sind sehr dankbar, wenn wir auf diese Zeit zurückblicken und vor allem auf die vielen Frauen, die sich mit ihrer Kraft in der Politik eingesetzt und gezeigt haben, dass die Arbeit und der Kampf um Gleichstellung für Frauen und Mädchen sich gelohnt haben.

Angebot:

- frauenpolitische Gesprächsrunden und Seminare
- kommunalpolitisches Engagement aus Frauensicht für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zur Vereinbarkeit von Frau und Beruf und Familie
- Kommunikations- und Konflikttraining
- Kompetenztraining

- Selbsterfahrungskurse
- Unterstützung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen beim Anschluss an das Unternehmerinnennetz in Dresden
- Labyrinth zum Lebensweg, behindertengerechtes Labyrinth mit Vorträgen und Führungen, Labyrinthbau, Gestaltung von Festen für integrative Begegnungsarbeit, Jahreskreisfeste
- Frauenstadtarchiv
- Frauensalon mit Geschichten von Dresdnerinnen und Gesprächen
- Vorträge und Seminare zur Frauengeschichte und Feminismus
- kreatives Gestalten
- Ausstellungen von Künstlerinnen und Laienkünstlerinnen
- Bibliothek mit frauenspezifischer Fachliteratur
- Tanz, Gesang, Darstellendes Spiel
- berufsbezogene Weiterbildungen für Frauen in heilenden und helfenden Berufen und Lehrerinnen, Ausbildung von Tagesmüttern und -vätern
- Sprachkurse in Englisch, Italienisch, Französisch, bei Nachfrage auch Portugiesisch und Spanisch
- Seminare und Kurse zu Themen wie beispielsweise Umgang mit Konflikten oder mit Mobbing
- offene Beratung zu Hartz IV jeden Mittwoch von 11 bis 13 Uhr und nach Vereinbarung.

Kontakt:

Frauenbildungszentrum »Hilfe zur Selbsthilfe« des FrauenBildungsHauses
Dresden e. V.
Oskarstraße 1
01219 Dresden
Telefon: 33 77 09
Fax: 3 16 04 33
E-Mail: fbz-dresden@gmx.de
Internet: www.frauenbildungszentrum-dresden.de

■ 4.3 Neuorientierung nach der Wende

Frauenberatungszentrum »Guter Rat«
des Demokratischen Frauenbundes e. V.



Anliegen:

Unsere Einrichtung bietet Frauenberatung zu sozialen Problemen und Orientierungshilfen zur sozialen und rechtlichen Stär-

kung der Frauen an. Die Angebote richten sich insbesondere an langzeitarbeitslose Frauen, Hilfeempfängerinnen, allein Erziehende, Mädchen und Jungseniorinnen.

Geschichte:

- 1972: Gründung
- 1972 bis 1989 (DDR): Hilfsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 1989: Neuorientierung mit Schwerpunkt Beratungstätigkeit
- 1990: Übergabe des Projektes von der Stadtverwaltung an den freien Träger Demokratischer Frauenbund e. V., Neuprofilierung unter anderem über Arbeit von Frauen für Frauen, Beschäftigungs- und Bildungsprojekte für arbeitslose Frauen bis hin zum heutigen Angebotspektrum.

Angebot:

- tägliche Beratungsgespräche, anonyme Sprechstunden mit Problem- und Konfliktbewältigungsberatung
- individuelle Beratung und Begleitung für Mädchen und Frauen zur Überwindung depressiver Phasen
- präventive Arbeit
- Aufbau, Organisation, Begleitung und Mobilisierung von Frauengruppen
- Knüpfen von Beziehungen zu anderen Frauen in offenen Frauentreffs
- Gedächtnistraining
- kreative Kurse zur Selbstfindung
- wöchentliche Gesundheitskurse und Rückenschule
- tägliche Telefonhilfe zur Problembewältigung beziehungsweise Lebenshilfe
- Unterstützung beim Wiedereinstieg ins Berufsleben oder Neuorientierung
- Ausbildung zur Babysitterin beziehungsweise zum Einsatz als Au-pair-Mädchen mit Zertifikat
- Mutter-Kind-Treffs für Mütter im Erziehungsjahr
- Nähstube für sozial schwache und bedürftige Frauen.

Kontakt:

Demokratischer Frauenbund e. V.
Frauenberatungszentrum »Guter Rat«
Erna-Berger-Straße 17
01097 Dresden
Telefon: 8 04 45 94
Fax: 8 02 88 12
E-Mail: fbzguterrat@compuserve.de

■ 4.4 Mädchen und Mütter legen los

Frauenförderwerk Dresden e. V.



Anliegen:

Wir sind ein gemeinnütziger Verein mit dem Zweck, die Gleichstellung von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft zu fördern. Dabei stehen Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation im Vordergrund.

Insbesondere möchten wir uns sozial benachteiligten Frauen und Mädchen widmen. Unsere Zielgruppen reichen von Schülerinnen über ALG-II-Empfängerinnen und arbeitssuchende Frauen bis hin zu Frauen in Führungspositionen.

Geschichte:

Die Idee einer Institution, die gegen die steigende Arbeitslosigkeit von Frauen praktisch vorgehen sollte, wurde am Runden Tisch der Frauen Dresdens geboren. Zwölf engagierte Dresdnerinnen gründeten den Verein am 18. Juli 1991.

- 1992: Dieser startete mit Beratung auf der Suche nach neuen Wegen im beruflichen Leben. Kurse, Seminare und Veranstaltungen widmeten sich der veränderten Arbeitswelt. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Ämtern und dem Arbeitsamt entstanden Beschäftigungsprojekte mit dem Erfolg, dass ein großer Teil der Projektteilnehmerinnen eine Umschulung oder Qualifizierung beginnen konnte und/oder einen Arbeitsplatz fand.
- 1993 bis 1994: Berufliche Integration in den Arbeitsmarkt funktioniert nicht ohne abgesicherte Kinderbetreuung. Das Projekt »Nachbarschaftshilfe und Kinderbetreuungsservice« wurde mit Hilfe der Aktion 55 realisiert.
- 1994: Der Stadtrat schenkte dem Frauenförderwerk Bungalows bei Radeburg und bei Potsdam. Hier organisierten engagierte Mitarbeiterinnen »soziale Ferien« für arbeitslose Frauen und finanzschwache Familien. Das Projekt zur Integration von Sozialhilfeempfängerinnen auf dem Arbeitsmarkt (HzA) nahm seine Tätigkeit auf.
- 1995: Junge Frauen ohne Berufsausbildung und -erfahrung oder allein Erziehende haben einen erhöhten Bedarf an Beratung, Orientierung und Stabilisierung. Gemeinsam mit dem Jugend- und dem Arbeitsamt entstand das Projekt Sprungfeder im Rahmen der Jugendberufshilfe für Mädchen und junge Frauen. Unter Fachanleitung reno-



Arbeit in der Tischlerwerkstatt

- vierten diese eine frühere Kindertagesstätte, die als Projekthaus Sprungfeder stadtwweit bekannt ist. Seitdem konnten junge Frauen sich in handwerklichen Berufen wie Tischlerin oder Polsterin beziehungsweise in dienstleistenden Berufen in den vereinseigenen Werkstätten ausprobieren und neu orientieren.
- 1996: Begleitende Serviceprojekte wie die Arbeitgeberdatenbank, »Wege (zurück) zum Beruf« und »Spielkiste« starteten.
 - 1997: Eine Selbsthilfegruppe »Arbeitslos – nicht tatenlos« unter dem Dach des Vereins begann ihre Tätigkeit. Seitdem boten wir auch Projekt- und Existenzgründerinnenberatung an.
 - 1998: Wir konzipierten die rege besuchte Veranstaltungsreihe Frauenwege, die mit ihren Themen überzeugt und einen seit Jahren treu bleibenden Kern von Besucherinnen anspricht. Diese entwickelte sich zu einem monatlichen kommunikativen Pool für berufstätige Frauen der freien Wirtschaft.
 - 1999: Berufsorientierung für Mädchen soll deren Interesse für technisch-handwerkliche, aber auch ökologische Berufsbilder wecken und ein intensives Bewerbungstraining anbieten mit dem Ziel, der herrschenden Orientierungslosigkeit in der Ausbildungssuche entgegen zu wirken. Im Sommer organisierten wir die bundesweite Mädchen-Ökosommerwerkstatt.
 - 2000: Im Jugendprojekt Sprungfeder machte eine Finanzierung des Landesjugendamtes die Spezialisierung auf ökologischen Gartenbau, Gartengestaltung und Ökotechnik möglich. Schwerpunkte bildeten die Praktika in Unternehmen und die Integration in den ers-

ten Arbeitsmarkt. Als Träger eines Modellprojektes zu PC-Schnupperwochen für Schülerinnen, die sozial schwachen Mädchen den Zugang zu Computertechnik und Internet ermöglichten, hatte der Verein großen Erfolg.

- 2001 bis 2002: Die Konzepte und Ideen der Expertinnen im Verein für Berufsorientierung von Schülerinnen mündeten in ein EU-Projekt im Rahmen des Programms Equal, das 2002 als »Berufsorientierung im Unternehmen« startete. Das Bundes-Modellprojekt Freiwilliges Soziales Trainingsjahr löste frühere ABM-Jugendprojekte ab und engagierte sich für die Bewohnerinnen von Prohlis und Reick.

Angebot:

Zur Förderung der Kompetenzen und beruflichen Chancen von Frauen und Mädchen bieten wir Beratung, Unterstützung, Weiterbildungs- und berufswegorientierende Projekte an:

- Jugendqualifizierungsprojekt »Leg los!« (nach § 13 SGB VIII) zur Beschäftigung und Qualifizierung von Frauen zwischen 16 und 25 Jahren
- Kinderbetreuungsservice (Aktion 55 und Ehrenamt)
- monatliche Veranstaltungen in der Reihe Frauenwege
- Servicebüro für Rat suchende Dresdnerinnen und Dresdner (Hilfestellung beim Ausfüllen von ALG-II-Anträgen); offene Beratung zu Hartz IV.

Daneben arbeiten wir aktiv im Verbund Dresdner Frauenprojekte und im Institut FrauenFachArbeit mit. Unser Verein ist Träger der freien Jugendhilfe und Mitglied im Landesfrauenrat Sachsen – Sächsisches Frauenforum.

Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für ALG-II-Empfängerinnen und Migrantinnen sind in Vorbereitung.

Kontakt:

Frauenförderwerk Dresden e. V.
 St. Petersburger Straße 15
 01069 Dresden
 Telefon: 2 02 69 26
 Fax: 2 02 69 16
 E-Mail: pietzsch@frauenfoerderwerk.de
 Internet: www.frauenfoerderwerk.de

■ 4.5 Feministisch, emanzipatorisch, solidarisch

sowieso Frauen für Frauen e. V. –
 KULTUR BERATUNG BILDUNG von
 Frauen für Frauen

frauen & zentrum
SOWIESO
 frauen für frauen e.V.

Anliegen:

Wir sind ein feministisches Frauenprojekt mit vielfältigen Angeboten in den Bereichen Beratung, Kultur und Bildung. Wir wünschen und fördern das Engagement jeder Einzelnen und arbeiten solidarisch mit ihnen. Wir kooperieren mit Dresdner Frauenprojekten und anderen freien Trägern, knüpfen Netzwerke und verfolgen in unserer Arbeit einen emanzipatorischen Ansatz. Im Bereich Kunst und Kultur stellen wir das Schaffen von Frauen vor und möchten gleichzeitig Frauen zu eigener Kreativität anregen.

Geschichte:

- 1987: erste Frauentreffen, Zusammenkünfte von Frauen in ihren Wohnungen, um miteinander und füreinander etwas zu tun
- 1989: Gründung der Interessengemeinschaft (IG) Frauen beim Kulturbund der DDR nach vielfach gescheiterten Versuchen, als Privatorganisation auftreten zu dürfen beziehungsweise einen anderen gesellschaftlichen Träger zu finden
- wöchentliche Frauencafés mit Veranstaltungen
- politische Plattform für verschiedene Frauengruppen wie den Unabhängigen Frauenverband (UFV)
- das erste Frauenfest außerhalb kirchlicher Räume
- 8. März 1990: Demonstration zum Internationalen Frauentag mit der Forderung, eine Gleichstellungsbeauftragte für den Raum Dresden einzusetzen
- Mai 1990: Gründung des Vereins Frauen für Frauen e. V., Entwicklung eines Konzepts und Kampf um ein eigenes Haus
- Juli 1990: Renovierung und Einzug in die Angelikastraße 1
- 14. September 1990: Eintrag ins Vereinsregister
- 27. September 1990: Eröffnung des ersten Frauenberatungs- und Kommunikationszentrums in Dresden; Arbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Beratung, Spezialisierung im letztgenannten Bereich auf die Themen Gewalt, Essstörungen, sexueller Missbrauch
- Seit 1992: Podium Frau, seit 1998 Pumps – das FrauenKulturFestival

- Seit 1993: Verbund Dresdner Frauenprojekte
- Seit 1995: Arbeitskreis »Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen«
- 2000: Mädiale – bundesweites Mädchen-Kulturfestival.

Angebot:

- Bibliothek mit einem umfassenden Bestand an frauenspezifischer Sachliteratur und Belletristik, Autorinnenlesungen und Bücherwurm (Vorstellung neuer Publikationen); Konzerte, Tanzveranstaltungen/-kurse, Ausstellungen; Frauenstammtisch, Keramik, Frauenchor; FrauenKulturFestival Pumps (Vorträge, Lesungen, Filme)
- Beratung zu den Themen Gewalt, Essstörungen, Langzeitarbeitslosigkeit (SGB II), sexueller Missbrauch, Fachberatung, Rechtsberatung
- Selbsthilfegruppen zu Essstörungen, sexuellem Missbrauch, Coming-out
- Seminare und Kurse zu den Themen:
 - Stärkung der Persönlichkeit, Erhöhung der persönlichen und beruflichen Kompetenz (nebenberufliche Selbstständigkeit, Buchführung, moderne Rhetorik, Selbstbehauptung/-verteidigung, Stocktanz, Klettern)
 - für Mädchen themenbezogene und kreativ-kulturelle Workshops sowie Seminare für Mädchen und junge Frauen, die sich an deren Bedürfnissen und Interessen orientieren und an deren Stärken und Kompetenzen ansetzen (Fotografie, neue Medien, Lesezirkel, Rollenbilder, Trickfilmstudio)
- Mitarbeit im Verbund Dresdner Frauenprojekte, Arbeitskreis und sächsische Initiativgruppe »Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen«, Netzwerk sächsischer feministischer Frauenprojekte, LAG Mädchen und junge Frauen
- Seminar zu sexuellem Missbrauch – Intervention und Prävention.

Kontakt:

sowieso Frauen für Frauen e. V.
 Angelikastraße 1
 01099 Dresden
 Telefon: 8 04 14 70
 Fax: 8 02 20 25
 E-Mail: Frauen.sowieso@gmx.de
 Internet: www.frauenzentrumsowieso.de

■ 4.6 Gewalt ist kein Einzelschicksal

Frauenschutzhaus Dresden e. V.



Anliegen:

Das Frauenschutzhaus bietet Frauen und ihren Kindern, die von psychischer, physischer und sexueller Gewalt bedroht oder betroffen sind, Schutz, Unterkunft, Beratung und Unterstützung.

Wir wollen öffentlich machen, dass dies ein gesellschaftliches Problem ist und kein Einzelschicksal. Bedrohung und Misshandlung kommen in allen sozialen Schichten vor. Wir wollen Frauen helfen, die Auswirkungen zu überwinden. Wir bieten einen Ort, an dem die Frauen die eigene Situation überdenken und neue, von Misshandlung freie Lebensperspektiven und -möglichkeiten suchen können.

Geschichte:

- Wendezeit: Frauen mit unterschiedlichen politischen, sozialen oder frauenspezifischen Hintergründen finden sich auf einer Plattform zusammen, damit ihre Rechte und Probleme in der Stadt Dresden in dieser Umbruchzeit nicht zu kurz kommen, damit Frauen sich mit ihren eigenen Anliegen einbringen und diese umsetzen können. Auf Initiative einiger Mitarbeitender entsteht die Forderung, in Dresden einen Ort der Zuflucht für von Gewalt betroffene Frauen zu schaffen. Am 14. Mai 1990 formuliert die Frauenplattform ihren Antrag auf ein »Haus für geschlagene Frauen« an die Stadtverordnetenversammlung. Diese reserviert am 28. Juni ein geeignetes Gebäude als Frauenschutzhaus. Am 24. September 1990 wird auf der Gründungsveranstaltung im Rathaus die Satzung des Frauenschutzhauses Dresden e. V. beschlossen und der Vorstand gewählt.
- 10. Oktober 1990: Die Beschlussvorlage zur Dresdner Krisenwohnung wird in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.
- Dezember 1990: Das Dezernat für Gesundheit und Soziales mietet eine Fünfräum-Wohnung an. Der Krisenaufenthalt befindet sich in einem ganz normalen Mietshaus.
- April 1991: Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten wird die erste Dresdner Krisenwohnung eröffnet. Sie verfügt über zehn bis zwölf Plätze für Frauen und deren Kinder.
- November 1991: Die Stadt kauft von der Treuhand das Objekt für ein künftiges

Frauenschutzhaus.

- Dezember 1991: Das Sächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie bewilligt den Förderantrag des Vereins zur Rekonstruktion.
- Juli 1992: Das Stadtparlament beschließt, das vor zwei Jahren reservierte Gebäude zu rekonstruieren, dessen Zustand eine Umbauphase bis November 1993 erfordert. Zunächst wird im August eine zweite Krisenwohnung angemietet, die das Frauenschutzhaus Dresden e. V. betreibt.
- 21. Januar 1994: Der Oberbürgermeister übergibt das Dresdner Frauenschutzhaus feierlich an den Verein in freie Trägerschaft.
- März 2000: Die Vereinsfrauen gehören zu den Mitinitiatorinnen der sächsischen Initiativgruppe zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Ziel ist es, ein landesweites Bündnis zu schaffen. Alle Organisationen, die zu diesem Thema arbeiten, sollen an der Vernetzung, der Kooperation und dem fachlichen Austausch teilnehmen.

Angebot:

- Wir unterstützen Frauen bei der Lösung von persönlichen und rechtlichen Problemen, in der Unterbringung der Kinder in Kindereinrichtungen und Schulen, beim Umgang mit Ämtern und Behörden.
- Wir bieten nach Verlassen unseres Hauses an, die Beratung und Begleitung weiterzuführen.

Kontakt:

Frauenschutzhaus e. V.
 Postfach 21 01 30
 01261 Dresden
 Telefon: 2 81 77 88 (24-Stunden-Hotline für Frauen in Not)
 Fax: 2 02 86 42
 Wir sind rund um die Uhr, auch an Sonn- und Feiertagen erreichbar.

■ 4.7 Dialoge der Kulturen

Frauentreff Mariposa des Ausländerrates Dresden e. V.



Anliegen:

Unser Frauentreff Mariposa ist offen für Frauen aller Nationalitäten. Im Mittelpunkt steht die Kontaktaufnahme und die Kommunikation zwischen Frauen verschiedener Herkunft sowie die Hilfe zur Selbsthilfe bei der Integration in die hiesige Gesell-



Frauentreff Mariposa

schaft. Wichtige sozialpädagogische Aspekte sind dabei:

- kleine Dialoge der Kulturen
- Hilfe zur Selbsthilfe durch Austausch von Lebenserfahrungen, Erfahrungen mit Diskriminierung, Familienproblemen oder Traditionen
- Integrationshilfen für Migrantinnen.

Die Gespräche und gemeinsamen Aktivitäten im internationalen Frauentreff fördern das Verständnis füreinander, verdeutlichen Gemeinsamkeiten, etwa in der Rolle als Mutter, und tragen dazu bei, Toleranz gegenüber kulturell anders geprägten Normen und Wertvorstellungen zu entwickeln.

Geschichte:

Seit Anfang 1996 besteht der Frauentreff Mariposa (Schmetterling) des Ausländerrates als offener Kommunikationsort für ausländische und deutsche Frauen. Der einmal wöchentlich stattfindende Treff wird vor allem von jungen Frauen besucht. Viele von ihnen bringen ihre kleinen Kinder mit. Die deutschen und nichtdeutschen Studentinnen, Flüchtlingsfrauen, Asylantinnen, Frauen, die in binationalen Partnerschaften leben, und andere Interessierte organisieren und leiten die Gesprächskreise oft selbst. Diese drehen sich um Themen wie Globalisierung, Diskriminierung, die Rolle der Frau in der Gesellschaft, Fragen der Gesundheit und der Kindererziehung. Aber auch Reiseberichte, kreatives Gestalten und Schnupperkurse zum Beispiel im Orientalischen Tanz gehören dazu. Lebenserfahrungen, die die Migrantinnen in ihren Heimatländern und in Deutschland gesammelt haben, fließen ebenso ein wie Ansichten der deutschen Teilnehmerinnen.

Ein spezieller Aspekt unserer Arbeit ist die Unterstützung ausländischer Frauen, die sich um Kontakte zu anderen in einer ähnlichen Situation befindlichen Frauen bemühen, die deutsche Frauen kennen lernen möchten oder Informationen über Sprachkurse und andere Bildungsmöglichkeiten suchen. Nach ersten Anläufen im Frauentreff besuchen viele dieser Frauen sowie ihre Familien auch andere kulturelle und sportliche Veranstaltungen oder Deutschkurse, die im Internationalen Begegnungszentrum des Ausländerrates angeboten werden. Die zur Einrichtung gehörende mehrsprachige Beratungsstelle bietet ihnen außerdem individuelle Beratung zu rechtlichen, sozialen und familiären Problemen.

Angebot:

- Gesprächsrunden zu Themen der Politik, Frauenbewegung in der Welt, Geschichte, Literatur, Kunst, Kultur, Gesundheits- und Familienpolitik, Religion
- Filme zum Thema Frauen in der Gesellschaft
- Kooperation mit anderen Gruppen, Vereinen und Einrichtungen zum Thema Frau.

Uns ist wichtig, dass jede Frau das Recht hat, gemeinsam mit den anderen ein Thema zu wählen, das für sie von Bedeutung ist und unseren Treff bereichert.

Kontakt:

Ausländerrat Dresden e. V.
Frauentreff Mariposa
Heinrich-Zille-Straße 6
01219 Dresden
Telefon: 4 36 37 30
Fax: 4 36 37 32
E-Mail: jukult@auslaenderrat.de
Internet: www.auslaenderrat.de

■ 4.8 Selbstbestimmt zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde

Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum (FMGZ) Medea e. V.



Anliegen:

Das FMGZ Medea e. V. ist eines von 16 Frauengesundheitszentren in Deutschland, die im Bereich der gesundheitlichen Beratung und Bildung für Frauen und Mädchen arbeiten. Als solches unterstützen wir in besonderer Weise das Selbstbestimmungsrecht und die Gesundheitsinteressen von Frauen. Unser Arbeitsansatz beruht auf dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Beratungs- und Bildungskonzepte sind ganzheitlich. Ziele der Arbeit sind:

- die Stärkung der gesundheitlichen Eigenkompetenz von Frauen
- die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Frauen und
- eine frauengerechte Gestaltung der medizinischen Versorgung.

Die Themen, zu denen wir arbeiten, orientieren sich an den weiblichen Lebensphasen und dem Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Stellung der Frau, ihrer individuellen Lebenssituation und ihrer Gesundheit.

Geschichte:

- 1994: Gründung
- Idee, Frauen im selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Umgang mit ihrem Körper und ihrer Gesundheit zu unterstützen; Orientierung an der Frauengesundheitsbewegung in den alten Bundesländern, Initiative für einen Frauengesundheitsladen unter der Trägerschaft des Kulturstadt e. V. und des Frauenzentrums *sowieso*
- 1995: Namensgebung und Eröffnung der ersten Räume in der Dresdner Neustadt; erste Kurse und Beratungen
- 1996: Vereinsgründung, Aufnahme in den Dachverband (heute Bundesverband) der Frauengesundheitszentren
- seit 1996: individuelle Gesundheitsarbeit
- Verbreitung alternativer Ansätze der Gesundheitsförderung von Frauen
- unmittelbare ›kundinnenbezogene‹ Arbeit (Beratung, Kurse, Seminare, Einzelarbeit), 1. Dresdner Frauengesundheitstage
- ab 1999: gesundheitspolitische Arbeit
- Öffentlichkeitsarbeit zur Etablierung ei-

nes frauengerechten Gesundheitsverständnisses

- Vernetzung und Erweiterung des Wirkungsraumes auf Sachsen, Beitritt in den Paritätischen Wohlfahrtsverband und die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung, Erarbeitung umfangreicher Info-Materialien, Abhaltung von Fachtagungen
- ab 2002 Ausbau der Mädchenarbeit.

Angebot:

- Beratung für Frauen zu Brustkrebs(-vorsorge) und Mammographie-Screening, Neurodermitis und Allergien, Patientinnenrecht, psychologischen Problemen, Pränataldiagnostik, natürlicher Empfängnisregelung, ungewollter Kinderlosigkeit, Diaphragma- und Portiokappenanpassung; offene Beratung zu Hartz IV
- Kurse und Seminare; Körperarbeit; Selbsthilfegruppen; Informationsveranstaltungen; Info-Material und Anregungen zur Gesundheitsförderung
- Adressenservice; Bibliothek und Archiv; Kartei zu Frauenärztinnen und -ärzten sowie Beratungsstellen
- Verkauf von Frauengesundheitsartikeln und Broschüren
- Angebote für Mädchen: offener Treff, Beratung und Gruppenarbeit zu den Themen Gesundheitsförderung, Sexualpädagogik und Gewaltprävention, Weiterbildung von Multiplikatorinnen.

Kontakt:

Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum Medea e. V.
 Prießnitzstraße 55
 01099 Dresden
 Telefon: 8 49 56 79
 Fax: 8 04 05 06
 E-Mail: Medea-dresden@gmx.de
 Internet: www.medeia-dresden.de

■ 4.9 Qualifikation und Weiterbildung

Informatik für Frauen von Frauen e. V.



Anliegen:

Informatik für Frauen von Frauen e. V. fördert seit 1991 die berufliche Bildung von Frauen mit dem Ziel, ihre berufliche Benachteiligung im Erwerbsleben abzubauen. Dieses Ziel wird insbesondere mit einem ganzheitlichen Bildungsansatz, der sich an den Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen orientiert, entwickelt und

verwirklicht. Er berücksichtigt die individuellen Bildungs- und Lebensläufe, die beruflichen Interessen der Frauen und deren Möglichkeiten.

Geschichte:

- 18. September 1990: Gründung mit den Zielen der ganzheitlichen Weiterbildung von Frauen, außerschulischer Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie Initiierung von Projekten; Beginn der Ausbildung von Multiplikatorinnen und Einrichtung eines Computerkabinetts
- 1991: Beginn der ersten vom Arbeitsamt geförderten Maßnahme zur beruflichen Förderung von Frauen in den Räumen auf der Enderstraße; Arbeitsbeginn der Multiplikatorinnen, seither bis 2003 Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung von Frauen, gefördert von Arbeitsamt und Europäischen Sozialfonds (ESF) mit dem Anspruch: »Frei von geschlechtsspezifischem Konkurrenzkampf sollen die Frauen ihre eigenen Fähigkeiten entwickeln, ihr Selbstbewusstsein stärken, sich Mut und Kraft holen, um nach etwa einem halben Jahr fit zu sein für einen neuen Berufsstart.«
- 1992/93: Fortbildungsmaßnahmen für Organisationsassistentinnen und Industriekaufrauen mit IHK-Abschluss, Abend- und Kompakt-PC-Kurse für Frauen und erstmals Ferienangebote für Kinder
- 1994 bis 1996: im Mai 1994 Eröffnung des Kinder-Computer-Treffs KiCo, Freizeitgestaltung für Kinder auch außerhalb der Ferienzeit, Kinder-Computerkurse, Frauen-Kurse in Englisch, Maschineschreiben und Buchführung, Einrichtung einer offenen Computerecke für Frauen, Teilnahme an Bildungs- und Computermessen
- 1996: erstmals Existenzgründerinnen-Seminare
- 1997 bis 1999: 1997 erster Wiedereinstiegskurs für Frauen ohne Bezüge nach Arbeitsfördergesetz (AFG) mit ESF-Förderung, in den Folgejahren mehrere Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen
- seit 1997: Teilnahme an der Messe KarriereStart
- 2000/01: Beginn der Fortbildungsmaßnahmen für Eltern in Erziehungszeit, Beteiligung des KiCo am Sommerferienauftakt am Hygienemuseum
- 2002 bis 2004: 2002 und 2003 berufliche Weiterbildungsmaßnahme für Spätaussiedlerinnen und Migrantinnen, Start der Robotic-Kurse für Kinder und Jugendliche, 2004 Beginn der beruflichen Qualifikation von Tagesmüttern, Einstellung der Arbeit des Computertreffs für Frauen und des KiCo

- 2005: Beginn des Projekts »Mädchen in die Technik«.

Angebot:

- Qualifizierung in der Kindertagespflege
- Weiterbildungen zur beruflichen Integration von Spätaussiedlerinnen und Migrantinnen
- Bildungsmaßnahmen für Eltern in Erziehungszeit
- Existenzgründerinnen-Kurse
- Internetausbildung, Modul I und II, im Auftrag der Agentur für Arbeit
- EDV-Kurse zu Anwendungsprogrammen
- offene Computerecke für Frauen
- Kurse der Aktionen »Senioren ans Netz« und »Frauen ans Netz«, gefördert vom Bundessozialministerium
- wöchentlicher Seniorencomputertreff 60plus.

Kontakt:

Informatik für Frauen von Frauen e. V.
 Bodenbacher Straße 81
 01277 Dresden
 Telefon: 2 54 92 42
 Fax: 2 52 34 17
 E-Mail: iff-dresden@web.de
 Internet: www.iff-dresden.de.vu

■ 4.10 Koordination und Vernetzung

Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (Kiss) der Landeshauptstadt Dresden, Sozialamt



Anliegen:

Wir sind eine Beratungsstelle für

- jede Person
- die Kontakt zu einer Selbsthilfegruppe in Dresden oder auch überregional sucht
- die eine Selbsthilfegruppe gründen möchte
- die Hilfe benötigt in besonderen Situationen und komplizierten Lebenslagen, die sich für Selbsthilfe interessiert
- Menschen, die Kontakt suchen zu Menschen mit gleichen Problemen
- existierende Selbsthilfegruppen und Initiativen
- medizinische, psychologische und pädagogische Fachkräfte und Sozialarbeiter.

Wir sind ein Treffpunkt für Selbsthilfegruppen.

Geschichte:

Die Lebenssituation der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende wurde durch den politischen und wirtschaftlichen Strukturwandel bestimmt, und es galt, das wachsende Eigenengagement der Bürger zu unterstützen und zu fördern. So entstand im Sozialamt die Idee, eine zentrale Anlauf-, Informations-, Vermittlungs-, Beratungs- und Koordinierungsstelle aufzubauen, die den Dresdnern Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. In dieser Situation schrieb das damalige Bundesministerium für Familie und Senioren (heute Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) ein Programm zur Förderung der sozialen Selbsthilfe in den neuen Bundesländern aus.

Mit einem tragfähigen Konzept bewarb sich das Sozialamt und erhielt neben 16 weiteren Standorten in den neuen Bundesländern den Zuschlag für eine Teilnahme am Modellprojekt über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Dieses Programm bot die Möglichkeit, eine Startförderung, fachliche Weiterbildung für das Personal sowie ein Partnerschaftsprogramm für den Erfahrungsaustausch mit etablierten Kontaktstellen in den alten Ländern in Anspruch zu nehmen. Partnerkontaktstelle von Kiss Dresden wurde die Münsteraner Selbsthilfekontaktstelle Miks.

Das war sehr hilfreich, denn eine Selbsthilfekontaktstelle aufzubauen, bedeutete, Neuland zu beschreiten. Keiner hatte Erfahrungen mit der Spezifik und Arbeitsweise einer Unterstützungsstelle für Selbsthilfe. So bot das Modellprogramm eine einmalige Chance, die es zu nutzen galt.

Am 6. April 1992 eröffnete die Kiss ein Büro mit Gruppenräumen im Deutschen Hygiene-Museum am Lingnerplatz.

Anfängliche Schwerpunktaufgaben: In der Anfangsphase war es zunächst wichtig, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen: Welche Selbsthilfegruppen arbeiten bereits in Dresden? Wo sind Kooperationspartner für die Selbsthilfeunterstützung? Welche Förderprogramme existieren für die gesundheitliche und soziale Selbsthilfe? Welchen konkreten Unterstützungsbedarf haben die Gruppen?

Angebot:

- Kiss berät und informiert Bürger und Bürgerinnen über Selbsthilfemöglichkeiten sowie über geeignete Hilfsangebote im sozialen und gesundheitlichen Bereich
- Kiss vermittelt Kontakte zu bestehenden Selbsthilfegruppen, Initiativen und Vereinen
- Kiss unterstützt an Selbsthilfe interessierte Bürger und Bürgerinnen bei der Gründung von Selbsthilfegruppen

- Kiss begleitet Selbsthilfegruppen in der Gründungsphase sowie bei schwierigen Gruppensituationen
- Kiss berät und unterstützt Selbsthilfegruppen in allen Fragen – bei der Beantragung von Fördermitteln, bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Raumsuche, bei technisch-organisatorischen Abläufen
- Kiss bietet kostenlose Serviceleistungen für Selbsthilfegruppen, wie Ausleihe audiovisueller Geräte und Präsentationstafeln, Selbsthilfebibliothek, Kopierservice, Nutzung von Gruppenräumen und Büro
- Kiss fördert die Zusammenarbeit zwischen den Selbsthilfegruppen sowie deren Kooperation mit Fachleuten.

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden
Sozialamt
Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (Kiss)
Ehrlichstraße 3
01067 Dresden
Telefon: 3 13 84 91 oder -92
Fax: 3 13 84 90
E-Mail: KISS-dresden@t-online.de
Internet: www.dresden.de/selbsthilfe

■ 4.11 Solidarität beim Schritt in die Selbstständigkeit**Kommunikationspool e. V.****Anliegen:**

Ausgehend von der Tatsache, dass viele Frauen in Ostdeutschland traditionell eine sehr gute Ausbildung haben und oft auch die wirtschaftliche Notwendigkeit besteht, berufstätig zu sein, jedoch die Arbeitsmarktchancen für sie meistens schlechter sind als für Männer, haben viele Frauen nur die Möglichkeit, durch den Einstieg in die Selbstständigkeit sich ihren Arbeitsplatz selbst zu schaffen.

Deshalb brauchen sie Solidarität von Frauen und Männern, gegenseitige Unterstützung, ein starkes Netzwerk und vor allem Verbesserungen von Rahmenbedingungen für Existenzgründungen.

Der Verein Kommunikationspool e. V. nimmt sich insbesondere der Bedürfnisse dieser Frauen an und vertritt deren Interessen.

Geschichte:

- Vereinsgründung im September 1996
- Gründung Verein »Gründerinnenzentrum Dresden Äußere Neustadt e. V.«
- Gemeinsames Ziel mit der damaligen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dresden: Schaffung eines Gründerinnenzentrums und zugleich neuer Arbeitsplätze in einem damals strukturell unterentwickelten Gebiet mit einer hohen Frauenarbeitslosigkeit
- Das Projekt »Böhmische Straße« erwies sich ohne finanzielle Unterstützung von außen als nicht realisierbar.
- seit September 1999: monatlicher Vereinsstammtisch in den Unternehmen der Vereinsmitglieder, damit sich die Unternehmerinnen und Interessentinnen auch in ihrem Tätigkeitsfeld besser kennen lernen
- seit November 1999: viermal im Jahr Unternehmerinnen-Stammtische, aktueller Veranstaltungsort Umweltzentrum, 01067 Dresden, Schützengasse 16–18, aktuelle Termine und Themen auf der Homepage
- seit Mai 2000: Beginn des Gemeinschaftsprojektes mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Studie: Unternehmerinnen in Sachsen – Die Wirtschaftsleistung sächsischer Unternehmerinnen
- seit Oktober 2001: Erste Berichterstattung zur Studie in Form einer Diplomarbeit, damit Abschluss der ersten Phase
- Januar 2002 bis Dezember 2004: Entwicklung des Internetportals für sächsische Unternehmerinnen mit finanzieller Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten des Regierungspräsidiums Dresden.

Angebot:

- Auf- und Ausbau eines starken Netzwerkes/Adressenpools für Unternehmerinnen und Gründungswillige
- Bildung von strategischen Allianzen im Verein (gemeinsames Marketing, kostengünstige Dienstleistungen für Vereinsmitglieder, gemeinsame Nutzung technischer Ressourcen, zum Beispiel des Internetportals)
- Mitarbeit im Deutschen Gründerinnenforum und europäischen Organisationen
- fachliche Koordinierung von Unternehmerinnen-Stammtischen
- Schaffung einer ausgezeichneten Geschäfts- und Referenz-Adresse
- repräsentative Verkaufsausstellung für Dienstleistungen/Produkte/Kunstobjekte
- praxisbezogene Hilfe und Unterstützung durch den Expertinnenpool sowohl für gründungswillige Frauen als auch Unternehmerinnen in Krisensituationen.

Kontakt:

Kommunikationspool e. V.
Cornelia Trentzsch
An der Pikardie 2
01277 Dresden
Telefon: 2 51 23 79
Fax: 2 51 24 07
E-Mail:
info@unternehmerinnen-dresden.de
Internet:
www.unternehmerinnen-dresden.de

■ 4.12 Freiraum für die kreative Entfaltung

Kreative Werkstatt Dresden e. V.

**Anliegen:**

Die Kreative Werkstatt ist ein Ort der gestalterischen Betätigung, des Experimentierens, der Begegnung und der Bildung. Mit ihren Fachkursen schafft sie Möglichkeiten, künstlerische und handwerkliche Techniken zu erwerben und auszuüben, die Ausdrucksfähigkeit zu erweitern und für die Gestaltung der Umwelt zu sensibilisieren. Das Projekt verfolgt das Ziel, Kunst zu fördern und zu verbreiten, und arbeitet auf der Grundlage einer klassisch fundierten Kunstausbildung. Im Sinne der kreativen Gestaltung und einer ständigen Entwicklung ist die Einrichtung offen für Angebote mit neuen Inhalten.

Geschichte:

Die Kreative Werkstatt existiert seit dem 21. März 1991. Entstanden aus der Initiative der Dresdner Malerin und Grafikerin Karin Heyne, entwickelte sie sich als Frauenprojekt aus der Trägerschaft der Dresdner Sezession 89 e. V. und des Frauen für Frauen e. V. zum eigenen gemeinnützigen Verein. Dessen Gründungsdatum war der 23. November 1994. Er arbeitet seit dem 10. Juni 1995 im Gelände der ehemaligen Galvanofabrik in Dresden-Pieschen.

Angebot:

Die Kreative Werkstatt bietet vor allem Frauen, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich kreativ zu betätigen und somit sich selbst zu verwirklichen. Durch die Organisation von Kinderbetreuung bei Kursen, Wochenendkursen und mehrtägigen Projekten und die angestrebten sozial-



Teilnehmerin der Holzbildhauerwerkstatt

verträglichen Teilnahmekosten werden vor allem allein Erziehende und sozial schlechter gestellte Frauen zur Teilnahme ermutigt. Die gemeinsame kreative Betätigung tangiert somit bewusst einen sozialtherapeutischen Effekt. Sie ist ein Weg für die Teilnehmerinnen, miteinander ins Gespräch zu kommen, Selbstvertrauen zu stärken und beim kreativen Ausprobieren Anregung und Entwicklung zu erfahren. Im sozialen Gefüge des Projektes werden Praktikantinnen, Frauen, die sich auf eine Ausbildung vorbereiten, Frauen auf ehrenamtlicher Basis und im Mehraufwand integriert. Sie erfahren auf diese Art Hilfe und Unterstützung und fließende Ansätze zur Alltagsbewältigung.

Das laufende Kursangebot umfasst folgende Gebiete:

- Malerei (Aquarell und Wasserfarben, Öl, Acryl)
- Naturstudium (Stilleben, Landschaft, Aktzeichnen, Porträtzeichnen)
- Grafik/Druckgrafik (Siebdruck, Tiefdruck, Materialdruckexperimente, Hochdruck, Digitaldruck, Prägedruck),
- Plastik (Sandsteinbearbeitung, Holzbildhauerei und Schnitzen, Speckstein- und Gasbetonbearbeitung)
- Aufbau von Figuren aus Ton, Gips oder Wachs, Abgussverfahren, Modellieren nach Modell
- Keramik und Keramikexperimente in Freibrandofenbau oder Raku
- Objektbau, Maskenbau, Großplastiken aus Draht, Gips oder Pappmachè
- Papier (Papierschöpfen, Buntpapierherstellung, Papiermarmorieren, Papier-

objektbau, Buchherstellung, Buchbinderei).

Zusätzlich gibt es folgende Initiativen:

- Sommerworkshops (Brennofenbau, Sandsteinbearbeitung, Holzbildhauerei)
- Entwicklung von Kunstprojekten
- Organisation von Ausstellungen von Künstlerinnen
- Ausstellungsführungen, Besichtigung von Kunst im öffentlichen Raum
- thematische Projektfahrten
- Exkursionen zu Handwerksbetrieben
- Präsentation der Ergebnisse in öffentlichen Einrichtungen und bei Aktionen
- Kooperation mit künstlerischen Einrichtungen.

Die Kurse werden von diplomierten Künstlerinnen und Handwerkerinnen fachlich betreut.

Kontakt:

Kreative Werkstatt Dresden e. V.
Bürgerstraße 50, Galvanohof
01127 Dresden
Telefon: 8 58 42 00
Fax: 8 58 42 09
E-Mail: info@kreative-werkstatt.de
Internet: www.kreative-werkstatt.de

■ 4.13 Geschlechterdifferenzierter Blick als Querschnittsaufgabe

LAG Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen e. V. – Fach- und Koordinierungsstelle für Mädchen

**Anliegen:**

Gemäß § 9 Abs. 3 KJHG setzt sich die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen e. V. (LAG) für die Durchsetzung der Interessen von Mädchen und jungen Frauen, die Förderung der Gleichberechtigung beider Geschlechter und den Abbau von Benachteiligungen ein. Dies erfolgt durch:

- fachpolitische und arbeitsfeldübergreifende Vertretung von Mädcheninteressen und Mädchenarbeit
- Verankerung des geschlechterdifferenzierten Blickes als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe
- Beratung von Politik und Landesbehörden bei der Erstellung von Vorgaben zur Umsetzung einer geschlechterdifferen-

zierten Jugendhilfe

- Verknüpfung von trägerinternem und trägerübergreifendem mädchenpolitischem Engagement und damit Bündelung von Fachkompetenz und Verstärkung der mädchenpolitischen Lobby
- Weiterentwicklung von fachlichen und politischen Positionen der Mädchenarbeit und
- Unterstützung der Projekte vor Ort durch Serviceleistungen.

Neben der Thematisierung der Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen rücken – im Zusammenhang mit der Strategie Gender Mainstreaming und in Kooperation mit Vertretern der Jungenarbeit – die Lebenslagen von Jungen und jungen Männern stärker in den Blick.

Geschichte:

1993 entstand die LAG als fachpolitischer Zusammenschluss von Frauen, Projekten und Trägern sowie kommunalen und regionalen Arbeitskreisen der Kinder- und Jugendhilfe. Ziel war und ist es, die Belange von Mädchen und jungen Frauen sichtbar zu machen und in Entscheidungsprozesse der Jugendhilfe und weiterer gesellschaftlicher Bereiche verbindlich einzubringen. Für die Umsetzung wurde 1997 die Fach- und Koordinierungsstelle für Mädchenarbeit und Mädchenpolitik gegründet. Seit 1999 ist die LAG anerkannter freier Träger der Jugendhilfe.

Im Laufe der Jahre wurden Fachtagungen und Weiterbildungen zu Lebens- und Konfliktlagen von Mädchen und jungen Frauen, zu pädagogischen Ansätzen der Mädchenarbeit und zu jugendhilfepolitischen Strategien durchgeführt. Projekte wurden zu folgenden Schwerpunktthemen umgesetzt:

- Mädchen und Beruf
- Gewalt an Mädchen und jungen Frauen
- Mädchen in der Jugendhilfeplanung und
- Qualität in der Mädchenarbeit.

Eine ausführliche Dokumentation über die Geschichte und Errungenschaften der LAG und der Mädchenarbeit in Sachsen wurde 2004 veröffentlicht: »Meilensteine 1993–2004«. Sie ist über die Fach- und Koordinierungsstelle der LAG erhältlich. Seit Januar 2005 arbeitet die sächsische Girls'-Day-Länderkoordinierungsstelle unter dem Dach der LAG.

Angebot:

- Beratung
- Fachberatung (Konzeptions-, Projekt-, Organisations- und Einzelberatung) als offenes Angebot für alle Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zur Qualitätsentwicklung unter Beachtung unterschiedlicher Lebens- und Konfliktlagen

und Interessen von Mädchen und Jungen

- Beratung von Politik, Landesbehörden und Jugendämtern bei der Erstellung von Vorgaben und der Umsetzung einer geschlechtergerechten Jugendhilfe(-planung)
- Fachtagungen und -foren zu jugendhilfepolitischen Themen unter der Perspektive des Geschlechts
- Weiterbildungen und Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Inhouse-Schulungen für Träger der Jugendhilfe zu den Themen:
 - geschlechtergerechte Angebots- und Qualitätsentwicklung
 - inhaltliche und methodische Gestaltung von Angeboten der Freizeit- und Bildungsarbeit mit Mädchen und jungen Frauen zu ausgewählten Themen
- Abhaltung von Fachforen und Moderation von Zukunftswerkstätten oder ähnlichem zur geschlechtssensiblen und -gerechten Angebotsentwicklung für Pädagoginnen und Pädagogen, Träger und Facharbeitskreise
- Initiierung und Begleitung beziehungsweise Moderation von kollegialen Fallberatungsgruppen zur geschlechtssensiblen pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen.
- Initiierung, Begleitung und Abhaltung von Facharbeitskreisen der regionalen Mädchenarbeit (RAKs) in Sachsen – überregionale Unterstützung regionaler Ansätze und Strukturen.

Kontakt:

LAG Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen e. V. – Fach- und Koordinierungsstelle für Mädchen
Königsbrücker Straße 68 HH
01099 Dresden
Telefon: 8 88 87 90
Fax: 8 88 87 99
E-Mail: post@maedchenarbeit-sachsen.de
Internet: www.maedchenarbeit-sachsen.de

■ 4.14 Ansprechpartnerin für Frauenarbeiterinnen

Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen des FrauenBildungsHauses Dresden e. V.



Anliegen:

Wir sind eine Einrichtung für Weiterbildung, Beratung und Coaching von Frauen, die mit und für Frauen in Projekten, Vereinen, Verbänden und Institutionen arbeiten.

Geschichte:

Unsere Landesstelle wurde am 16. September 1991 als das jüngere Schwesterprojekt des Frauenbildungszentrums als Bundesmodellprojekt gegründet. In unserem Beratungsbus berieten wir Frauen auf Marktplätzen, in kleinen und größeren Orten, zu den rechtlichen und sozialen Veränderungen. Wir suchten mit ihnen »Schlupflöcher« und Möglichkeiten, das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Es war eine Zeit des Aufbruchs, großer persönlicher Veränderungen, voller Hoffnung.

Zeitgleich begannen wir, unsere vielfältigen Erfahrungen an die gerade neu entstehenden Frauenprojekte und Gleichstellungsstellen weiterzugeben und sie durch fachliche Weiterbildung und Beratung zu unterstützen. Für manches Frauenprojekt in Sachsen waren wir Hebamme, Ideenspenderin, Ratgeberin. Was wir erfuhren, brachten wir ein in die politische Diskussion, bemühten uns, bei Entscheidungsträgern aus Politik und Gesellschaft ein Bewusstsein für die subtilen Formen der Benachteiligung von Frauen zu wecken.

Seit 1996 wird die Landesstelle durch die Staatsministerin für Gleichstellung von Frau und Mann beziehungsweise das Sächsische Staatsministerium für Soziales gefördert. Seit diesen knapp zehn Jahren haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass eine stabile Landschaft an professionellen Frauenprojekten in Sachsen entstanden ist. Viele von ihnen haben wir mit Weiterbildung und Projektberatung durch schwere Krisen begleitet – als der Fördermittelsegen ausblieb und neue Wege der Finanzierung und Existenzsicherung gefunden werden mussten.

Um all unser Wissen und die Erfahrungen auch für andere fruchtbar zu machen, haben wir eine 18-monatige berufs- beziehungsweise ehrenamtsbegleitende Weiterbildung zur Fachfrau für Frauenprojektarbeit/Projektmanagement entwickelt. Gegenwärtig kommt bereits die vierte Grup-

pe mit Frauen aus ganz Sachsen in deren Genuss. Unsichtbar, aber sehr wirksam hat sich durch die Arbeit in den vielen Jahren ein Netz aus Frauensolidarität über Sachsen gelegt. Ehemalige Teilnehmerinnen unterstützen sich, helfen einander mit Ideen und Informationen über neue Finanzierungsmöglichkeiten, Projektideen und anderes.

Seit Ende 2004 sind wir dabei, die ehrenamtlichen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten an ihren Schreibtischen in den kleinen Städten und Gemeinden Sachsens aufzusuchen. Diese Ehrenämter werden oft wenig anerkannt, finden kaum öffentliche Unterstützung und Wertschätzung. Auf der Grundlage unserer Beratungen mit den Kolleginnen entwickeln wir neue Weiterbildungs- und Beratungsangebote und initiieren oder stärken regionale Netzwerke, so dass diese Säule der Gleichstellungsarbeit in Sachsen stärker und einflussreicher werden kann.

Angebot:

Sie richten sich an Frauenprojekte und Vereine, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie soziale und pädagogische Berufe. Ziele unserer Arbeit sind:

- Stärkung von Handlungskompetenzen in der Frauenprojektarbeit und Gleichstellung
- Qualitätssicherung und -entwicklung sowie
- Entwicklung und Stärkung von Netzwerken.

Wir bieten Seminare, Workshops, Projektberatung und Coaching unter anderem zu folgenden Themen an:

- Weiterbildung zur Fachfrau für Frauenprojektarbeit/Projektmanagement
- Qualitätsmanagement/Organisationsentwicklung Vereinsführung/Eigenmitelwirtschaftung
- berufliche Veränderungsprozesse/Kommunikation
- Öffentlichkeitsarbeit im Medienzeitalter
- Gender Mainstreaming
- Krisenintervention für Vereine und Projekte.

Kontakt:

Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen des FrauenBildungsHauses Dresden e. V.
Oskarstraße 1
01219 Dresden
Telefon: 3 10 52 75
Fax: 3 10 70 13
E-Mail: frauenbildung-sachsen@web.de
Internet: www.frauenbildung-sachsen.de



Ausflug ins behindertengerechte Labyrinth

■ 4.15 Ein Platz in der Gesellschaft

Lebendiger leben e. V. – Verein zur Förderung selbstbestimmten Lebens von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Sachsen



Anliegen:

Uns liegt das selbstbestimmte Leben von Frauen und Mädchen mit Behinderungen am Herzen. Heute sind wir ein Landesverband, der diese Klientel sachsenweit zurzeit nur telefonisch berät, da wir momentan keine Außensprechstunden abhalten können. Durch Beratung und Frauenveranstaltungen in Dresden wollen wir die Betroffenen motivieren, ihren individuellen Anspruch auf Teilnahme am und einen Platz im gesellschaftlichen Leben einzufordern. Sie sollen durch Weiterbildungen, Tagungen und kulturelle Angebote befähigt werden, ein neues Verhältnis zu sich selbst zu gewinnen, damit ihre Lebensqualität zu verbessern und ihre Einschränkungen nicht nur als persönliche Defizite, sondern auch als Folge von gesellschaftlicher Diskriminierung zu erkennen.

Geschichte:

- 1996: Initiative von Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle für die Anliegen behinderter Frauen als Projekt der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Dresden
- 1997: Vereinsgründung
- 1998: erste Mitarbeiterin für die Ausweitung der Arbeit über Dresden hinaus

- 1999 bis 2000: Teilnahme am Bundesmodellprojekt Mädchen in der Jugendhilfe, Beginn der Arbeit mit Mädchen mit Behinderungen
- 1999 bis 2001: Sächsisches Modellprojekt der Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Begleitforschung zur Lebenslage von Frauen mit Behinderungen in Sachsen durch die Universität Leipzig, Projekt-Evaluation
- 2002 bis 2004: Aufbau einer Beratungsstelle für Frauen mit Behinderungen im tschechischen Liberec mit Fördermitteln der »Aktion Mensch«
- seit 2003: durch Streichung der Landesmittel keine beziehungsweise kaum fest angestellte Mitarbeiterin mehr
- seit Mitte 2004 führen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen unter Anleitung des Vorstandes die Arbeit in Dresden fort, unsere Schwerpunktaufgaben haben sich seit der Vereinsgründung nicht geändert
- seit 2005: Erhalt des Angebotes durch Teilfinanzierung der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann Dresden.

Angebot:

- psychosoziale Beratungen
- Hilfe zur Selbsthilfe bei persönlichen Problemen und in seelischen Krisen
- thematische Veranstaltungen
- sächsische Vernetzung
- Tagungen für Menschen mit Behinderungen
- offene Beratung zu Hartz IV.

Kontakt:

Lebendiger leben e. V.
Königsbrücker Straße 68 HH
01099 Dresden
Telefon: 8 99 62 04
Fax: 8 99 62 06
E-Mail: Lebendiger_leben@web.de

■ 4.16 Die eigenen Fähigkeiten entdecken

Mädchentreff LUCY des IN VIA –
katholische Mädchensozialarbeit
Diözesanverband Dresden-Meißen e. V.



Anliegen:

Anliegen ist es, Mädchen Räume zu geben, in denen sie sich ungestört und ungezwungen treffen und in den unterschiedlichsten Bereichen ausprobieren können. Ihnen soll Stärkung und Hilfe zuteil werden, um ihre Fähigkeiten zu entdecken, zu entwickeln und selbstbewusster nach außen zu tragen. Zudem versteht sich LUCY als ein Unterstützungsangebot für (zumeist junge, sozial schwache) Familien.

Geschichte:

Die LUCY wurde im Oktober 1991 von der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) gegründet, machte anfänglich überwiegend Angebote zu interkultureller Jugendarbeit, wurde später zum Modellprojekt für Mädchensozialarbeit und ging 2000 in Trägerschaft von IN VIA – katholische Mädchensozialarbeit über. Nach zehnjähriger Arbeit in Dresden-Neustadt erfolgte 2002 der Umzug nach Dresden-Pieschen.

Angebot:

- offener Treff mittwochs von 15 bis 18 Uhr
- Wochenendtreff für Mädchen ab sechs Jahren sonnabends von 10 bis 16 Uhr
- Gesprächsangebot und Beratungszeit für Kinder beziehungsweise Eltern (Kinderbetreuung möglich)
- Ferienfreizeiten und -angebote.

Kontakt:

IN VIA – katholische Mädchensozialarbeit
Diözesanverband Dresden-Meißen e. V.
Mädchentreff LUCY
Robert-Matzke-Straße 23
01127 Dresden
Telefon: 8 01 39 65
Fax: 82 14 65 18
E-Mail: lucy@in-via-dresden.de
Internet: www.in-via-dresden.de

■ 4.17 Begleitung, Beratung und Betreuung für Mädchen und junge Frauen

Mädchentreff WALLi im Kinder-,
Jugend- und Familienhaus »Plauener
Bahnhof« des VSP e. V.



Anliegen:

Der Mädchentreff WALLi ist ein Angebot, das sich vorrangig an Mädchen und junge Frauen wendet, die in Dresden-Plauen oder den angrenzenden Stadtteilen leben, zur Schule oder Ausbildung gehen.

Geschichte:

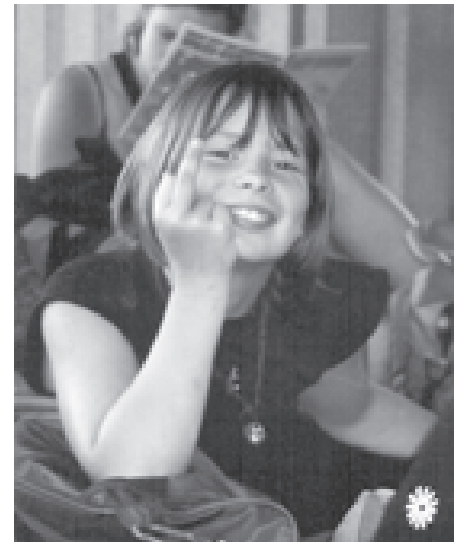
Der Mädchentreff WALLi bildete bis 2004 das Herzstück der Angebote im Mädchenhaus WALBURKA. Im Zuge der Zusammenlegung des Projektes mit dem Jugendzentrum unter dem Dach des Kinder-, Jugend- und Familienhauses »Plauener Bahnhof« im Jahr 2004 wurde dessen Angebotspektrum erweitert. Wir entwickelten gemeinsam ein neues Konzept mit dem Schwerpunkt geschlechtsreflektierter Arbeit. Die beiden Mitarbeiterinnen und zwei Mitarbeiter bieten nunmehr Angebote »aus einer Hand« für die genannten Zielgruppen und deren Familien an. Das schließt Freizeitangebote, Beratung und Einzelfallhilfen sowie Hilfen zur Erziehung laut § 27ff des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) mit ein. Das Projekt gehört zum Verbund Sozialpädagogischer Projekte e. V. (VSP), einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe.

Angebot:

Begleitung und Betreuung:
Für Mädchen und junge Frauen, die sich eine längerfristige Begleitung in verschiedenen Lebenssituationen wünschen, ist diese über eine Betreuung nach § 27ff KJHG möglich. Wir begleiten zum Beispiel:

- bei Schwierigkeiten mit Eltern, Freundin oder Freund und/oder Kindern beziehungsweise in der Ausbildung
- bei physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt
- bei der Klärung der aktuellen Lebenssituation
- bei Wohnungssuche und Ämtergängen
- in der Berufsorientierung und Lebensplanung.

Die Aushandlung der jeweiligen Betreuungsart (Einzelfallhilfe, Familienhilfe, be-



Macht Mädchen Mut!

treutes Einzelwohnen) mit dem Jugendamt wird durch den Bedarf der Klientin bestimmt.

Mädchentreff:

Hier wenden wir uns an Mädchen und junge Frauen zwischen 9 und 19 Jahren. Einmal wöchentlich (mittwochs von 13 bis 19 Uhr) ist das Kinder-, Jugend- und Familienhaus ausschließlich für Besucherinnen geöffnet. Mädchen und junge Frauen können dann alle Angebote des Hauses frei von männlicher Bewertung und Beobachtung für sich nutzen. Zur Verfügung stehen ihnen Internetcafé, Mädchenraum, Kreativwerkstatt und Bibliothek. Außerdem bieten wir Workshops zu verschiedenen Themen wie Selbstverteidigung und Selbstbehauptung, Kunst und Krempel, Schönheit und Körper an. Weiterhin organisieren wir Ferienfahrten und Sportangebote. Selbstverständlich stehen auch an allen anderen Tagen sämtliche Angebote und Veranstaltungen für Mädchen und junge Frauen zur Verfügung.

Beratung:

Beratungs- oder Informationsgespräche können jederzeit vereinbart werden. Das Angebot kann einmalig oder über einen längeren Zeitraum genutzt werden. Die Beratung ist anonym und kostenlos.

Kontakt:

Kinder-, Jugend- und Familienhaus
»Plauener Bahnhof« des VSP e. V.
Altplauen 20
01187 Dresden
Tel.: 4 37 09 05 (Büro)
Fax: 4 37 09 08
E-Mail: walburka@web.de
Internet: www.vsp-dresden.de

■ 4.18 Eigene Wege aus der Gewalt

Anonyme Zuflucht für Mädchen und junge Frauen des VSP e. V.



Anliegen:

Gewalt gehört auch heute noch zum Alltag vieler Mädchen und Frauen. Sie verstummen, reagieren mit Rückzug und Autoaggression oder versuchen, mit Hilfe von Drogen zu überleben. Die Anonyme Zuflucht Dresden will Mädchen und jungen Frauen im Alter von 12 bis 21 Jahren Schutz vor Übergriffen gewähren und sie unterwegs in ein neues und selbstbestimmtes Leben begleiten. Im Rahmen der Inobhutnahme nach § 42 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) bieten wir einen anonymen Schutzraum mit sechs Plätzen. Wir begleiten die hier Wohnenden aus Gewaltverhältnissen heraus, das bedeutet sozialpädagogische Krisenintervention und Perspektiventwicklung. Wir stärken die Mädchen und jungen Frauen, ihren eigenen Weg und ihre eigenen Ressourcen zu finden, um so tragfähige und langfristige Lösungen in Konflikten zu erarbeiten. Wir sind dem Kinderschutz insbesondere verpflichtet und engagieren uns für einen gewaltfreien Umgang.

Geschichte:

Seit September 1997 gibt es in Dresden eine Anonyme Zuflucht. Und vom ersten Tag an bitten Mädchen und junge Frauen um Aufnahme.

Angebot:

Mädchen und junge Frauen, die

- Angst haben
- sich in Not befinden
- geschlagen werden
- gegen ihren Willen angefasst oder belästigt werden und/oder
- nicht mehr dort bleiben können, wo sie bisher gelebt haben,

finden in der Anonymen Zuflucht

- schnelle, unkomplizierte Hilfe
- Unterstützung in Krisensituationen
- vorübergehende Unterbringung bis zu drei Monate lang
- Zeit, um die erlebte Gewalt zu verarbeiten
- Beratung und Begleitung zu Behörden, Ärztinnen und anderen.



Du kannst es schaffen!

Die Adresse der Zuflucht ist anonym. Der Aufenthalt ist freiwillig. Die Mädchen und jungen Frauen bestimmen selbst, ob und wie lange sie bleiben. Daten und Informationen werden vertraulich behandelt. Jeder Planungsschritt wird gemeinsam abgeprochen. Die Betroffenen werden ermutigt, ihre Bedürfnisse wahr- und ernst zu nehmen, eigene Interessen zu entdecken, Pläne zu entwickeln und diese umzusetzen.

Kontakt:

Anonyme Zuflucht für Mädchen und junge Frauen Dresden des VSP e. V.
Postfach 30 01 08
01131 Dresden
Notrufnummer: 2 51 99 88
Fax: 2 59 63 94
E-Mail: zufluchtdd@gmx.de
Internet: www.anonyme-zuflucht.8m.com,
www.vsp-dresden.de

■ 4.19 Zurück ins Erwerbsleben

Frauenprojekt »Henriette Heber« der Qualifizierungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Dresden mbH (QAD)



Anliegen:

Die Integration beziehungsweise Reintegration in geförderte und/oder reguläre Arbeit bestimmen Inhalt und Ziel der QAD. Sie wendet sich an benachteiligte Perso-

nengruppen, darunter Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen, arbeitslose oder langzeitarbeitslose Menschen sowie benachteiligte Jugendliche und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen.

Geschichte:

Die Gründung des Frauenprojektes erfolgte auf Initiative der Gleichstellungsstelle mit der Absicht, die Situation von Frauen und Mädchen in sozialer und beruflicher Hinsicht zu verbessern.

Am 1. September 1994 konnte das Projekt durch Förderung des Arbeitsamtes Dresden mit 13 ABM-Mitarbeiterinnen beginnen. Seither befindet es sich in der Trägerschaft der Qualifizierungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft (QAD) mbH und ist in seiner Arbeit eng mit der Gleichstellungsbeauftragten für Frau und Mann der Landeshauptstadt Dresden verbunden. In Abstimmung mit ihr werden viele Aufgaben, vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit, gestellt und erledigt.

So recherchierten die ABM-Kräfte in den ersten zwei Jahren zu den Varianten der Fördermittelbereitstellung, um differenziert und genau Möglichkeiten zur Erschließung von Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt zusammenzutragen. Sie erfassten die vorhandenen, aber weit verstreuten, unterschiedlich befristeten und ausgelobten Fördermaßnahmen in einer nach Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmerinnen, Arbeitnehmerinnen und Projekte gegliederten Übersicht. Diese Datenbank diente als fundierte Grundlage für zweckentsprechende Informationen. Bis heute gibt es eine monatliche Recherche und Analyse des regionalen Arbeitsmarktes auf der Grundlage des Reports der Agentur für Arbeit Dresden. Deren Angaben bereitet die QAD für ausgewählte Bereiche in einer spezifischen Statistik auf.

Regelmäßig erstellt die QAD den Dresdner Veranstaltungskalender für Frauen. Die monatlich erscheinenden Hefte informieren über frauenspezifische Angebote, Veranstaltungen und Termine aller frauenrelevant arbeitenden Vereine, Projekte, Verbände und Initiativen der Stadt zu einem Spektrum aus Politik, Bildung, Beratung, Selbsthilfe, Gewalt, Schutz, Gesundheit, Kunst, Kultur, Kreativität, Religion, Integration und Arbeit.

Auch am Dresdner Frauenhandbuch arbeiten die QAD-Frauen mit. Der Leitfa-den stellt Vereine, Institutionen, Ansprechpartnerinnen und -partner vor, welche Hilfe und Unterstützung anbieten. Vom 25. bis 27. April 2001 nahmen Mitarbeiterinnen an der internationalen Frauenkonferenz »Frauen in Europa und Gender Mainstreaming« teil. Im Jahre 2002 untersuchte die Gesellschaft Freizeitmöglichkeiten für junge Mädchen, Frauen und Männer

auf dem Gebiet des Sports unter dem Aspekt »Rolle der Frauen in der Sportkultur«. Im Dezember 2003 beteiligte die QAD sich an der Organisation der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Im Jahr 2002 fotografiert und konzipiert, wandert gegenwärtig die Fotoausstellung »Der Frauenzoo der Werbung« viel beachtet durch ganz Deutschland. Sie basiert auf den Forschungsergebnissen und Veröffentlichungen der Professorin Christiane Schmerl, Dozentin an der Universität Bielefeld.

Der Katalog »Unternehmerinnen in Dresden« wird ständig aktualisiert und erweitert. Er soll nicht nur informieren, sondern auch Mut machen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und Kontakte zu knüpfen. Neu ist eine Untersuchung über Existenzgründerinnen vor dem Hintergrund der Ich-AGs und Notgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus. Diese Langzeitstudie will eine Bestandsaufnahme und -begleitung von Jungunternehmerinnen leisten, mit dem Ziel, nach der Erhebung des Ist-Zustandes die bevorzugten Branchen und Lücken aufzuzeigen. Darüber hinaus soll in Erfahrung gebracht werden, was die Interessentinnen zur Gründung von Unternehmen bewog oder abhielt, um daraus Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Situation von Existenzgründerinnen abzuleiten.

Angebot:

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet die innovative Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Ein- beziehungsweise Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben im Sinne der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Als explizite Beispiele für derartige Maßnahmen sind stellvertretend das Frauenprojekt »Henriette Heber«, die Sozialwerkstätten/ Sozialkaufhaus und die Dresdner Schreibfrauen zu nennen.

Kontakt:

QAD mbH
Frauenprojekt »Henriette Heber«
Könneritzstraße 25
01067 Dresden
Telefon: 4 93-27 30 oder -21 23
Fax: 4 93 21 20
E-Mail: r.beyer@qad-dresden.de
Internet: www.QAD-dresden.de



Christopher Street Day in Dresden

■ 4.20 Lebenshilfe und Aufklärung für mehr Toleranz

Gerede – Dresdner Lesben, Schwule, Transen und alle anderen e. V.



Anliegen:

- Lebenshilfe geben
- Aufklärungsarbeit und Volksbildung auch für nicht direkt Betroffene
- Ausgleich von sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen
- Abbau von Vorurteilen und Förderung der Toleranz- und Akzeptanzentwicklung

Geschichte:

- 1983: Gründung des Dresdner Arbeitskreises Homosexualität bei der evangelischen Studentengemeinde
- 1987: Aus dem Arbeitskreis geht die Initiative »Gerede« hervor.
- 21.8.1990: »Gerede – Dresdner Lesben, Schwule und alle Anderen« wird als Verein eingetragen.
- seit 1995: anerkannter freier Träger der Jugendhilfe, gemeinnützig und beson-

ders förderungswürdig

- 27.3.2003: Namensergänzung um »Transen«, auf Grund der hohen Aktivität und der gestiegenen Nachfrage von Transgender-Personen.

Angebot:

Sozialpädagogische Arbeit:

- psychosoziale Beratung für Jugendliche mit lesbisch, schwulen und Transgender-Lebensentwürfen, Eltern und Angehörige
- Begleitung in der schwierigen Phase der Selbstfindung, Hilfestellung bei persönlichem und gesellschaftlichem Coming-out
- Unterstützung bei der Integration in den Rahmen einer gleichgeschlechtlichen beziehungsweise Transgender-Lebensweise und bei den damit verbundenen Selbstverortungs-, Such- und Orientierungsprozessen
- psychologische, wissenschaftliche und pädagogische Aufklärungsarbeit über alle Formen der Sexualität und geschlechtlichen Identität
- Hilfestellung für Eltern, Lehrende und Erziehende (Multiplikatorinnen und Multiplikatoren) im Umgang mit den Themen Sexualitäten und Lebensweisen
- Schaffen und Absichern von Kommunikations-, Entfaltungs- und Gestaltungsräumen für die Zielgruppe

- pädagogische Begleitung von ehrenamtlich geleiteten Jugendgruppen und Projekten
- Partizipation der Jugendlichen in allen Phasen der Projekte und Angebote durch Förderung ehrenamtlicher Arbeit
- Vernetzung mit sozialen Projekten und Initiativen
- Bildungsmaßnahmen für ehrenamtlich Tätige, Jugendgruppenleitungen.

Kulturelle Arbeit:

- Infocafé als niedrigschwelliges Angebot mit »Komm-Struktur« – ohne Nöte, Probleme
- Infoladen mit Internet-Surfstation, Chat-pool
- Lesecafé mit Galerie, Mediotheksnutzung
- thematisch gestaltete Veranstaltungen
- Angebote kreativer und kultureller Arbeit, insbesondere auch zur Förderung der gegenseitigen Integration.

Aktuelle Angebote:

- Aufklärungsprojekt »LiebesLeben«
- Beratung durch Sozialpädagogen
- christlicher Stammtisch
- Christopher Street Day (CSD)
- Eigensinn – lesbische Jugendgruppe
- Eltern- und Angehörigen-Beratung durch ehrenamtlich tätige Eltern
- Eltern-und-Angehörigen-Gruppe
- Kunst-Selbsterfahrungsgruppe
- Laufgruppe (joggen)
- I.u.s.T. – lesbische und schwule Teenager-Gruppe
- Mediothek und Infoladen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Queerformate (lesbischschwule Veranstaltungsplattform)
- SchLaU – Schwule und Lesben an der Uni
- schwuler Literatursalon
- schwule Vätergruppe
- Kontakt – Infocafé
- Tanzkurse in Standard und Latein
- transID – Transsexuelle/Transvestiten
- Tangiert – Treff von Frauen und Männern mit homosexuellen Partnern
- Young GAYneration – schwule Jugendgruppe

Kontakt:

Gerede – Dresdner Lesben, Schwule, Transen und alle anderen e. V.
 Prießnitzstraße 18 (im Stadtteilhaus)
 01099 Dresden
 Telefon: 8 02 22 50, 8 02 22 51
 Fax: 8 02 22 60
 E-Mail: kontakt@gerede-dresden.de
 Internet: www.gerede-dresden.de

Fotonachweis:

Oberbürgermeister Ingolf Roßberg
 Quelle: Landeshauptstadt Dresden

Kristina Winkler
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Eröffnung der Fachtagung
 Quelle: Una Giesecke

Ausstellung im Foyer des Festsaales
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Blick in den Workshop 2
 Quelle: Una Giesecke

Dr. Kristina Wopat
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Cordula Karich
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Dr. Ute Karich
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Sabine Heimann
 Quelle: privat

Angelika Römmermann
 Quelle: privat

Andrea Siegert
 Quelle: privat

Rahmenveranstaltung zum dritten Girls' Day und ersten Boys' Day im Dresdner Rundkino
 Quelle: Sabine Pfeiffer

Michaela Mayer
 Quelle: privat

Ausstellung von Bettina Schilling: Wald-Läufer
 Quelle: Steffen Weber

Labyrinth an der Kreuzkirche
 Quelle: Una Giesecke

Arbeit in der Tischlerwerkstatt
 Quelle: Archiv Frauenförderwerk e. V.

Frauentreff Mariposa
 Quelle: Ausländerrat Dresden e. V.

Teilnehmerin der Holzbildhauerwerkstatt
 Quelle: Kreative Werkstatt e. V.

Ausflug ins behindertengerechte Labyrinth
 Quelle: privat

Macht Mädchen Mut!
 Quelle: Archiv VSP e. V.

Du kannst es schaffen!
 Quelle: Mädchenzuflucht

Christopher Street Day in Dresden
 Quelle: Gerede e. V.



Impressum

Herausgebende:
Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister
Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann
Telefon (0351) 4 88 22 67
Telefax (0351) 4 88 31 09
E-Mail: gleichstellungsbeauftragte@dresden.de
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
Telefax (03 51) 4 88 22 38
E-Mail: presseamt@dresden.de
Postfach 12 00 20
01001 Dresden
Internet: www.dresden.de

Redaktion:
Una Giesecke, Claudia Joseit, Kristina Winkler

Titelfotos:
Una Giesecke, Sabine Pfeiffer, Holger Strenz

Logo Büro der Gleichstellungsbeauftragten:
SIMPLE:GRAPHIC

Gesamtherstellung:
designXpress dresden

Die vorliegenden Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich.

Redaktionsschluss Juli 2005

Die Herausgebenden danken für die finanzielle Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales.

Kein Zugang für elektronisch signierte und verschlüsselte Dokumente. Verfahrensanhträge oder Schriftsätze können elektronisch (insbesondere per E-Mail) nicht rechtswirksam eingereicht werden. Dieses Informationsmaterial ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf nicht zur Wahlwerbung benutzt werden. Zur Unterrichtung ihrer Mitglieder können es Parteien als Informationsmaterial nutzen.